

UBS Sorgenbarometer 2025

Geopolitische Konflikte und steigende Kosten:
die Schweiz in Zeiten internationalen Drucks





Sabine Keller-Busse
President Personal &
Corporate Banking und
President UBS Switzerland,
UBS Group AG

Liebe Leserin, lieber Leser

Das UBS Sorgenbarometer zeigt seit beinahe 50 Jahren, was die Menschen in der Schweiz in Bezug auf Gesellschaft, Wirtschaft und Politik beschäftigt – und wo sie Handlungsbedarf sehen. Die Studie liefert für Firmen, Institutionen und die Bevölkerung eine fundierte Grundlage für Diskussionen und Entscheidungen, für die UBS auch dieses Jahr mit gfs.bern zusammengearbeitet hat.

Die Sorgen werden 2025 weiterhin durch steigende Lebenshaltungskosten geprägt. Gesundheitsfragen und Krankenkassenprämien, Umweltschutz und Klimawandel sowie Altersvorsorge und AHV bleiben die Top-Handlungsfelder für die Schweizer Stimmberechtigten.

Im Vergleich zum Vorjahr sind aber auch internationale Entwicklungen und geopolitische Konflikte in den Vordergrund gerückt. Auch interessant ist, dass die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung sich mehr Eigenproduktion und Schutz vor ausländischer Konkurrenz wünscht, gleichzeitig aber auch eine aktive Rolle der Schweiz in der Weltwirtschaft befürwortet. Arbeitslosigkeit hingegen wird kaum mehr als Sorge genannt.

Die Schweiz zählt zu den erfolgreichsten und wettbewerbsfähigsten Ländern der Welt. UBS ist stolz darauf, dazu beizutragen. Wir engagieren uns für Stabilität, Fortschritt und gesellschaftlichen Dialog, holen die Menschen dort ab, wo sie stehen, und helfen ihnen, ihre Pläne umzusetzen. Eine Bank für die Schweiz.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre des UBS Sorgenbarometers 2025.

Sabine Keller-Busse
President UBS Switzerland

Inhaltsverzeichnis

4 Einleitung

- 5 Methodische Details

6 Sorgenwahrnehmung

- 11 Sorgenwahrnehmung über die Jahre
- 16 Verankerung in realpolitischen Ereignissen
- 18 Unterschiede nach Alter, Geschlecht und Parteizugehörigkeit

23 Vertrauen und Identität

- 23 Identität und Interesse an Politik
- 27 Vertrauen in Politik und Wirtschaft
- 31 Medienvertrauen
- 32 Vertrauen in globale Akteure und Grossmächte

34 Geopolitik und Wirtschaft

- 34 Umgang mit geopolitischen Veränderungen
- 38 Welthandel und globale Wirtschaft
- 44 Individuelle wirtschaftliche Lage
- 47 Finanzkompetenz
- 50 Innovation und Digitalisierung

55 Synthese

58 Das Team von gfs.bern



Einleitung

Das UBS Sorgenbarometer ist eine jährliche Studie zur Erfassung und Beobachtung der Meinung der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Das Sorgenbarometer existiert bereits seit 49 Jahren und wird seit 1995 durch gfs.bern erhoben.

Dank der direkten Demokratie können die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz auf allen staatlichen Ebenen – Bund, Kantone und Gemeinden – aktiv Einfluss nehmen und verschiedene Bereiche des Staates unmittelbar mitgestalten oder verändern. Das UBS Sorgenbarometer beleuchtet, welche politischen Themen und Fragestellungen von den Stimmberechtigten als besonders drängend empfunden werden und wo der Handlungsbedarf geringer eingeschätzt wird.

Darüber hinaus werden im Sorgenbarometer auch die Wahrnehmung des wirtschaftlichen und politischen Umfelds sowie die Einschätzung gesellschaftlicher und politischer Institutionen erhoben. Diese Aspekte bilden

den zentralen Bestandteil des Barometers, das über die Jahre möglichst unverändert bleibt, um Vergleiche und Entwicklungen über die Zeit hinweg zu ermöglichen.

Jedes Jahr wird der Kernbestandteil des Sorgenbarometers um verschiedene Fragestellungen zu einem aktuellen Thema ergänzt, um so drängenden Fragen des Moments Raum zu geben. 2025 liegen diese Schwerpunkte auf jenen im Zusammenhang mit den derzeitigen geopolitischen Unsicherheiten sowie auf der Frage, wie kompetent sich die Schweizer Stimmbevölkerung beim Thema Finanzen einschätzt und welche Wichtigkeit sie diesem Thema zuschreibt.

Das UBS Sorgenbarometer ist damit ein breit angelegtes, seit vielen Jahren etabliertes Instrument der Demoskopie, das den gesellschaftlichen und politischen Stimmungs- und Meinungsstand der Schweizer Bevölkerung umfassend erfasst.

Methodische Details

Um der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Situation, in der sich die Schweiz befindet, besser Rechnung tragen zu können, wird der Fragebogen des Sorgenbarometers jährlich neu evaluiert und moderat an die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse angepasst. Das gilt insbesondere für die wahrgenommenen Herausforderungen.

Für das UBS Sorgenbarometer wurden insgesamt 2190 Stimmberechtigte aus der ganzen Schweiz in einem Mixed-Mode-Verfahren befragt. Die Daten der verschiedenen Methoden wurden einzeln auf Methodeneffekte hin überprüft. Danach erfolgte eine systematische Gewichtung, um die Repräsentativität sicherzustellen. Die Interviews wurden im Juli und August 2025 durchgeführt. Über die genauen Eckwerte dieser Umfrage orientiert die nachstehende Übersicht.

Befragungsmethode

Auftraggeberin

UBS

Datenerhebung

250 Face to Face (n¹)

1513 Polittrends-Panel (n)

427 Online-Opt-in (n)

Befragungszeitraum

14. Juli bis
6. August 2025

Stichprobenfehler

±2,1 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit

Grundgesamtheit

Schweizer Stimmberechtigte

Art der Stichprobenziehung

Face to Face: Zufallsauswahl der Orte, Quotenauswahl der Befragten nach Sprachregion (Alter/Geschlecht interlocked)

gfs.bern-«Polittrends-Panel»: Einladung über das gfs.bern-Panel

Online-Opt-in: Online-Rekrutierung über Social Media, freier Zugang zur Umfrage

Stichprobengrösse

2190 Total Befragte (N¹)

Gewichtung

Interlocked nach Alter/Geschlecht, Sprachregion, Siedlungsart, Partei und Methode

¹ Mit einem grossen «N» wird die Stichprobengrösse der Gesamtstichprobe angegeben, während ein kleines «n» auf eine Teilstichprobe verweist.

Sorgenwahrnehmung

Gesundheitsfragen, insbesondere die Krankenkassenprämien, bleiben auch 2025 mit deutlichem Abstand die grösste Sorge der Schweizer Stimmberechtigten (45%). Damit bestätigt sich die Entwicklung der letzten Jahre, in denen die steigenden Gesundheitskosten das Sorgenranking klar dominieren. Auf Rang zwei folgt mit 31 Prozent der Umweltschutz beziehungsweise der Klimawandel. Trotz des nachlassenden öffentlichen Drucks bleibt das Thema für knapp ein Drittel der Bevölkerung eine der zentralen Herausforderungen. Auf Platz drei liegt die Altersvorsorge (30%), die trotz politischer Entscheide wie der Einführung der 13. AHV-Rente weiterhin als ein ungelöstes Problem wahrgenommen wird.

Ebenfalls 30 Prozent der Befragten nennen die Zuwanderung und Fragen rund um die Personenfreizügigkeit als eine der wichtigsten Sorgen. In engem Zusammenhang steht die Asylthematik, die mit 27 Prozent einen Spitzenplatz einnimmt und ihre anhaltende Relevanz unterstreicht. Auch das Verhältnis der Schweiz zu Europa wird von einem Viertel der Bevölkerung (25%) als besonders wichtiges Problem genannt. Der bilaterale Weg und das institutionelle Verhältnis zur EU bleiben damit ein zentrales Element der politischen Diskussion.

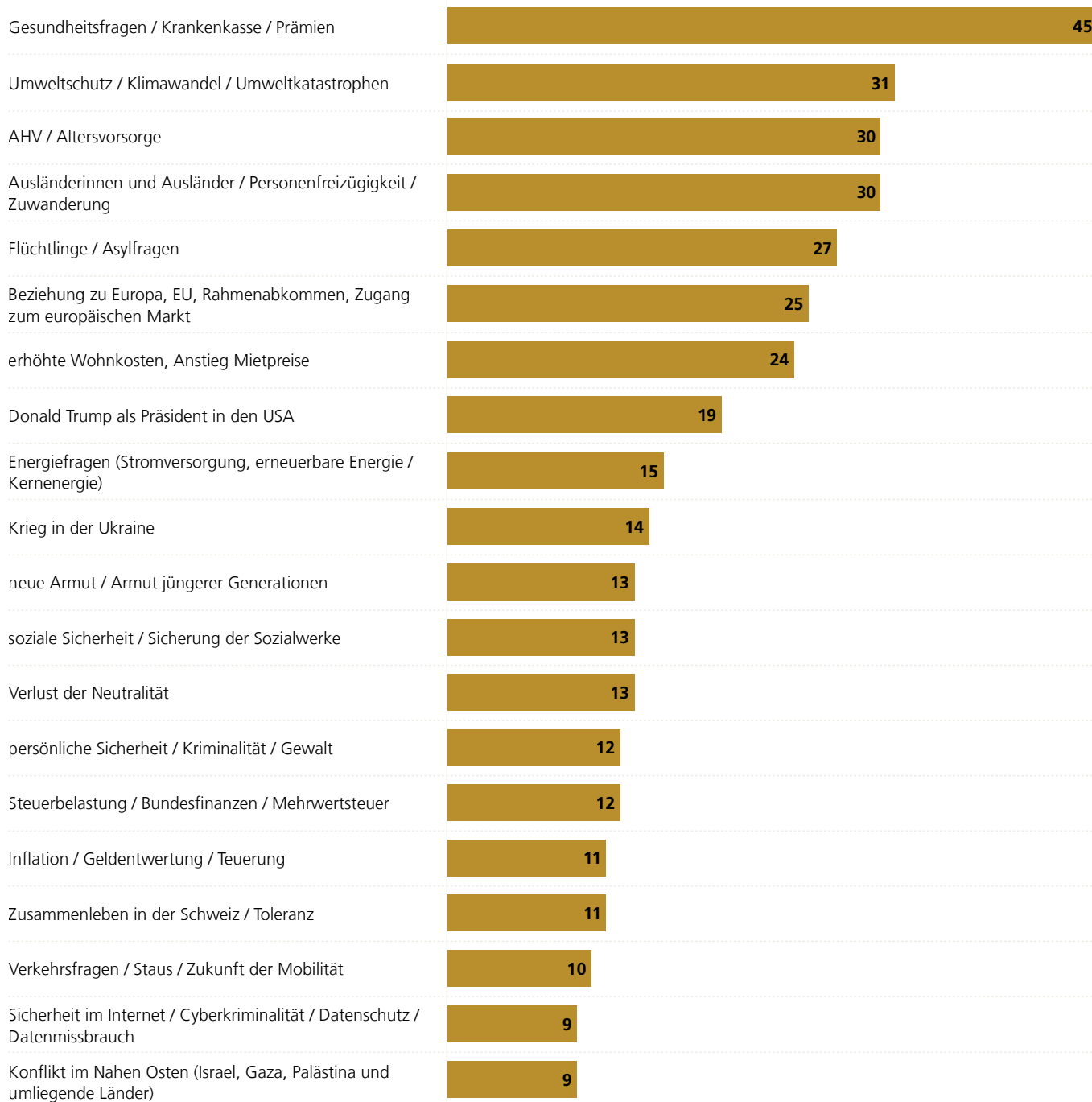
Auch der Druck auf dem Wohnungsmarkt ist für die Schweizer Bevölkerung sichtbar spürbar. So werden die steigenden Wohnkosten für 24 Prozent der Stimmberechtigten als ein grosses Problem wahrgenommen – ein Thema, das vor allem auch auf dem Land stark an Bedeutung gewonnen hat. Auffällig ist zudem, dass die Präsidentschaft von Donald Trump in den USA (19%) bereits kurz nach Amtsantritt ihren Weg in die Top-10-Sorgen gefunden hat – die bedeutendste Veränderung seit der COVID-19-Krise. Geopolitische Spannungen prägen damit die Sorgenwahrnehmung deutlich stärker als noch im Vorjahr. Auch die Konflikte in der Ukraine (14%) und im Nahen Osten (9%) werden von relevanten Teilen der Bevölkerung als ernsthafte Bedrohungen wahrgenommen.

Neben diesen geopolitischen Sorgen bleiben klassische innenpolitische Themen präsent: So nennen 15 Prozent die Energieversorgung, 13 Prozent den Verlust der Neutralität, 12 Prozent die persönliche Sicherheit sowie Kriminalität und Gewalt. Ebenfalls 12 Prozent betrachten die Steuerbelastung als eine der grössten Herausforderungen. Die Inflation verliert weiter an Bedeutung, bleibt mit 11 Prozent aber dennoch im Sorgenranking sichtbar. Themen wie das Zusammenleben in der Schweiz (11%), Verkehrsfragen (10%) oder die Sicherheit im Internet (9%) bilden das breite Spektrum an weiteren Anliegen ab.

Top-20-Sorgen

Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen.

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen
Mehrfachnennungen möglich



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (N = 2190)



Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich 2025 ein differenziertes Bild der grössten Sorgen. Die Krankenkassenprämien bleiben mit 45 Prozent klar an der Spitze, liegen jedoch leicht unter dem Wert von 2024. Auch beim Umweltschutz und bei der Altersvorsorge sind die Veränderungen gering, sodass die drei Topthemen ihre Rangordnung im Wesentlichen beibehalten.

Deutlich gestiegen ist hingegen die Relevanz geopolitischer Fragen. So nennen 30 Prozent die Zuwanderung und die Personenfreizügigkeit als Sorge (+4 Prozentpunkte, pp), und auch beim Thema «Beziehung zu Europa» (+7 pp) ist ein klarer Anstieg zu beobachten. Mit einem Plus von 17 Prozentpunkten sticht die Präsidentschaft Donald Trumps in den USA heraus: Während 2024 die anstehende Wahl kaum

Sorgen auslöste, wird seine Amtsausübung nun von knapp einem Fünftel der Stimmberechtigten (19%) als deutliches Problem wahrgenommen. Auch die Konflikte in der Ukraine (14%, +5 pp) und im Nahen Osten (9%, +4 pp) haben spürbar an Bedeutung zugenommen.

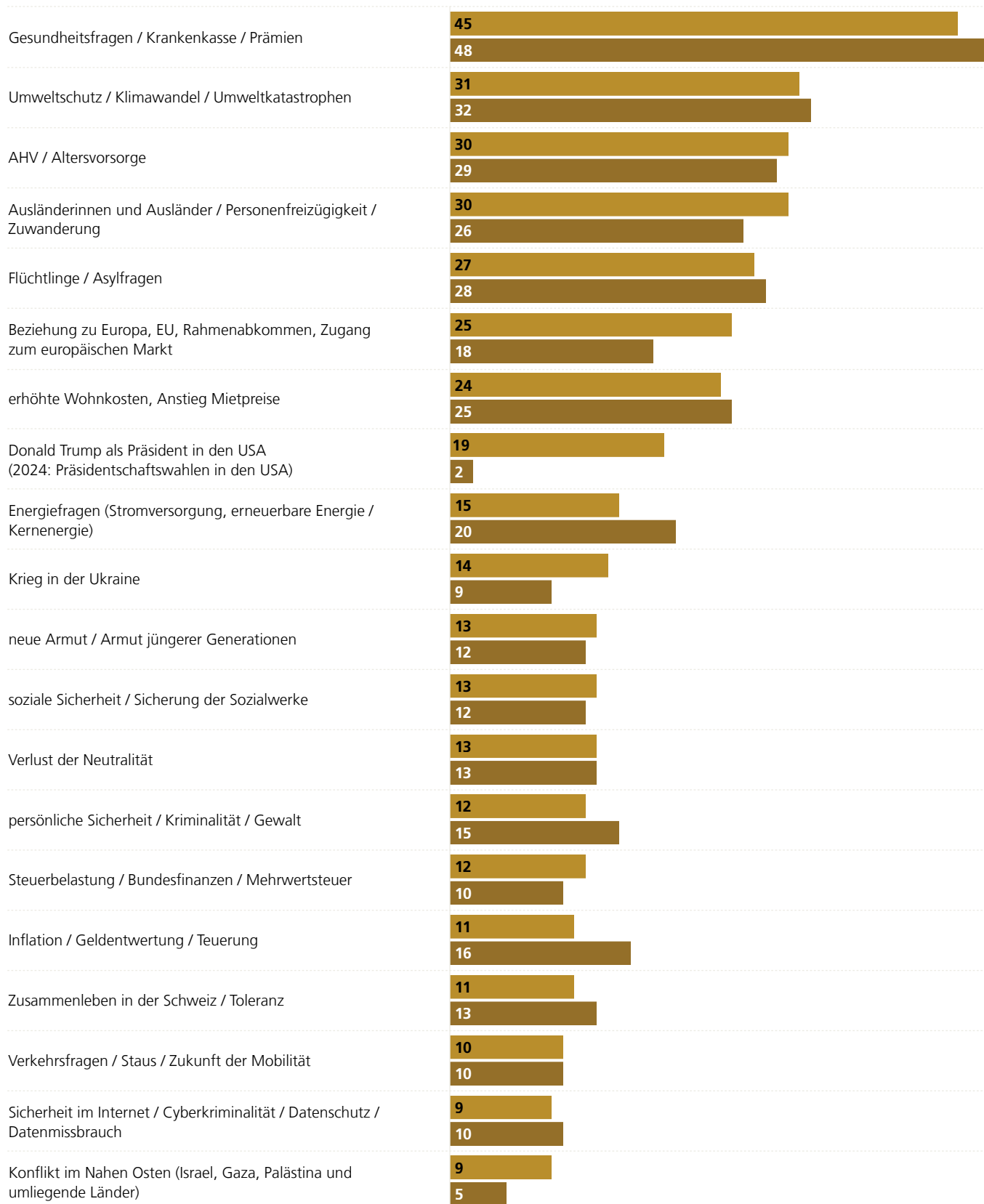
Andere Themen haben hingegen an Gewicht verloren: Die Energieversorgung (15%, –5 pp) und die Inflation (11%, –5 pp) verlieren im Vergleich zum Vorjahr an Dringlichkeit. Ebenso wird die persönliche Sicherheit (12%, –3 pp) weniger häufig genannt, bleibt aber ein Thema für einen relevanten Teil der Bevölkerung.

Top-20-Sorgen – 2025 vs. 2024

Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen.

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen
Mehrfachnennungen möglich

■ 2025 ■ 2024



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (N = 2190)

Die Rangverschiebungen zwischen 2024 und 2025 zeigen, dass sich die Sorgenlandschaft in Teilen deutlich neu ausgerichtet hat. Während die drei Toph Themen unverändert bleiben – Gesundheitsfragen an erster Stelle, gefolgt von Umwelt/Klima und der Altersvorsorge –, gab es in den mittleren und unteren Rängen teils markante Bewegungen.

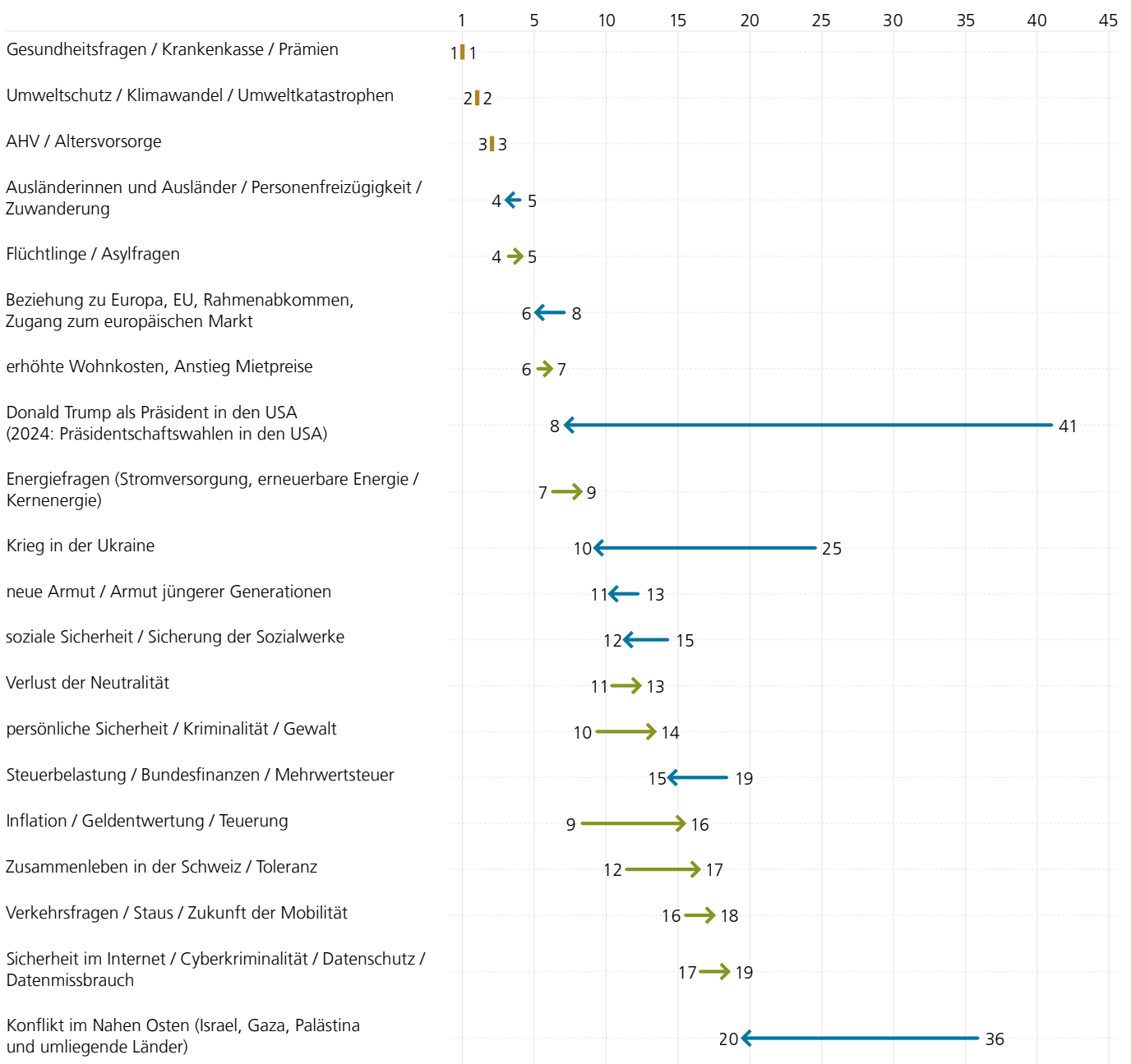
Die auffälligste Verschiebung betrifft das Thema «Donald Trump als Präsident in den USA». Lag dieses im Vorjahr noch auf Rang 41, gehört es 2025 erstmals zu den zehn grössten Sorgen – mit einem markanten Sprung um

33 Ränge auf Platz 8. Auch die Konflikte in der Ukraine (von Rang 25 auf 10, +15 Ränge) sowie im Nahen Osten (von Rang 36 auf 20, +16 Ränge) haben signifikant an Bedeutung zugenommen.

Andere Themen haben dagegen spürbar an Gewicht verloren. Besonders die Inflation fällt von Rang 9 auf 16 (–7 Ränge). Auch das Zusammenleben in der Schweiz (–5 Ränge) sowie Fragen der persönlichen Sicherheit (–4 Ränge) rücken zurück.

Top-20-Sorgen – Rang 2025 vs. 2024

Verschiebungen in der Rangliste zwischen den Jahren 2024 und 2025



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (N = 2190)

Sorgenwahrnehmung über die Jahre

Die langfristige Betrachtung der sozialen Sicherheit und der Vorsorge zeigt, dass die Gesundheitsfragen – insbesondere die Krankenkassenprämien – in den letzten Jahren wieder stark an Bedeutung gewonnen haben. 2025 geben 45 Prozent der Befragten dieses Thema als eine der grössten Sorgen an. Die aktuellen Werte erinnern an diejenigen zu Beginn der 2000er-Jahre, als die Krankenkassenkosten bereits einmal die Sorgenwahrnehmung dominierten. Nach einer längeren Phase geringerer Priorität ist die Gesundheitsproblematik in den vergangenen drei Jahren kontinuierlich angestiegen.

Die Altersvorsorge bewegt seit Jahrzehnten grosse Teile der Bevölkerung und liegt auch 2025 mit 30 Prozent auf einem konstant hohen Niveau. Zwar sind die Werte gegenüber den Spitzen um die Jahrtausendwende tiefer, doch bleibt die AHV eines der zentralen Anliegen im Sorgenprofil. Das Thema betrifft grundlegende Lebensbereiche und wird von vielen Menschen als besonders relevant wahrgenommen: Reicht die Rente zum Leben – heute für die Pensionierten und morgen für alle, die sich auf den Ruhestand vorbereiten? Die Sorge um Altersarmut hat zuletzt auch medial stark an Aufmerksamkeit gewonnen.

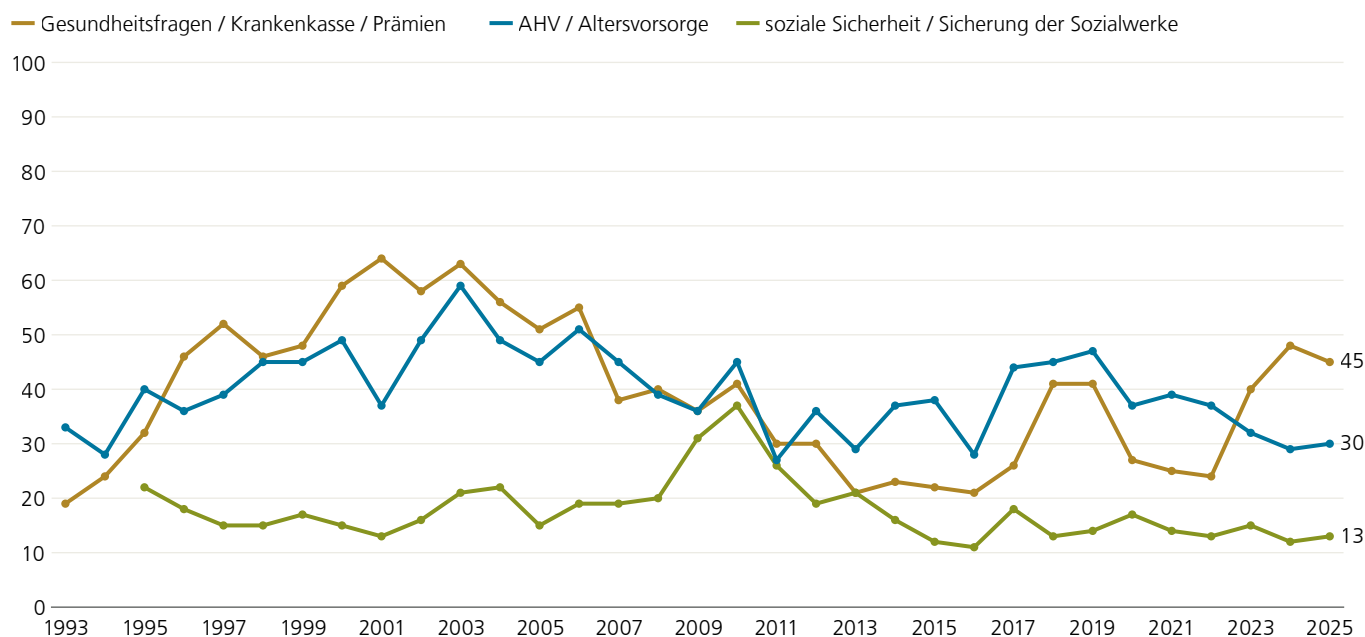
Parallel dazu besteht seit Jahren ein grosser Reformbedarf, um die langfristige Finanzierung der Altersvorsorge zu sichern. Die AHV ist damit zu einer politischen Dauerbaustelle geworden, über deren Zukunft die Bevölkerung in regelmässigen Abständen an der Urne entscheidet. Mit der Einführung der 13. AHV-Rente hat das Stimmvolk jüngst ein deutliches Signal gesetzt, wie dringlich die Frage der finanziellen Absicherung im Alter empfunden wird. Gleichzeitig könnte dieser Entscheid den unmittelbaren Problemdruck etwas gedämpft haben, ohne jedoch den grundlegenden Finanzierungs- und Reformbedarf zu entschärfen; im Gegenteil.

Die Sicherung der Sozialwerke im weiteren Sinne wird dagegen von deutlich weniger Menschen als dringendes Problem wahrgenommen. Seit Mitte der 2010er-Jahre bewegt sich der Anteil auf einem relativ tiefen Niveau und beträgt 2025 13 Prozent. Damit bleibt die allgemeine Sorge um das Funktionieren des Sozialsystems klar im Schatten von Krankenkassenprämien und Altersvorsorge.

Trend Sorgen – soziale Sicherheit und Vorsorge

Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen.

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1200)

Die Entwicklung der Sorgen im Bereich Wirtschaft und Kosten zeigt deutliche Verschiebungen über die letzten Jahrzehnte. Besonders markant ist der langfristige Rückgang der Arbeitslosigkeit als Sorge. Während dieses Thema in den 1990er-Jahren und zu Beginn der 2000er-Jahre noch regelmässig Spitzenwerte von bis zu 90 Prozent erreichte, ist die Arbeitslosigkeit heute praktisch aus der Sorgenwahrnehmung der Schweizerinnen und Schweizer verschwunden. 2025 nennen nur noch 6 Prozent der Befragten die Arbeitslosigkeit als eine ihrer grössten Sorgen – ein historisch tiefer Wert. Im Gegenzug haben dafür die steigenden Wohnkosten stark an Bedeutung gewonnen. Seit 2022 ist ein deutlicher Anstieg erkennbar, der sich seit 2024 auf einem Niveau von rund einem Viertel der Nennungen stabilisiert hat. Damit gehört der Wohnungsmarkt mittlerweile zu den zentralen Alltagsproblemen der Bevölkerung. Zusammen mit der hohen Priorität, die Gesundheitskosten und die finanzielle Sicherheit im Alter (siehe vorangehende Grafik) für die Befragten haben, ergibt sich daraus ein regelrechter Paradigmenwechsel über die letzte Dekade: Schweizerinnen und Schweizer blicken heute anders auf Arbeit und Wirtschaft. Stand früher eher die Frage im Zentrum, ob man überhaupt eine Arbeitsstelle hat, ist die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz heute kaum noch präsent – selbst angesichts des technologischen Wandels, der Digitalisierung und grosser Umwälzungen am Arbeitsmarkt.

Was stattdessen beschäftigt, sind die fixen Ausgaben, die Monat für Monat zu stemmen sind. Es geht also weniger darum, wie hoch das Einkommen ist, sondern vielmehr darum, ob es angesichts gestiegener Lebenshaltungskosten ausreichend ist.

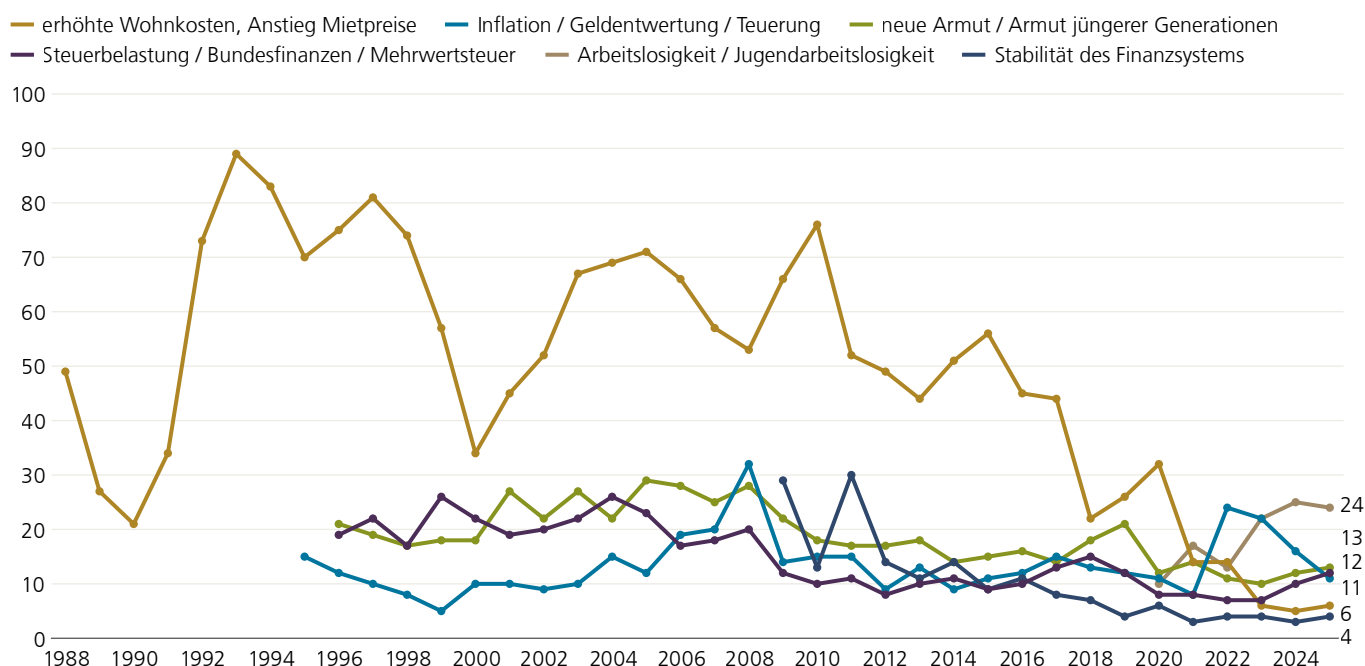
Die Inflation hat in den letzten Jahren wieder an Relevanz eingebüsst. Nach einem markanten Ausschlag im Jahr 2022 – ausgelöst durch die Unsicherheiten nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine und die damit verbundenen Energie- und Lieferkettenprobleme – ist das Thema Inflation inzwischen in der Wahrnehmung der Befragten deutlich in den Hintergrund getreten. 2025 nennen nur noch 11 Prozent der Befragten Teuerungsproblematiken als Sorge. Dennoch bleibt es im Sorgenprofil sichtbar.

Weitere klassische wirtschaftliche Themen wie Steuerbelastung (12%) oder die neue Armut (13%) rangieren auf mittlerem Niveau und zeigen über die Jahre weniger dynamische Ausschläge. Die Stabilität des Finanzsystems wird indes kaum infrage gestellt und bleibt mit 4 Prozent am unteren Ende der Skala.

Trend Sorgen – Wirtschaft und Kosten

Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen.

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1200)

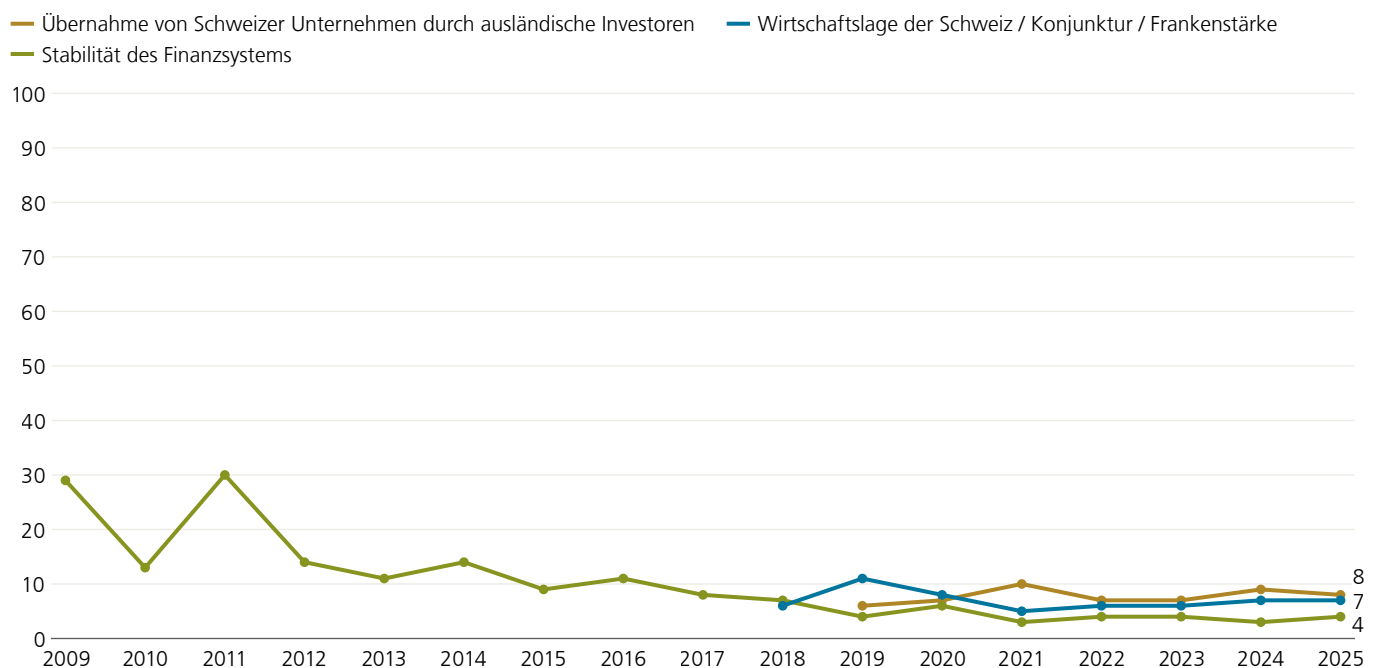
Während das Zusammenspiel von individueller Lebenswelt und Wirtschaftsfragen die Sorgenlage der Bevölkerung stark prägt, spielen systemische Wirtschaftsthemen traditionellerweise – und auch 2025 – nur eine untergeordnete Rolle. Die Übernahme von Schweizer Unternehmen durch ausländische Investoren (8%), die allgemeine Wirtschaftslage (7%) oder die Stabilität des Finanzsystems (4%) werden jeweils von weniger als 10 Prozent der Befragten als grösste Sorgen genannt.

Noch zu Beginn der 2010er-Jahre lag die Sorge über die Stabilität des Finanzsystems zeitweise deutlich höher – mit Spitzenwerten um 30 Prozent. In den letzten Jahren hat sich das Problembewusstsein jedoch kontinuierlich abgeschwächt und verharrt seither auf tiefem Niveau. Auch die aktuellen geopolitischen Unsicherheiten scheinen zumindest die Sorgen bezüglich des Schweizer Wirtschaftssystems nicht nennenswert verstärkt zu haben.

Trend Sorgen – Wirtschaftssystem

Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen.

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1200)

Deutlich sichtbar ist, dass Umweltthemen in der Sorgenwahrnehmung der Schweizer Bevölkerung einen festen Platz einnehmen. Nach wie vor ein Drittel der Befragten gibt den Umweltschutz, Klimawandel oder Umweltkatastrophen als eine ihrer grössten Sorgen an. Auch wenn die Werte seit den Spitzenjahren 2019 bis 2021 leicht zurückgegangen sind, bleibt das Thema auf hohem Niveau.

Ein anderes Bild zeigt sich bei der Energieversorgung. Während die drohende Strommangellage 2022 noch zu einem deutlichen Ausschlag geführt hat, verliert die Sorge seit 2023 kontinuierlich an Bedeutung: Lediglich 15 Prozent der Befragten sehen darin aktuell ein drängendes Problem.

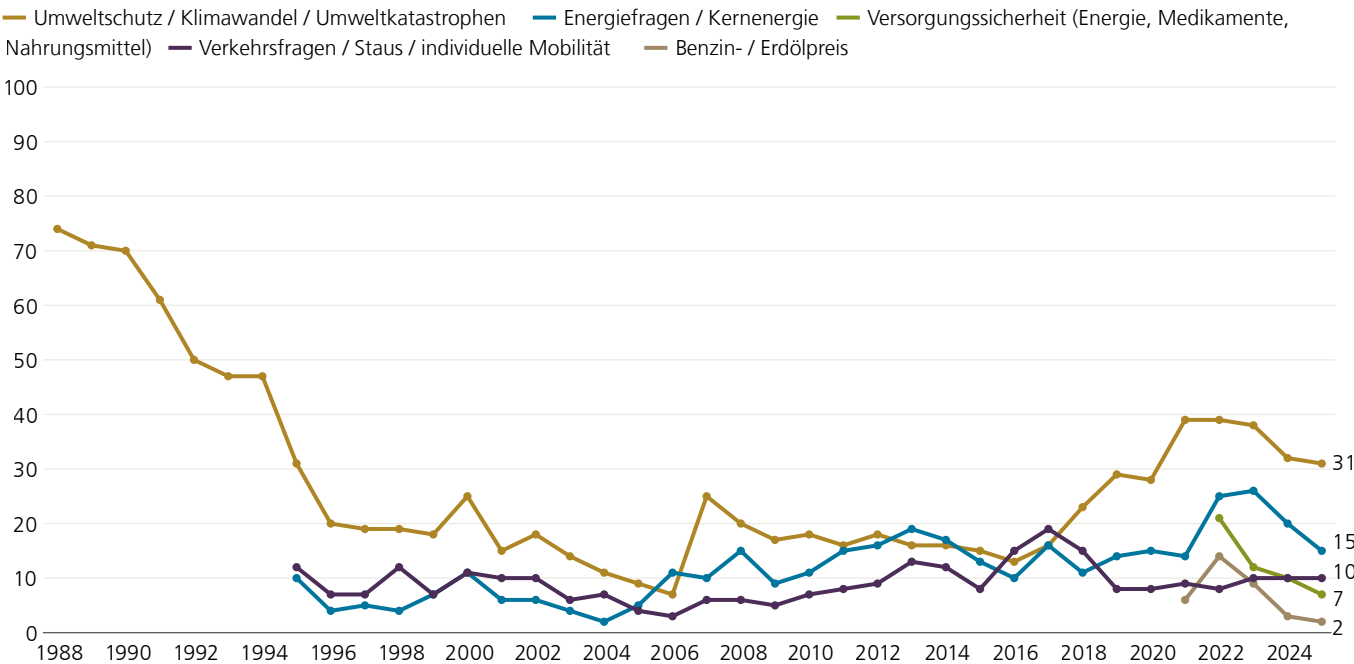
Ebenso hat die allgemeine Versorgungssicherheit, die während der Krisenjahre (2022/2023) zeitweise mehr Gewicht erhielt, an Dringlichkeit eingebüsst und liegt 2025 noch bei 7 Prozent.

Stabil auf mittlerem Niveau bewegt sich der Themenkreis Verkehrsfragen / individuelle Mobilität. Mit 10 Prozent bleibt er zwar wiederkehrend, aber klar nachgeordnet. Kaum noch eine Rolle spielt hingegen der Benzin- und Erdölpreis (2%).

Trend Sorgen – Umwelt und Versorgungssicherheit

Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen.

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1200)

Auch 2025 stehen Zuwanderung (30%) und Asylfragen (27%) wieder weit oben auf der Sorgenagenda. Beide Themen bewegen sich damit auf deutlich höherem Niveau als noch vor wenigen Jahren und knüpfen an die langen Phasen an, in denen die Migrationsthematik in der Schweiz immer wieder Spitzenwerte erreicht hat.

Auffällig ist zudem auch, wie sehr geopolitische Krisen das Sorgenprofil beeinflussen: Der Konflikt in der Ukraine wird mittlerweile von 14 Prozent als eine der fünf grössten Sorgen genannt, der Konflikt im Nahen Osten von 9 Prozent. Noch stärker ins Gewicht fällt die Wahrnehmung der Präsidentschaft Donald Trumps: Während im Vorjahr die US-Wahlen lediglich 2 Prozent der Nennungen ausmachten, erreicht das Thema seiner Präsidentschaft 2025 19 Prozent und ist damit zu einem

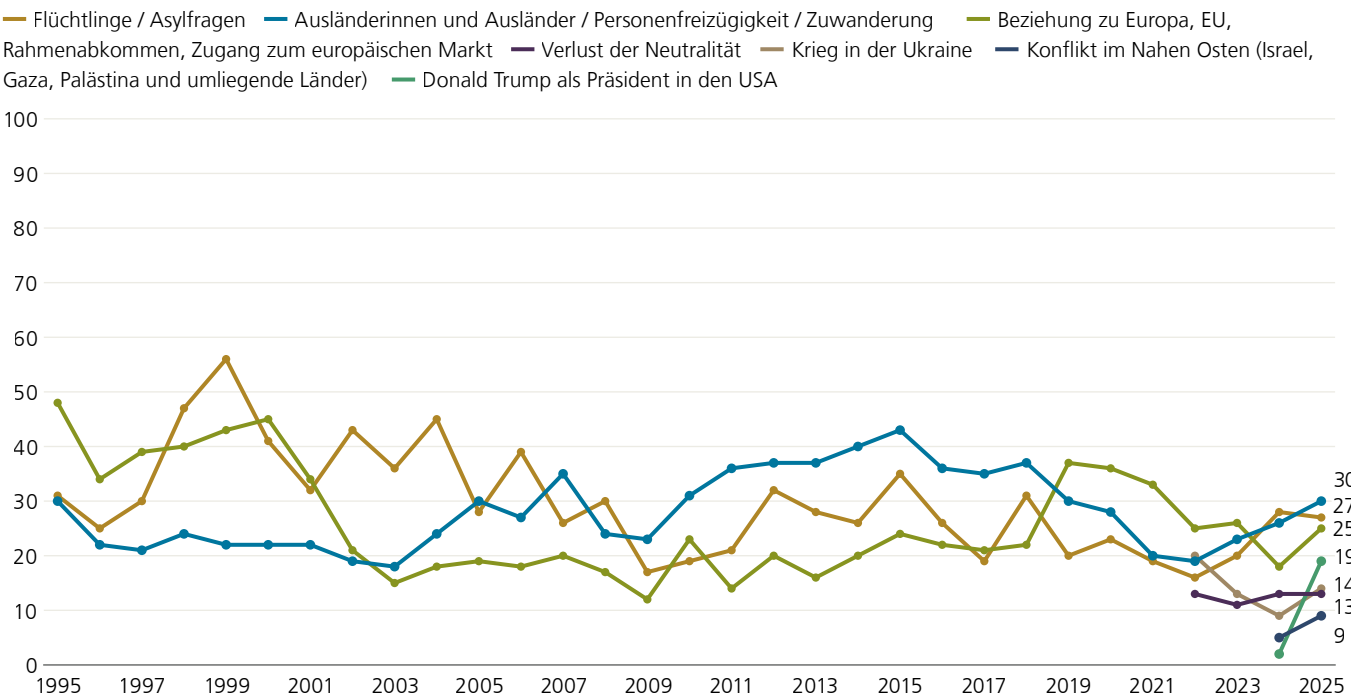
zentralen Faktor geworden. Womöglich im Zuge der Berufung auf bestehende stabile Handelspartnerschaften haben die Beziehungen zur EU an Bedeutung gewonnen. Nach Jahren relativer Stabilität wird die Frage nach dem Zugang zum europäischen Markt nun von einem Viertel der Stimmberechtigten (25%) als grosse Sorge eingestuft. Diese Entwicklung zeigt, wie eng die europapolitische Debatte mit geopolitischen Spannungen und globalen Veränderungen verknüpft ist.

Im Gegensatz zur Sorge um die Beziehungen zu Europa bleibt jene um den Verlust der Neutralität unverändert und liegt mit 13 Prozent weiterhin auf einem tiefen Niveau.

Trend Sorgen – Aussen- und Migrationspolitik

Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen.

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1200)

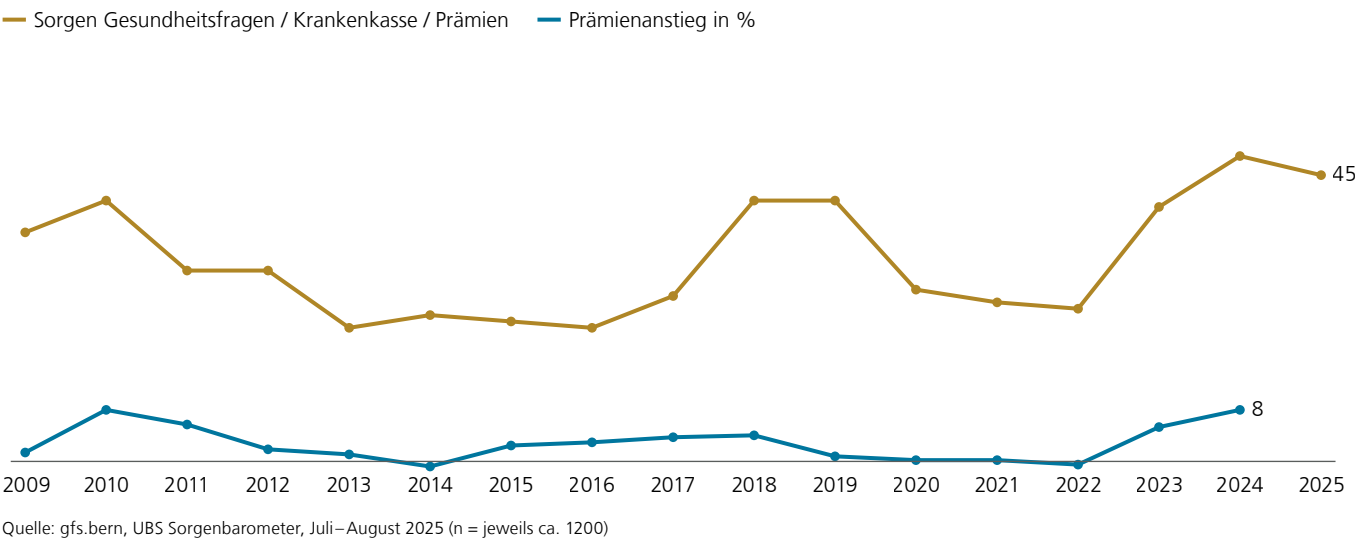
Verankerung in realpolitischen Ereignissen

Für das Verständnis der langfristigen Entwicklung der Sorgenwahrnehmung in der Schweiz ist es entscheidend, zwei Ebenen im Blick zu behalten: Einerseits spielt die mediale und globale Präsenz eines Themas eine grosse Rolle, andererseits ist auch der Abgleich mit realpolitischen Ereignissen und Entwicklungen äusserst aufschlussreich – wobei das eine immer wieder auch mit dem anderen zusammenhängt.

So verläuft etwa die Problemwahrnehmung im Bereich Gesundheit klar im Gleichschritt mit der Entwicklung der Krankenkassenprämien: Steigen die Prämien, nimmt auch das Problembewusstsein zu. Steigen die Prämien weniger stark (oder sinken gar, wie es eher selten vorkommt), reduziert sich auch die Sorge um Gesundheitsfragen / Prämien / Krankenkassen. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei den Asylfragen, wo die Intensität der Sorge über weite Strecken stark mit der Zahl der tatsächlich gestellten Asylgesuche pro Jahr übereinstimmt.

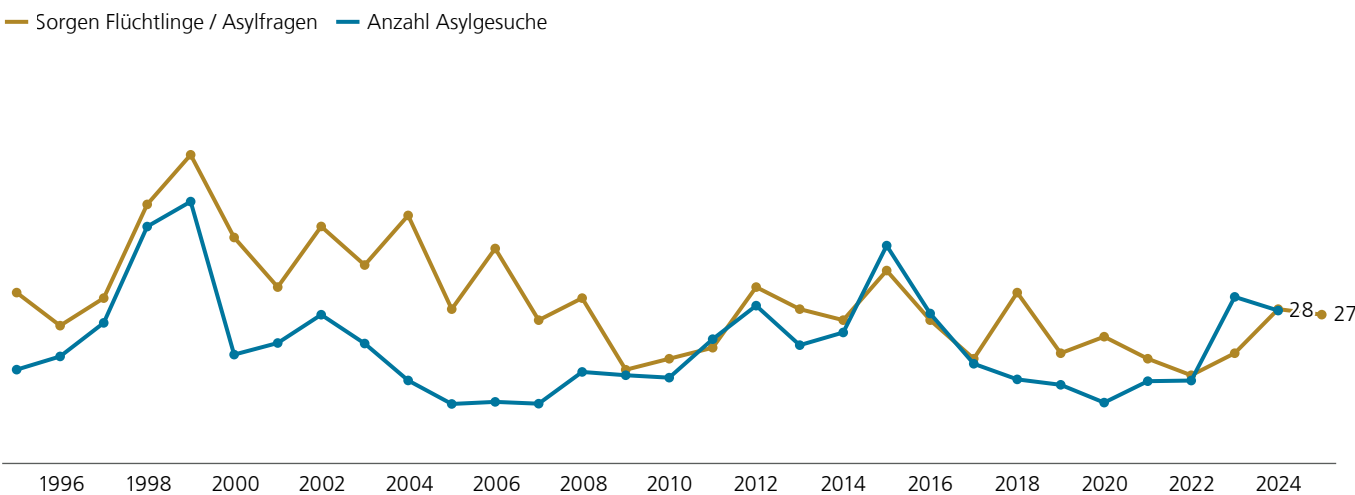
Trend Sorgen – Gesundheitsfragen

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen bzw. in % Prämienanstieg



Trend Sorgen – Asylfragen

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen bzw. in Anzahl Asylgesuche*

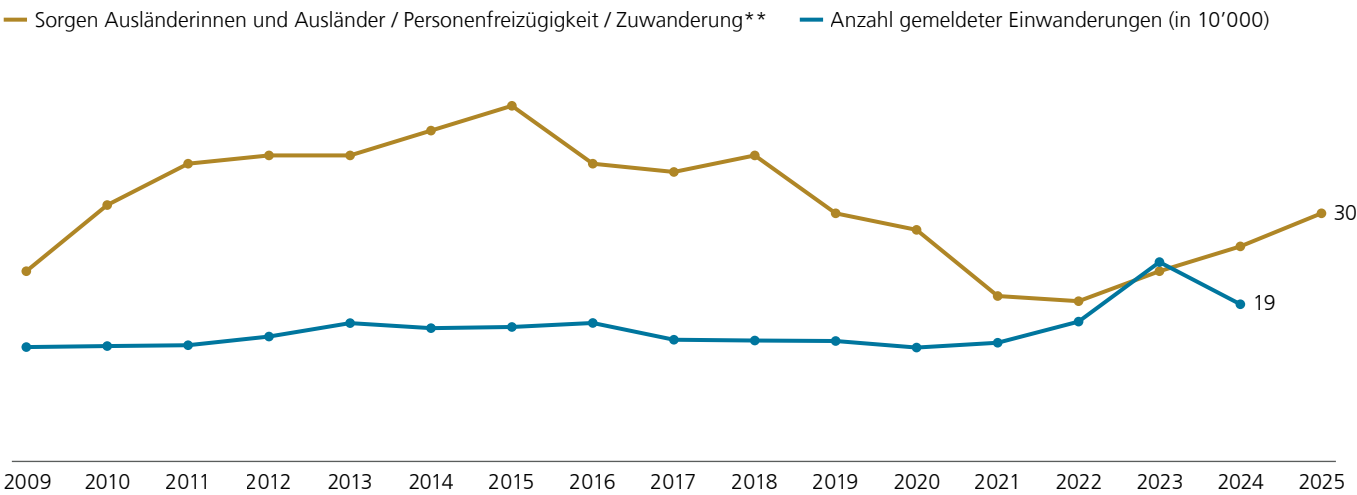


Die Wahrnehmung der Zuwanderung hingegen verläuft weniger direkt entlang der gemeldeten Einwanderungszahlen. Zwar besteht auch hier ein grober Zusammenhang, die Sorge bewegt sich aber vergleichsweise unabhängig davon. Bemerkenswert ist nun der Fall der Arbeitslosigkeit. Hier bestand über viele Jahre ein enger Zusammenhang

zwischen der Entwicklung der realen Arbeitslosigkeit und der Sorge darum. Seit ca. 2010 aber bewegen sich die Kurven nicht mehr parallel zueinander, und während die Arbeitslosigkeit in einzelnen Jahren durchaus angestiegen ist, nahm die Sorge darum kontinuierlich ab.

Trend Sorgen – Zuwanderung

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen bzw. in Anzahl gemeldeter Personen*



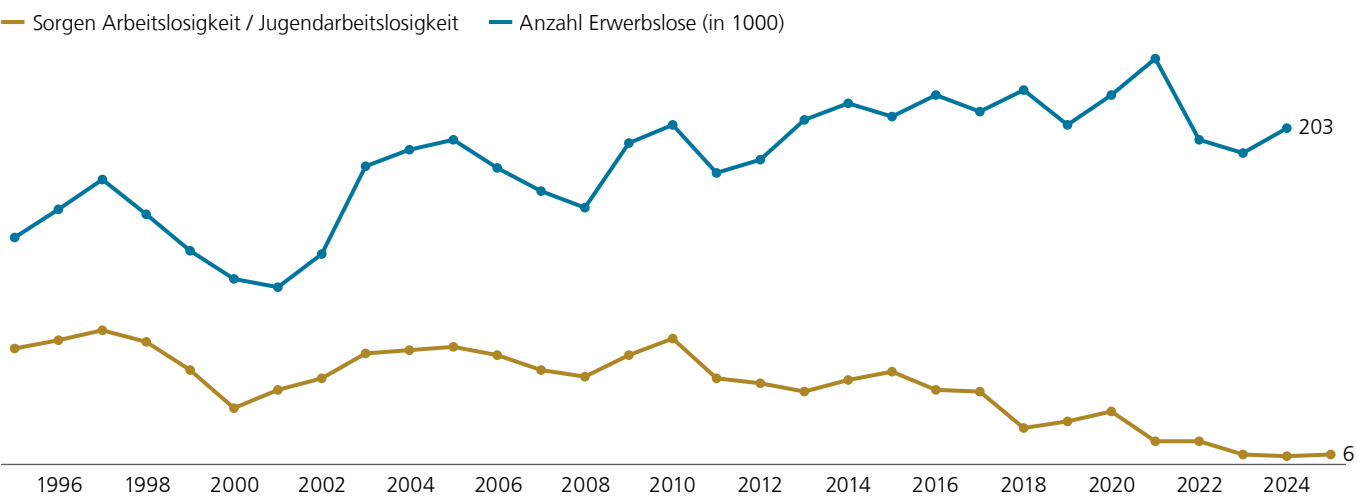
Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1200)

*Werte Einwanderung der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung in Anzahl gemeldeter Personen, in 10'000 (Bundesamt für Statistik). Ab 2011 Wechsel des Produktionsverfahrens und neue Definition der ständigen Wohnbevölkerung, die zusätzlich Personen im Asylprozess mit einer Gesamtaufenthaltsdauer von mindestens 12 Monaten umfasst.

**Änderung der Kategorien Ausländerinnen und Ausländer / Personenfreizügigkeit / Zuwanderung (ab 2013)

Trend Sorgen – Arbeitslosigkeit

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen bzw. in Anzahl Erwerbslose*



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1200)

*Anzahl Erwerbslose gemäss Bundesamt für Statistik

Unterschiede nach Alter, Geschlecht und Parteizugehörigkeit

Alter und Geschlecht

Die Gewichtung der Sorgen variiert teils deutlich je nach Alter. Unterschiedliche Generationen setzen unterschiedliche Prioritäten. Einzig die Gesundheitskosten bilden in allen Altersgruppen die grösste Sorge, wenn auch mit unterschiedlicher Stärke: Am deutlichsten ist die Sorge bei den 40- bis 64-Jährigen ausgeprägt, wo fast die Hälfte (48%) dieses Thema nennt.

Dahinter aber zeigen sich deutliche Unterschiede in den Prioritäten. Jüngere Menschen (18–39 Jahre) sorgen sich besonders häufig um Umwelt- und Klimafragen (40%) sowie um die Altersvorsorge (28%) und die Wohnkosten (28%). Auch geopolitische Themen wie die Präsidentschaft von Donald Trump (18%) oder die Energieversorgung (15%) tauchen in ihrer Top-10-Sorgen-Liste auf.

Die mittlere Generation (40–64 Jahre) rückt hingegen stärker migrationspolitische Themen in den Vordergrund: 34 Prozent sorgen sich um Zuwanderung und 28 Prozent um Flüchtlingsfragen. Parallel bleibt die Altersvorsorge (32%) ein zentrales Anliegen. Auffällig ist zudem, dass sich diese Altersgruppe vergleichsweise auch mehr Sorgen um das Verhältnis zur EU (27%) und die soziale Sicherheit (15%) macht. Noch mehr ins Zentrum der Sorgen rückt die Beziehung zu Europa bei den über 65-Jährigen. So sorgen sich 31 Prozent dieser Alterskohorte darum und 30 Prozent um die Zuwanderung. Altersvorsorge (29%) und Flüchtlingsfragen (29%) stellen bei den über 65-Jährigen ebenfalls ein Grund zur Sorge dar, genauso wie Donald Trump als Präsident der USA (24%) oder der Konflikt in der Ukraine (17%).

Top-10-Sorgen nach Alter

Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen.

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen

18–39-Jährige	40–64-Jährige	65 Jahre und älter
Gesundheitsfragen / Krankenkasse / Prämien (41%)	Gesundheitsfragen / Krankenkasse / Prämien (48%)	Gesundheitsfragen / Krankenkasse / Prämien (44%)
Umweltschutz / Klimawandel / Umweltkatastrophen (40%)	Ausländerinnen und Ausländer / Personenfreizügigkeit / Zuwanderung (34%)	Beziehung zu Europa, EU, Rahmenabkommen, Zugang zum europäischen Markt (31%)
AHV / Altersvorsorge (28%)	AHV / Altersvorsorge (32%)	Ausländerinnen und Ausländer / Personenfreizügigkeit / Zuwanderung (30%)
erhöhte Wohnkosten, Anstieg Mietpreise (28%)	Flüchtlinge / Asylfragen (28%)	AHV / Altersvorsorge (29%)
Ausländerinnen und Ausländer / Personenfreizügigkeit / Zuwanderung (23%)	Beziehung zu Europa, EU, Rahmenabkommen, Zugang zum europäischen Markt (27%)	Flüchtlinge / Asylfragen (29%)
Flüchtlinge / Asylfragen (23%)	Umweltschutz / Klimawandel / Umweltkatastrophen (27%)	Umweltschutz / Klimawandel / Umweltkatastrophen (29%)
Beziehung zu Europa, EU, Rahmenabkommen, Zugang zum europäischen Markt (18%)	erhöhte Wohnkosten, Anstieg Mietpreise (25%)	Donald Trump als Präsident in den USA (24%)
Donald Trump als Präsident in den USA (18%)	Donald Trump als Präsident in den USA (16%)	erhöhte Wohnkosten, Anstieg Mietpreise (19%)
Energiefragen (Stromversorgung, erneuerbare Energie / Kernenergie) (15%)	Energiefragen (Stromversorgung, erneuerbare Energie / Kernenergie) (15%)	Krieg in der Ukraine (17%)
Inflation / Geldentwertung / Teuerung (15%)	soziale Sicherheit / Sicherung der Sozialwerke (15%)	Verlust der Neutralität (16%)

Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n zw. 560 und 960)

Die zugeschriebene Bedeutung der einzelnen Sorgen unterscheidet sich auch in einem weiteren Detailgrad zwischen jungen Männern und jungen Frauen (18–39 Jahre) teils stark und lässt eine Polarisierung in der Wahrnehmung der Geschlechter in gewissen Themenbereichen klar erkennen. So stehen bei den jungen Frauen die Gesundheitskosten (48%) und der Themenkomplex Umwelt/Klima (44%) klar an der Spitze, gefolgt von der Altersvorsorge (35%). Auffällig ist zudem, dass Gleichstellung (19%) und soziale Fragen wie neue Armut (17%) oder das Zusammenleben (15%) in der weiblichen Top-10-Rangliste vertreten sind – Themen, die bei den Männern kaum Gewicht haben. Migration und Steuern erscheinen bei den Frauen zwar ebenfalls, spielen aber eine deutlich geringere Rolle als bei den Männern ihrer Generation.

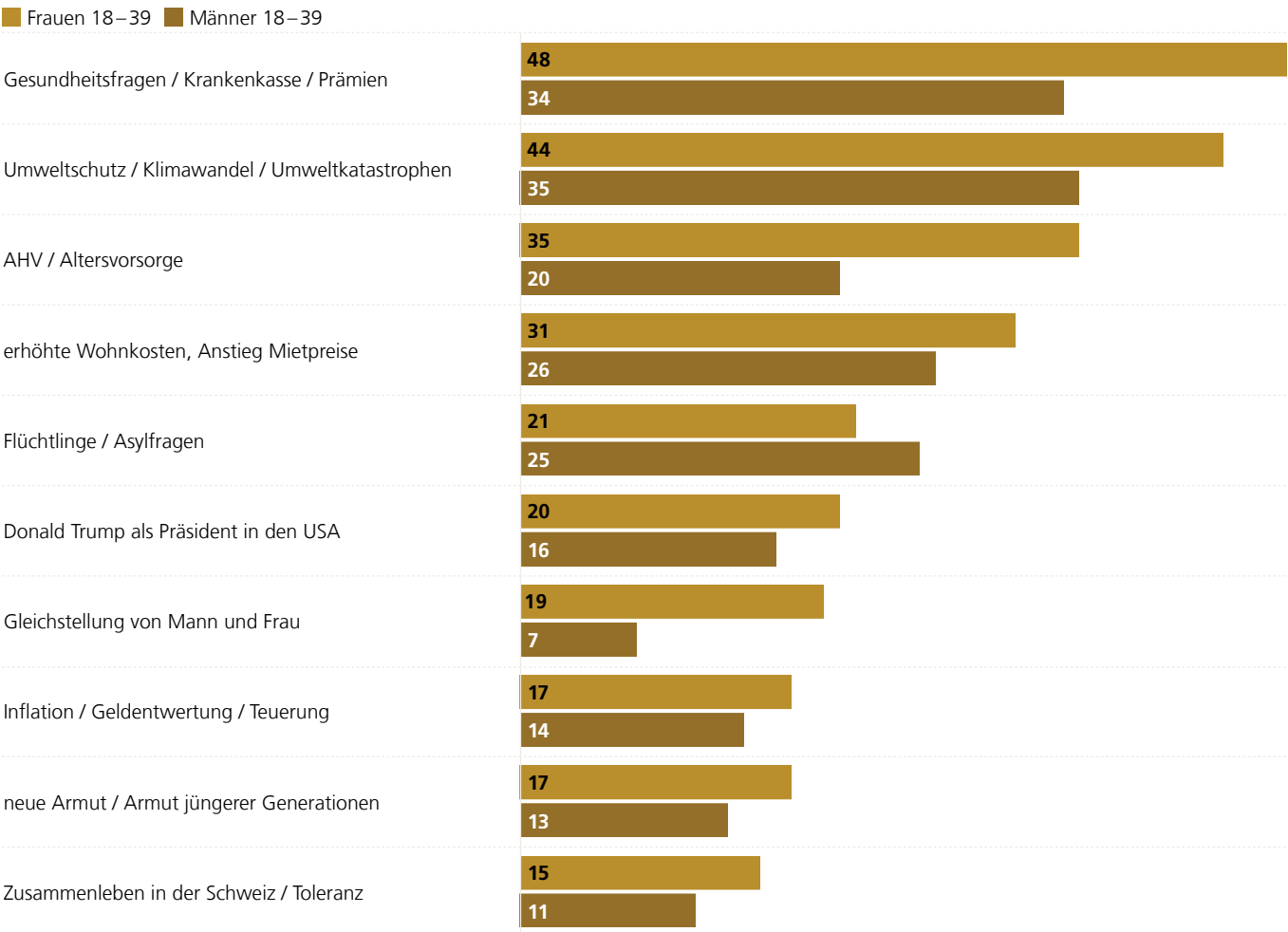
Bei den jungen Männern dominieren migrations- und steuerpolitische Themen: Die Zuwanderung (33%) sowie die Asylfrage (25%) zählen zu ihren wichtigsten Sorgen und liegen damit deutlich höher als bei den gleichaltrigen Frauen. Auch Steuerbelastung (18%) und Energiefragen (21%) sind für junge Männer zentrale Themen. Gesundheitskosten (34%) und Themen mit Bezug zur Umwelt (35%) rangieren zwar ebenfalls weit oben, bleiben in der wahrgenommenen Dringlichkeit jedoch klar hinter den entsprechenden Werten bei den befragten Frauen zurück.

Die Gegenüberstellung zeigt: Junge Männer orientieren sich stärker an klassischen Fragen der Migration, Energie und finanziellen Belastung, während junge Frauen vor allem gesundheitliche, soziale und gesellschaftliche Themen in den Vordergrund stellen. Damit fallen die Unterschiede bezüglich Prioritäten innerhalb der jüngsten Altersgruppe besonders ausgeprägt aus.

Top-10-Sorgen – junge Frauen (vs. junge Männer)

Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen.

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen
 Mehrfachnennungen möglich



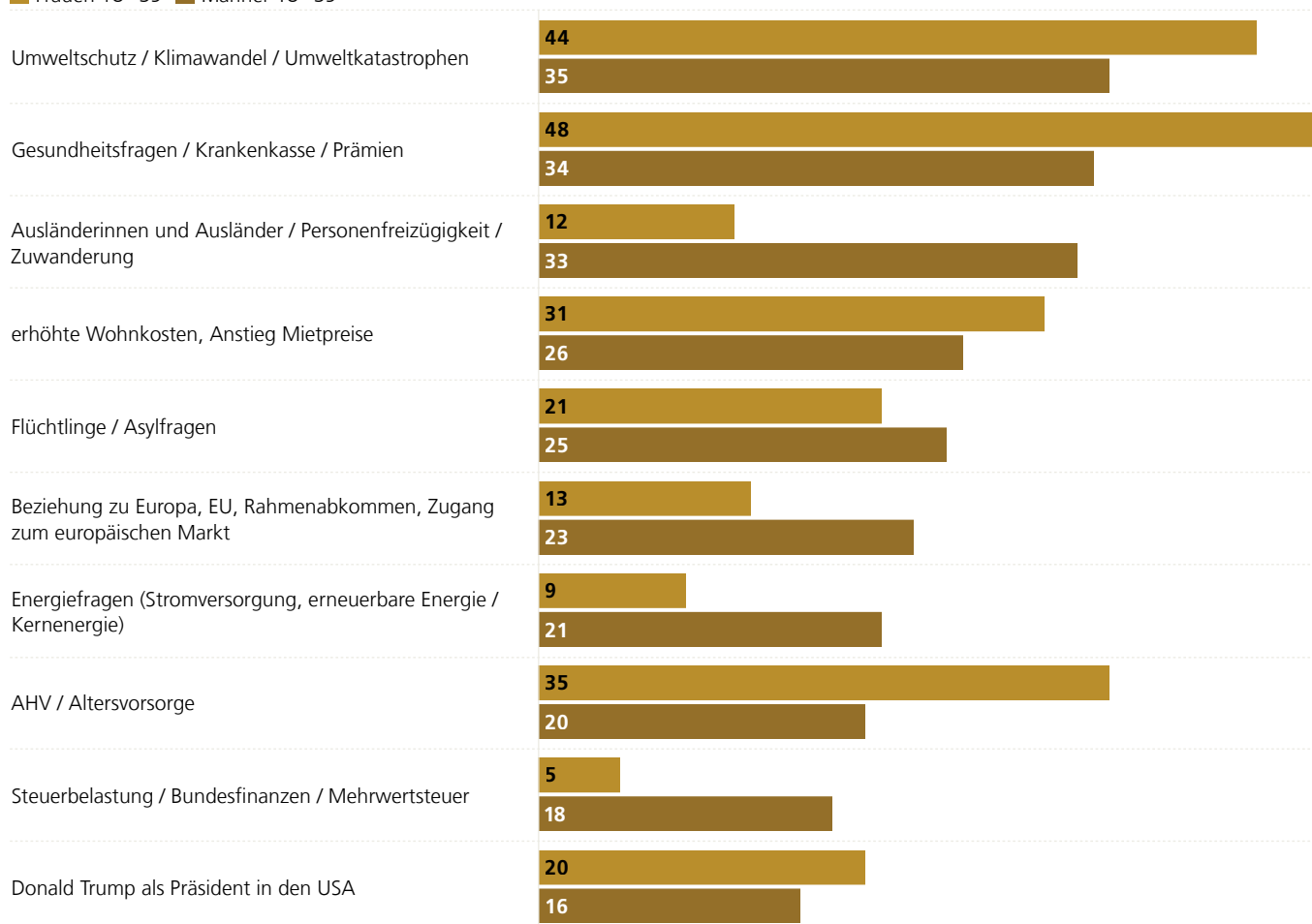
Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (N = 2190)

Top-10-Sorgen – junge Männer (vs. junge Frauen)

Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen.

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen
Mehrfachnennungen möglich

■ Frauen 18–39 ■ Männer 18–39



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (N = 2190)

Parteizugehörigkeit

Die Sorgen der Bevölkerung unterscheiden sich je nach Parteibindung deutlich und spiegeln die inhaltlichen Schwerpunkte der jeweiligen politischen Lager wider. Gemeinsam ist allen Parteimilieus, dass Gesundheitskosten und Altersvorsorge weit oben in der Rangliste stehen. Darüber hinaus zeigen sich jedoch klare Unterschiede in der Gewichtung anderer Themen.

Bei den Befragten mit Nähe zu den Grünen und der SP dominiert der Umweltschutz. 79 Prozent der Grünen- und 56 Prozent der SP-Sympathisierenden nennen Klima und Umwelt als ihre grösste Sorge. Gesundheitsthemen und Mietpreise folgen dicht dahinter. Auffällig ist, dass bei diesen Parteien auch gesellschaftspolitische Anliegen wie Gleichstellung, Rassismus oder soziale Sicherheit einen hohen Stellenwert haben. Damit steht in den linken Milieus eine Kombination aus ökologischen und sozialen Themen im Vordergrund.

Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die der GLP nahestehen, zeigen sich ähnlich stark sensibilisiert für Umweltfragen (57%), weisen daneben aber eine klar eigenständige Sorgenkonstellation auf. Neben Gesundheitskosten und der Altersvorsorge wird das EU-Thema vergleichsweise oft genannt und auch die Präsidentschaft Donald Trumps erscheint deutlich häufiger in den Top-Sorgen als in anderen Lagern. Die GLP-Wählerschaft ist die einzige, die das Thema der IT-/Cybersicherheit in den Top 10 ihrer Sorgen abgebildet hat.

Der Unterstützerkreis für Die Mitte setzt seinen Schwerpunkt stärker auf klassische Sozialversicherungen. Gesundheitskosten (45%) und Altersvorsorge (35%) nehmen hier die obersten Plätze ein. Gleichzeitig zeigen sie eine erhöhte Aufmerksamkeit für Migrationsthemen: 31 Prozent nennen die Zuwanderung als eines der grössten Probleme, 28 Prozent die Asylfrage. Die Europafrage schafft es zwar in die Top 10, hat im Vergleich zu den meisten anderen Parteien aber deutlich weniger Gewicht. Stattdessen spielt der gesellschaftliche Zusammenhalt (Zusammenleben in der Schweiz: 17%) eine grössere Rolle als in den anderen Parteien.

Bei den FDP-Sympathisierenden rangieren die Beziehungen zur EU mit 37 Prozent an erster Stelle – noch vor den Gesundheitskosten (35%). Dies verdeutlicht die starke wirtschaftliche Orientierung dieses Lagers und könnte auch mit dem Umstand zusammenhängen, dass die Position der Parteileitung zu dieser Frage zum Befragungszeitpunkt noch weitgehend ungeklärt war. Dahinter folgen Altersvorsorge (34%), Zuwanderung (33%) und Energiefragen (24%).

Am stärksten unterscheidet sich der SVP-Unterstützerkreis vom Durchschnitt der gesamtschweizerischen Sorgenwahrnehmung. Bei keiner anderen Parteibasis prägen migrationspolitische Fragen die Sorgenagenda so stark wie bei der SVP: 53 Prozent nennen die Asylfrage, 52 Prozent die Zuwanderung als eine der fünf grössten Sorgen. Damit liegen diese Themen klar vor den Gesundheitskosten (44%) und der Altersvorsorge (31%). Charakteristisch ist zudem die überdurchschnittliche Nennung eines Verlustes der Neutralität (29%) sowie der persönlichen Sicherheit (20%). Europapolitische Fragen erscheinen zwar ebenfalls in den Top-Sorgen, werden aber klar untergeordnet.

Top-10-Sorgen nach Parteibindung

Hier sehen Sie eine Liste von Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Lesen Sie die Liste bitte durch und wählen Sie dann von allen jene fünf aus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen.

in % Stimmberechtigte, Anteil Nennungen

Grüne	SP	GLP	Die Mitte	FDP	SVP
Umwelt / Klima (79%)	Umwelt / Klima (56%)	Umwelt / Klima (57%)	Gesundheit (45%)	Europa (37%)	Asyl (53%)
Gesundheit (40%)	Gesundheit (48%)	Gesundheit (44%)	Altersvorsorge (35%)	Gesundheit (35%)	Zuwanderung (52%)
Energie (29%)	Wohnkosten (38%)	Altersvorsorge (29%)	Zuwanderung (31%)	Altersvorsorge (34%)	Gesundheit (44%)
Wohnkosten (29%)	Altersvorsorge (29%)	Donald Trump, USA (29%)	Asyl (28%)	Zuwanderung (33%)	Altersvorsorge (31%)
Gleichstellung (24%)	Europa (27%)	Europa (28%)	Donald Trump, USA (27%)	Energie (24%)	Europa (29%)
Donald Trump, USA (24%)	soziale Sicherheit (21%)	Wohnkosten (24%)	Umwelt / Klima (21%)	Asyl (24%)	Verlust der Neutralität (29%)
Krieg in der Ukraine (22%)	neue Armut (19%)	Energie (17%)	Wohnkosten (21%)	Krieg in der Ukraine (24%)	Kriminalität (20%)
Rassismus (19%)	Gleichstellung (18%)	soziale Sicherheit (17%)	Zusammenleben in der Schweiz (17%)	Donald Trump, USA (24%)	Steuerbelastung (18%)
Nahostkonflikt (19%)	Donald Trump, USA (18%)	IT-Sicherheit (14%)	Europa (16%)	Umwelt / Klima (19%)	Wohnkosten (18%)
Europa (18%)	Rassismus (17%)	Krieg in der Ukraine (14%)	Krieg in der Ukraine (14%)	Wohnkosten (18%)	Energie (14%)

Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n zw. 148 und 514)



Vertrauen und Identität

Identität und Interesse an Politik

Für die Bevölkerung steht die Schweiz in erster Linie für Sicherheit und Stabilität – ein Befund, der in Zeiten globaler Unsicherheiten und geopolitischer Verwerfungen besonders ins Gewicht fällt. 2025 nennen spontan 36 Prozent Sicherheit und Stabilität als prägendes Merkmal des Landes; damit bleibt dieser Wert unangefochten an der Spitze. Auf Platz zwei folgt die Neutralität mit 21 Prozent, gefolgt von der direkten Demokratie mit 20 Prozent. Diese beiden Werte stehen sinnbildlich für die politische Identität der Schweiz: Mitbestimmung im Innern und Unabhängigkeit nach aussen. 13 Prozent betonen die Bedeutung des Wirtschaftsstandorts, 11 Prozent verweisen auf politische Besonderheiten wie Föderalismus oder das Mehrparteiensystem.

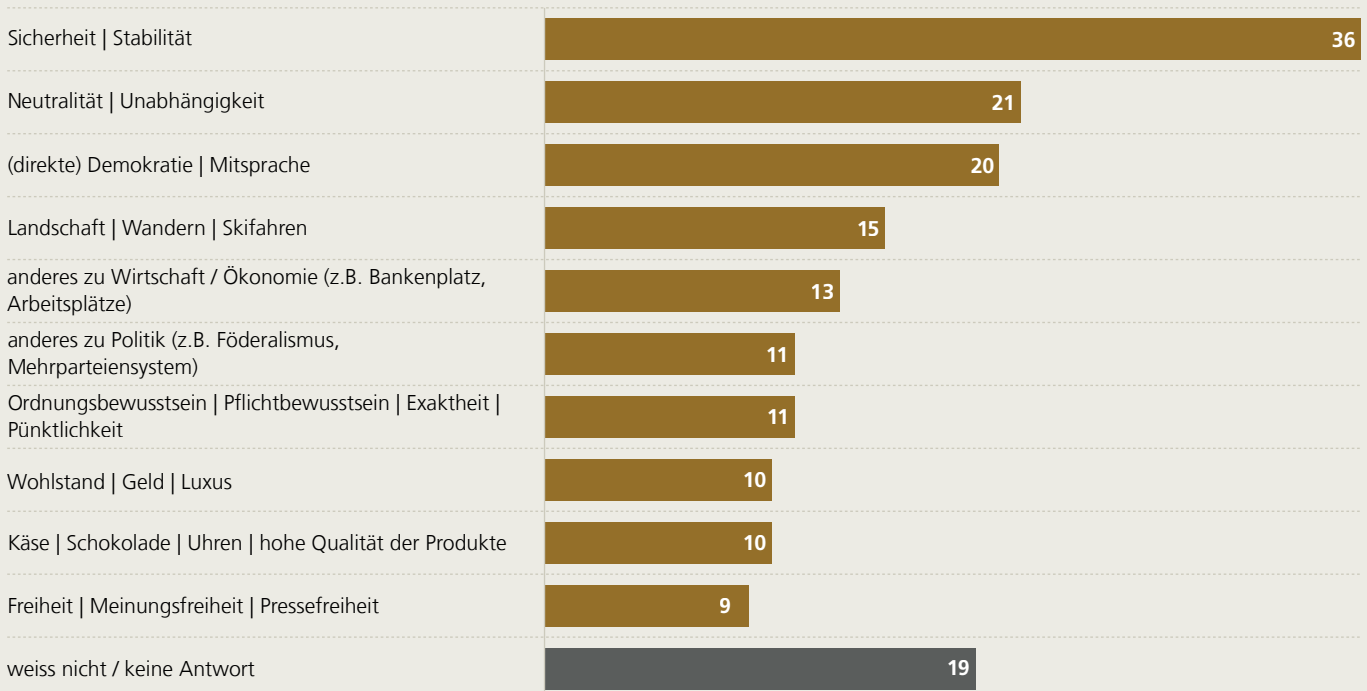
Auch landschaftliche Aspekte oder Stereotypen spielen eine Rolle – wenn auch vergleichsweise untergeordnet. 15 Prozent der Stimmberechtigten verbinden die Schweiz mit Natur, Wandern oder Skifahren. Traditionelle Werte wie Ordnung, Pflichtbewusstsein und Pünktlichkeit (11%) sowie Wohlstand, Geld und Luxus (10%) finden sich ebenfalls in den Top-Nennungen. Ähnlich häufig werden zudem Freiheit – etwa Meinungs- und Pressefreiheit (9%) – sowie klassische Güter wie Käse, Schokolade, Uhren oder die hohe Qualität von Produkten (10%) genannt.

Damit wird deutlich: Die Identität der Schweiz gründet für die Bevölkerung weit stärker auf ihren politischen und wirtschaftlichen Strukturen als auf landschaftlichen oder stereotypischen Merkmalen. Stabilität, Demokratie, Neutralität und ein starker Wirtschaftsstandort prägen das Bild des Landes innerhalb der Top 10 stärker als Landschaft oder nationale Stereotypen wie Käse oder Schokolade.

Top-10 – Wofür die Schweiz steht

Notieren Sie bitte in Stichworten drei Dinge, wofür die Schweiz für Sie persönlich steht.

in % Stimmberechtigte
Mehrfachnennungen möglich



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = 1109)

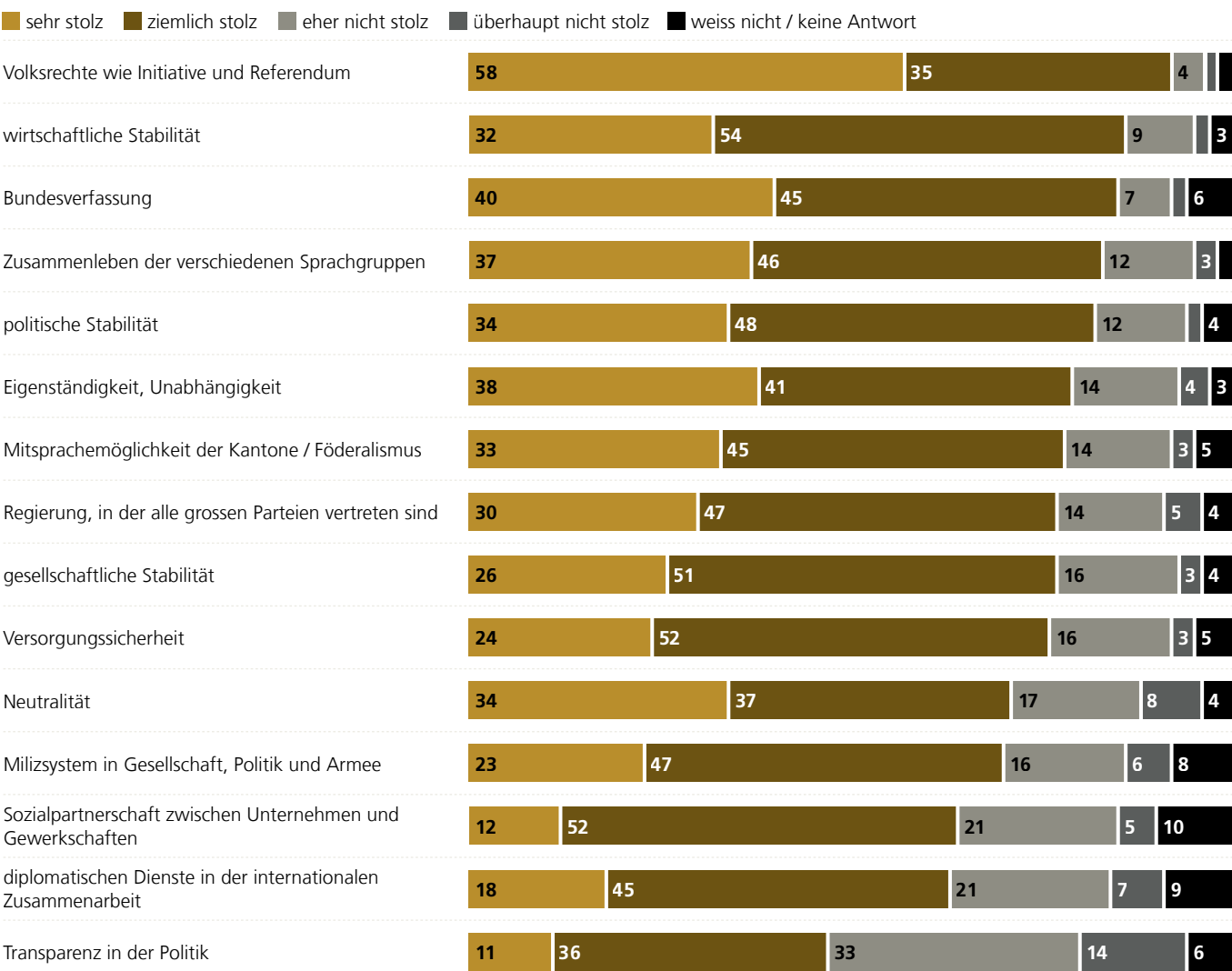
Diese Identitätsanker sind zugleich jene Elemente, auf die man in der Schweiz besonders stolz ist: die direktdemokratischen Volksrechte, die politische Stabilität sowie Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. Weniger Stolz – oder einfach weniger persönliche Verbindung – besteht meist gegenüber der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Unternehmen, dem diplomatischen Dienst, der internationalen Kooperation und besonders der politischen Transparenz. Gerade dieser letzte Punkt

ist bemerkenswert: Seit gut einem Jahr gelten neue Transparenzregeln in der Schweiz, die politische Akteure verpflichten, ihre Finanzierungsquellen offenzulegen. Dennoch scheint dies in der Bevölkerung noch keinen Einfluss auf die Bewertung der Transparenz zu haben – entweder weil es bislang nicht zu mehr Vertrauen geführt hat oder weil der Wunsch nach Transparenz in der Politik weit über die Offenlegung von Finanzierungsquellen hinausgeht.

Stolz auf Elemente der Schweizer Politik

Gibt es bestimmte Dinge, auf die Sie bezüglich der schweizerischen Politik besonders stolz sind? Sind Sie jeweils sehr stolz, ziemlich, eher nicht oder überhaupt nicht stolz?

in % Stimmberechtigte



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (N = 2190)

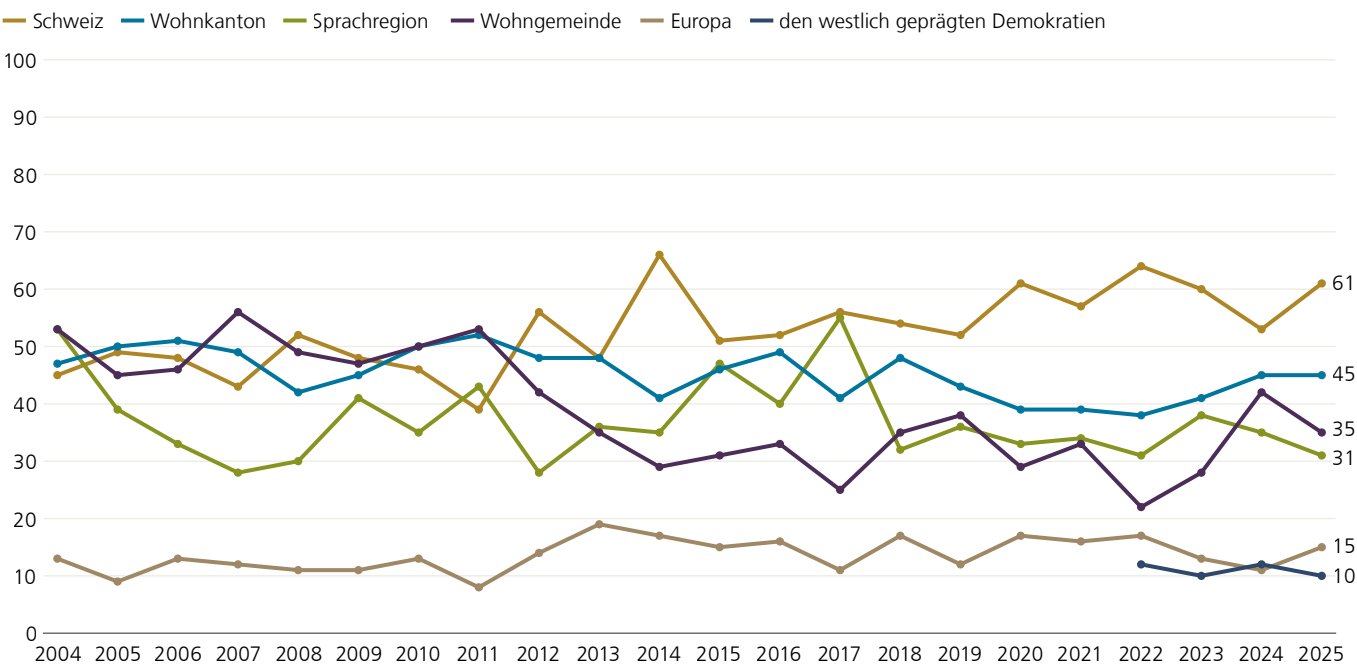
Schweizerinnen und Schweizer identifizieren sich am stärksten mit dem Land als Ganzem, und dies deutlich stärker als mit dem eigenen Kanton, der Sprachregion oder der Wohngemeinde. Das unterstreicht, dass das Konzept der Willensnation weiterhin im gesamten Land breit verankert ist. Im Vergleich zum Vorjahr hat diese nationale Identifikation sogar nochmals zugenommen, was möglicherweise auch eine Reaktion auf die aktuellen globalen Verwerfungen ist: In unsicheren Zeiten richtet

sich der Blick vermehrt auf die eigene Basis und Heimat, und das Gefühl der Zugehörigkeit steigt im Angesicht der äusseren Einflüsse. Am wenigsten fühlen sich die Menschen mit westlichen Demokratien als abstraktem Konzept und mit Europa verbunden. Auffällig ist jedoch, dass die Identifikation mit Europa – wenn auch auf tiefem Niveau – dieses Jahr leicht gestiegen ist.

Trend Zugehörigkeit geografische Einheit (in erster und zweiter Linie)

Welcher dieser geografischen Einheiten auf dieser Liste hier fühlen Sie sich in erster Linie zugehörig?
Und welcher fühlen Sie sich in zweiter Linie zugehörig?

in % Stimmberechtigte



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1380)

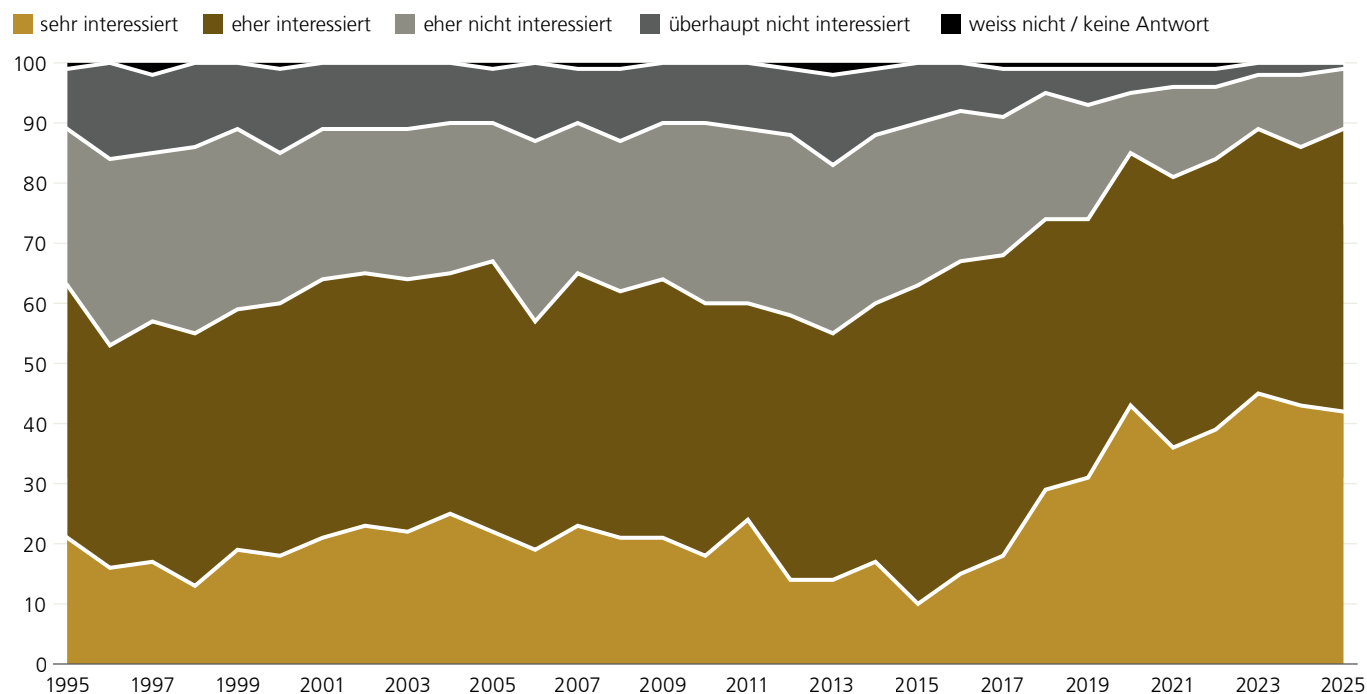
Auch das Interesse an politischen Fragen sagt viel darüber aus, wie stark sich Menschen mit den Entwicklungen im Land verbunden fühlen. In der langfristigen Betrachtung zeigt sich dabei ein klarer Trend: Der Anteil der überhaupt nicht Interessierten nimmt seit Jahren stetig ab. Gleichzeitig wächst die Gruppe jener, die sich sehr oder zumindest eher für Politik interessieren. Besonders seit den späten 2010er-Jahren ist dieser Anstieg deutlich sichtbar. Diese Entwicklung passt auch dazu, dass die Stimmbeteiligung bei nationalen Abstimmungen in den letzten Jahren immer wieder deutlich über dem langjährigen Durchschnitt der

Vorjahre lag. Es ist denkbar, dass sich Menschen in Zeiten vielfältiger Unsicherheiten stärker mit politischen Themen befassen. Globale Krisen, gesellschaftliche Spannungen oder wirtschaftliche Brüche verstärken das Gefühl der persönlichen Betroffenheit und damit auch die Bereitschaft, sich mit politischen Entscheidungen auseinanderzusetzen. Heute beschreiben sich fast neun von zehn Personen als stark oder sehr stark politisch interessiert (89%).

Trend Interesse Politik

Ganz allgemein gesprochen, wie sehr sind Sie an politischen Fragen interessiert?

in % Stimmberechtigte



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1280)

Vertrauen in Politik und Wirtschaft

Das Vertrauen in politische Akteure und Behörden ist eine zentrale Grundlage für die Stabilität des politischen Systems. Es entscheidet mit, ob politische Entscheide breit akzeptiert werden und ob Akteure als handlungsfähig wahrgenommen werden. Bezeichnend ist, dass das Vertrauen in fast alle abgefragten Akteure gegenüber dem Vorjahr abgenommen hat – einzige Ausnahme bildet die EU, wo die Werte stabil bleiben.

An der Spitze liegt die Polizei, die mit einem Mittelwert von 5,1 auf einer Skala von 1 bis 7 den höchsten Vertrauenswert erreicht, wenn auch mit leichtem Rückgang gegenüber 2024 (–0,2). Ebenfalls sehr gut bewertet werden das Bundesgericht (5,0; –0,3) und die Schweizerische Nationalbank (4,9; –0,2), die für Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Stabilität stehen.

Besonders auffällig ist der deutliche Vertrauensverlust des Bundesrats: Mit einem Mittelwert von 4,5 liegt er – statt wie früher in der Nähe von Bundesgericht und Nationalbank – nur noch im Mittelfeld und verzeichnet mit –0,4 Skalenpunkten die grösste Abnahme aller Institutionen.

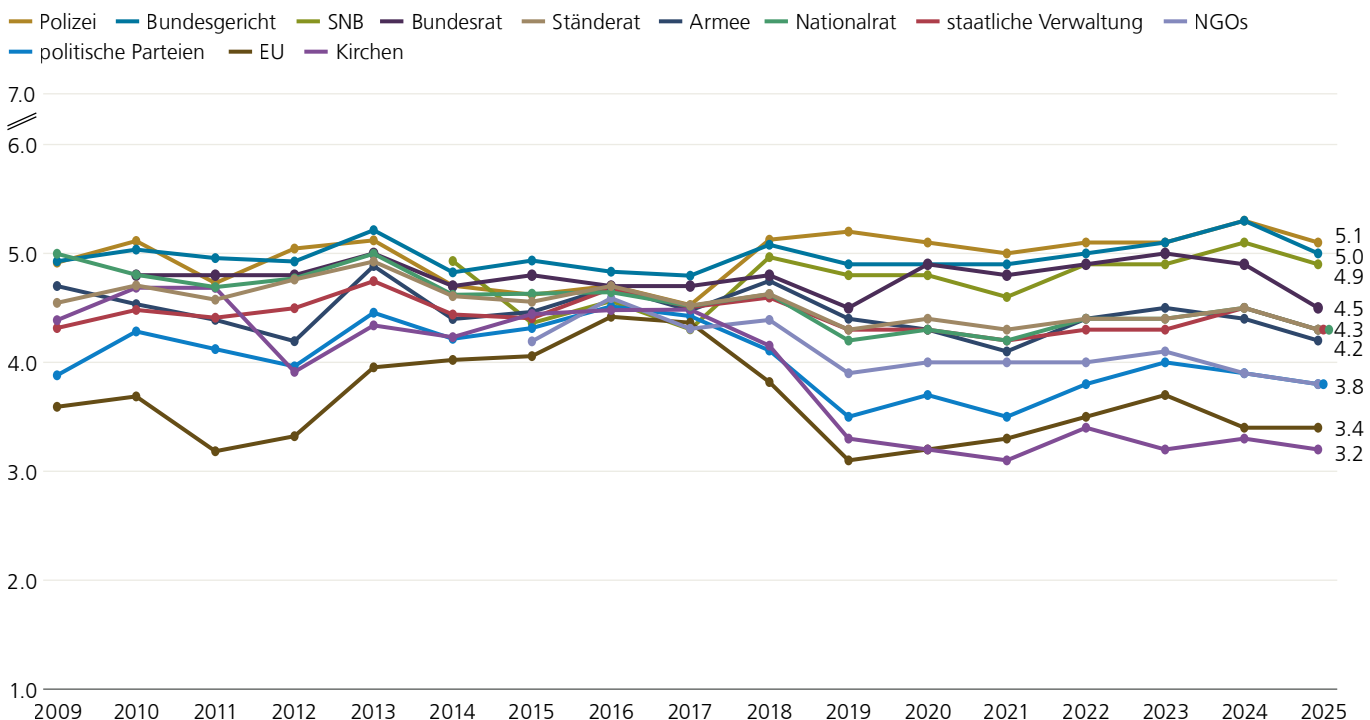
Knapp hinter dem Bundesrat reihen sich Ständerat und Nationalrat mit einem Mittelwert von je 4,3 (beide –0,2) sowie die staatliche Verwaltung (4,3; –0,2) ein. NGOs (3,8; –0,1) und politische Parteien (3,8; –0,1) bleiben im unteren Bereich, während supranationale und religiöse Akteure das Schlusslicht bilden: Die EU erreicht einen Mittelwert von 3,4 (±0), die Kirchen 3,2 (–0,1).

Im längerfristigen Vergleich bestätigt sich damit eine klare Trennlinie: Institutionen, die Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Stabilität verkörpern, geniessen weiterhin hohes Vertrauen, wenn auch auf sinkendem Niveau. Parteien, Kirchen und internationale Akteure verbleiben hingegen auf einem vergleichsweise tieferen Niveau.

Trend Mittelwert Vertrauen in Akteure (Politik und Behörden)

In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Geben Sie bitte anhand dieser Skala an, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede der unten aufgeführten Institutionen ist.

in Mittelwerten Stimmberechtigte, Skala 1 (kein Vertrauen) bis 7 (sehr hohes Vertrauen)



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 2190)

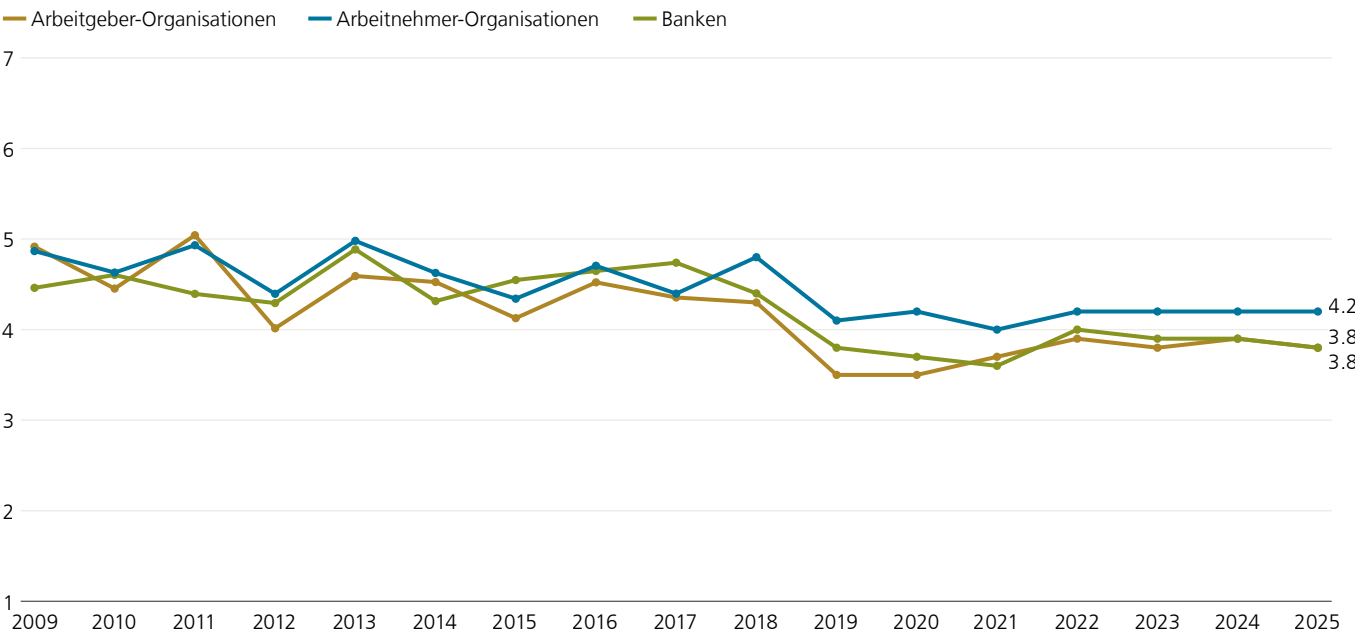
Ein Blick auf die Entwicklung seit 2009 macht deutlich, dass alle drei abgefragten Wirtschaftsakteure seit Beginn der Zeitreihe leicht an Vertrauen eingebüsst haben. Banken haben nach 2018 spürbar an Rückhalt verloren, seither hat sich dieser Wert jedoch wieder erholt. Arbeitgeberorganisationen

bewegen sich in einem ähnlichen Bereich: Von den drei abgefragten Wirtschaftsakteuren schneiden Arbeitnehmerorganisationen mit einem Mittelwert von durchschnittlich 4,2 (±0) am besten ab, Arbeitgeberorganisationen und Banken erreichen nur je 3,8 (–0,1).

Trend Mittelwert Vertrauen in Akteure (Wirtschaft)

In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Geben Sie bitte anhand dieser Skala an, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede der unten aufgeführten Institutionen ist.

in Mittelwerten Stimmberechtigte, Skala 1 (kein Vertrauen) bis 7 (sehr hohes Vertrauen)



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1270)



Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik hängt eng damit zusammen, ob die Bevölkerung das Gefühl hat, dass Regierung und Verwaltung ihre Aufgaben bewältigen. Entsprechend aussagekräftig ist die Einschätzung, ob die Politik in entscheidenden Fragen versagt. 2025 geben erstmals seit 2003 mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten an, dass dies oft der Fall sei. Mit 57 Prozent ist hier zudem ein neuer Höchstwert erreicht. Der Anteil jener, die der Meinung sind, die Politik versage nur selten, liegt folglich dagegen deutlich tiefer als in den Jahren zuvor (38%, –6 pp). Kaum jemand ist der Meinung, die Politik versage nie (1%, –1 pp). Während in den 2000er-Jahren damit die meisten Befragten der Politik noch ein eher positives Zeugnis ausstellten, ist das Misstrauen seither kontinuierlich gestiegen. Besonders seit Mitte der 2010er-Jahre hat sich die Wahrnehmung hin zu einer kritische(re)n Sicht verschoben.

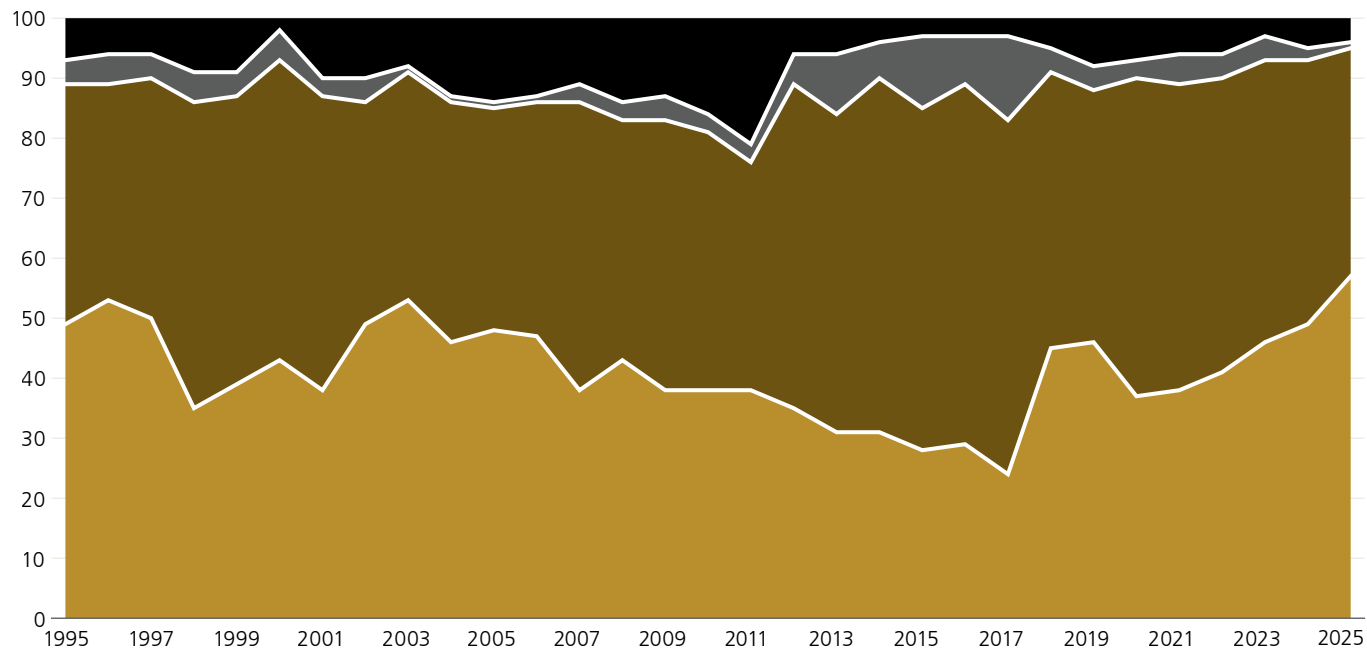
Beim Vertrauen in die Wirtschaft zeigt sich ein anderes Bild als bei den politischen Institutionen. 2025 geben 46 Prozent der Befragten an, dass die Wirtschaft in entscheidenden Fragen oft versage (–1 pp). Damit liegt der Wert deutlich tiefer als beim Politikversagen und bleibt im Vergleich zum Vorjahr vor allem weitgehend stabil. Wie bei den Behörden erreichte das Misstrauen auch hier 2003 seinen Höhepunkt, während 2017 besonders wenige ein häufiges Versagen wahrnahmen. Anders als bei den Behörden hat sich die Lage in der Wirtschaft seit 2018 jedoch nicht weiter verschlechtert, sondern auf einem konstanten Niveau eingependelt.

Trend Politikversagen

Haben Sie das Gefühl, die Politik von Regierung und Verwaltung versage in entscheidenden Dingen?

in % Stimmberechtigte

oft selten nie weiss nicht / keine Antwort



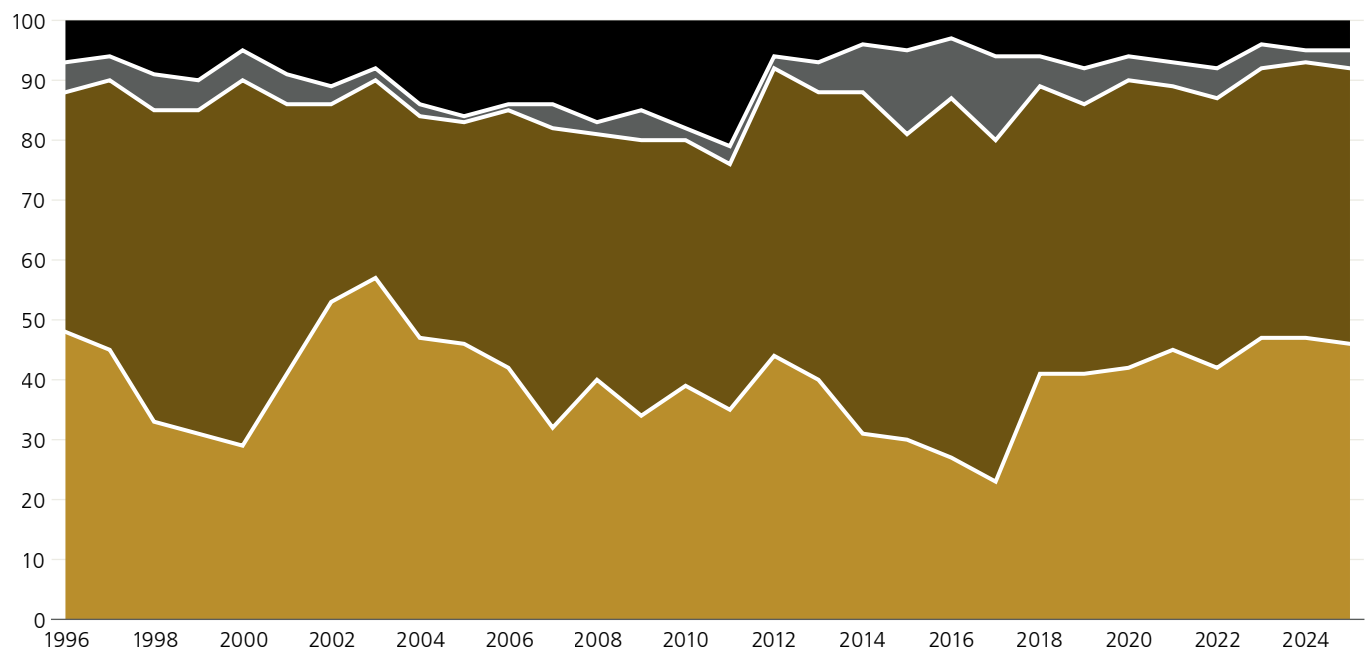
Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1280)

Trend Wirtschaftsversagen

Haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen?

in % Stimmberechtigte

oft selten nie weiss nicht / keine Antwort



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1290)

Medienvertrauen

Als sogenannte vierte Gewalt stehen Medienschaffende vor der Aufgabe, politische Prozesse zu überwachen, Machtmissbrauch aufzudecken und die Öffentlichkeit sachgerecht zu informieren. Sie fungieren damit als Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft sowie als unabhängige Kontrollinstanz. Entsprechend bedeutsam ist das Vertrauen, das die Schweizer Bevölkerung den Medien entgegenbringt.

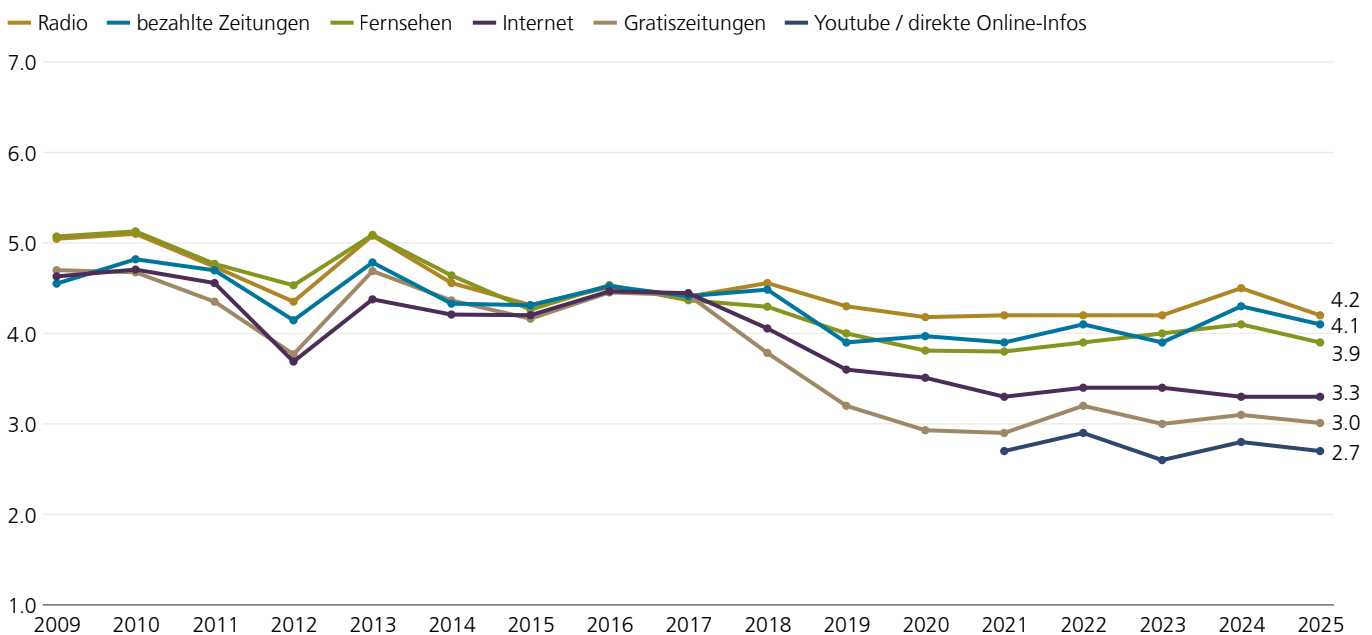
Nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2017 hat sich das Vertrauen in die Medien auf einem weitgehend stabilen Niveau eingependelt. Klassische Angebote wie Radio (4,2; –0,3) und bezahlte Zeitungen (4,1; –0,2) geniessen vergleichsweise höheres Vertrauen, wenn auch unter den Spitzenwerten früherer Jahre. Das Fernsehen liegt mit 3,9 Punkten (–0,2) knapp dahinter.

Deutlich kritischer beurteilt wird der Bereich der alternativen Informationskanäle. Gratiszeitungen (3,0; –0,1), das Internet allgemein (3,3; ±0) sowie YouTube und direkte Online-Quellen (2,7; –0,1) bewegen sich an der unteren Rangierung aller Medien. Damit zeigt sich ein Muster, das sich seit Ende der 2010er-Jahre verfestigt hat: Während traditionelle Medien ihre Glaubwürdigkeit stabil halten, bleibt das Vertrauen in Online- und Gratisangebote schwach.

Trend Mittelwert Vertrauen in Akteure (Medien)

In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Geben Sie bitte anhand dieser Skala an, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede der unten aufgeführten Institutionen ist.

in Mittelwerten Stimmberechtigte, Skala 1 (kein Vertrauen) bis 7 (sehr hohes Vertrauen)



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 2190)

Vertrauen in globale Akteure und Grossmächte

2025 liegen die UNO und die NATO mit jeweils 3,7 Punkten (–0,3 bzw. –0,2) an der Spitze. Beide Organisationen konnten ihr Niveau im Vergleich zu 2024 zwar nicht ganz halten, bleiben aber jene internationalen Akteure, in die die Schweizer Bevölkerung vergleichsweise am meisten Vertrauen setzt. Auch die EU bewegt sich mit 3,5 Punkten (–0,2) auf einem mittleren, aber stabilen Niveau.

Interessant ist die Entwicklung bei China. Zwar hat sich der Wert im Vergleich zu 2024 nicht verändert (2,4 Punkte), doch der längerfristige Blick zeigt, wie sich China seit 2023 vom absoluten Ende der Rangliste – lange Zeit nahe bei Russland – ins Mittelfeld der internationalen Akteure herangetastet hat. Inzwischen liegt das Land praktisch gleichauf mit den USA und bewegt sich damit in der Nachbarschaft anderer in der Befragung verteilter Grossmächte wie Indien oder der Golfstaaten. Die Rolle Chinas in der Vertrauenslandschaft hat sich damit spürbar verschoben.

Anders die USA: Mit 2,5 Punkten erreicht das Vertrauen plötzlich ein historisches Tief und fällt gegenüber 2024 deutlich um 0,9 Skaleneinheiten ab. Damit spiegeln sich die aktuellen politischen Entwicklungen in den USA nicht nur in den Sorgen der Bevölkerung, sondern auch in der Vertrauensfrage wider.

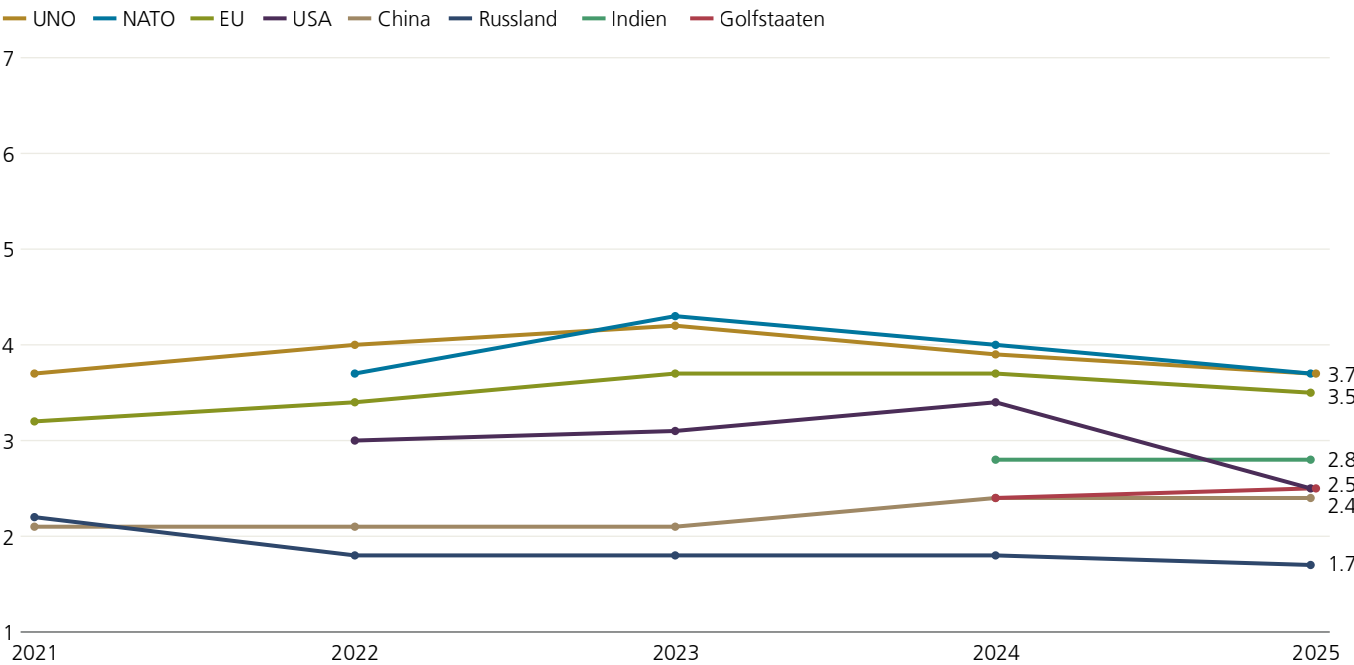
Indien (2,8; ±0) und die Golfstaaten (2,5; +0,1) bewegen sich im ähnlichen Bereich wie China. Russland bleibt mit 1,7 Punkten abgeschlagen am Schluss und markiert den mit Abstand tiefsten Wert aller abgefragten Akteure.

Insgesamt zeigt sich: Multilaterale Organisationen wie UNO und NATO geniessen in der Schweiz nach wie vor deutlich mehr Rückhalt als einzelne Grossmächte. Bei Letzteren hat sich die Wahrnehmung allerdings verschoben – während die USA Vertrauen verlieren, rückt China aus dem Abseits näher ins Mittelfeld.

Trend Mittelwert Vertrauen in Staaten, Staatenbünde und Organisationen

Geben Sie bitte auch gleich das Vertrauen in folgende Staaten, Staatenbünde und Organisationen und ihre Politik der Schweiz gegenüber an.

in Mittelwerten Stimmberechtigte, Skala 1 (kein Vertrauen) bis 7 (sehr hohes Vertrauen)



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1200)

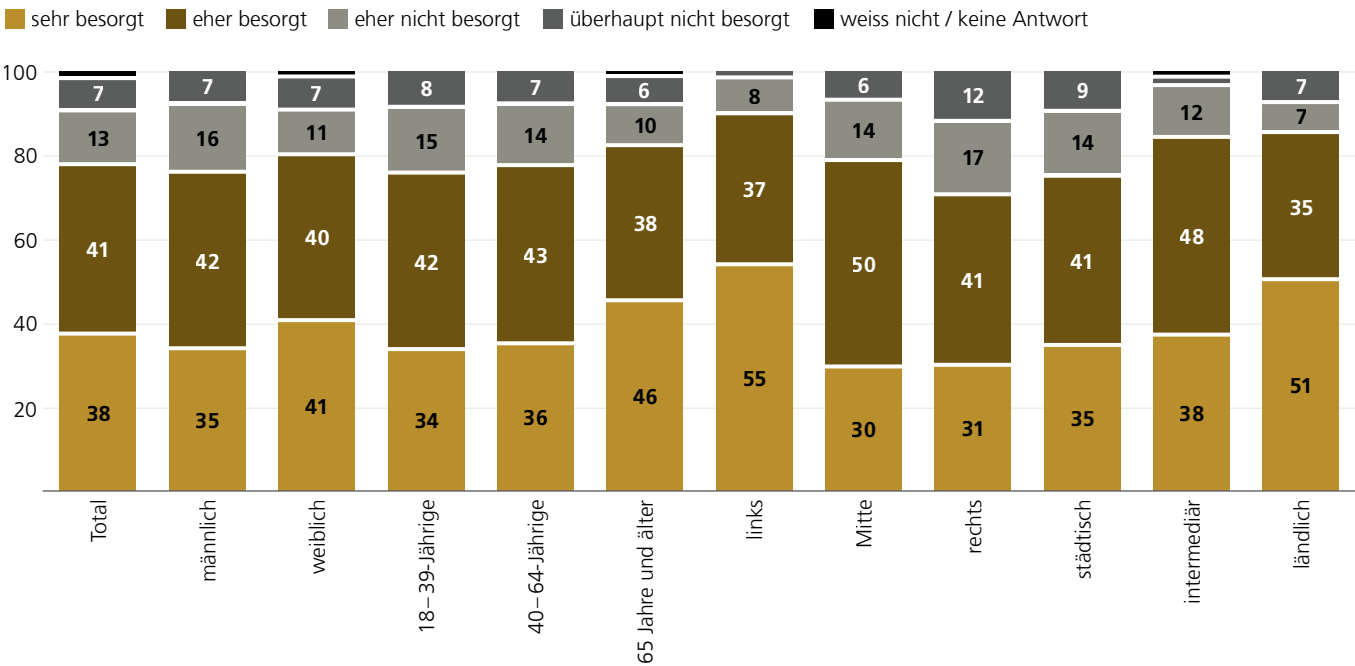
Die USA galten lange als Kern und Anker der westlichen Staatengemeinschaft. Die aktuellen Einschätzungen zum Vertrauen in globale Akteure und Grossmächte zeigen jedoch, dass diese Rolle heute deutlich weniger so wahrgenommen wird. Passend dazu äussert eine überwältigende Mehrheit von 79 Prozent der

Stimmberechtigten in der Schweiz Sorgen über die Rolle der USA in der Welt. Augenscheinlich ist, dass diese Skepsis in nahezu allen gesellschaftlichen Milieus und soziodemografischen Gruppen verbreitet ist – wenn auch mit ganz leichten Unterschieden in der Intensität.

Sorge über die Rolle der USA in der Welt – Vergleich

Wie besorgt sind Sie über die Rolle der USA in der Welt?

in % Stimmberechtigte



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = 1213)

Geopolitik und Wirtschaft

Umgang mit geopolitischen Veränderungen

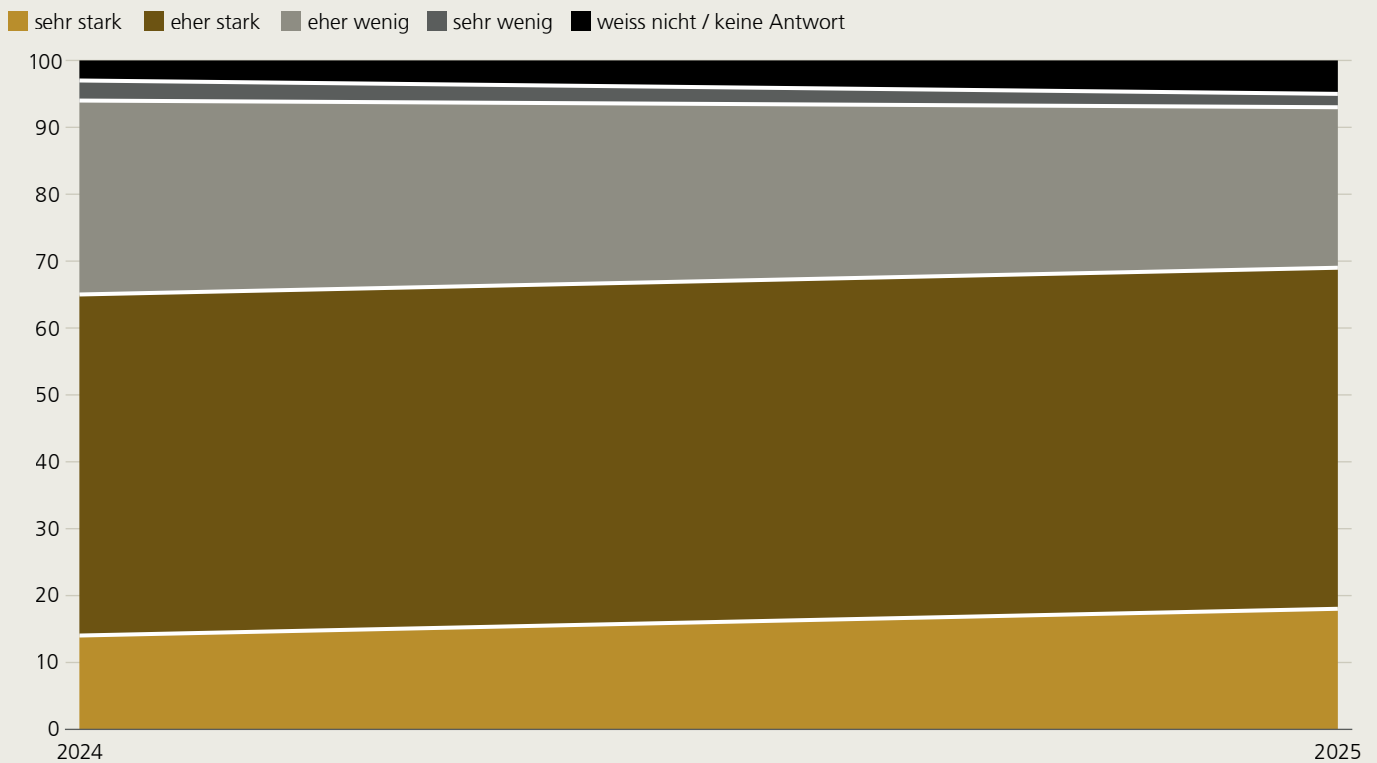
Geopolitische Unsicherheiten spielen für die Schweizer Bevölkerung eine zunehmend wichtige Rolle. Auch wenn die Schweiz politisch neutral ist, nehmen die Menschen im Land wahr, dass geopolitische Entwicklungen einen direkten Einfluss auf die Sicherheit, Wirtschaft und sogar den persönlichen Alltag haben können.

2025 geben fast sieben von zehn Befragten an, dass sie mögliche grosse geopolitische Veränderungen in der Zukunft stark oder sehr stark beschäftigen. Damit liegt das Bewusstsein in diesem Bereich auf einem hohen Niveau und ist im Vergleich zum Vorjahr erneut leicht gestiegen.

Trend Sorge über mögliche grosse geopolitische Veränderungen in Zukunft

Wie stark beschäftigen Sie mögliche grosse geopolitische Veränderungen in Zukunft?

in % Stimmberechtigte



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1230)

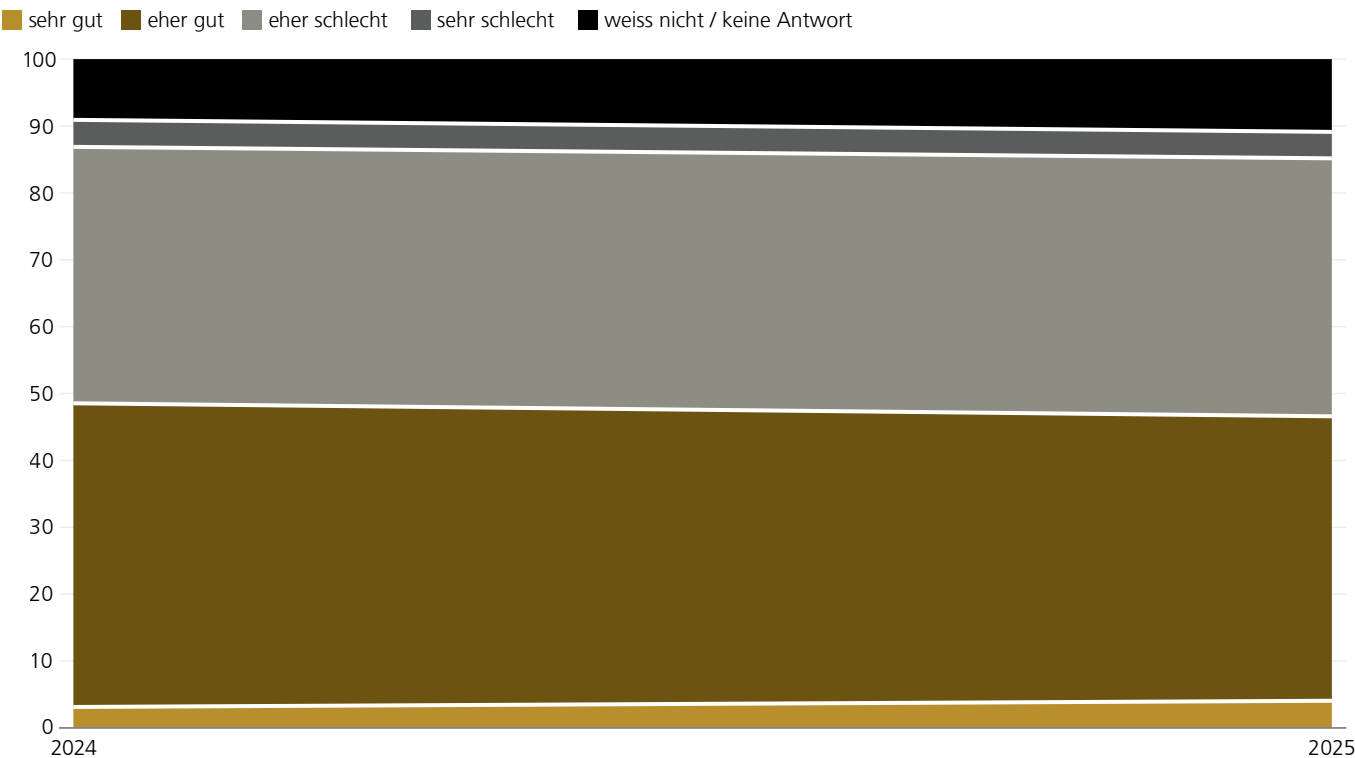
Die Einschätzungen zur Vorbereitung der Schweiz auf künftige geopolitische Veränderungen fallen geteilt aus. Rund die Hälfte der Bevölkerung ist der Ansicht, das Land sei dafür ausreichend gerüstet, während die andere Hälfte genau das Gegenteil meint. Diese Aufspaltung zeigt, dass es in dieser Frage keine klar verankerte gemeinsame Lesart zur aktuellen Lage der Nation gibt und eine gewisse

Unsicherheit besteht. Dieses Spannungsfeld dürfte insbesondere dann an Bedeutung gewinnen, wenn mit politischer oder wirtschaftlicher Dringlichkeit konkrete Massnahmen beschlossen und umgesetzt werden müssen.

Trend Einschätzung der Ausgangslage der Schweiz im Hinblick auf mögliche grosse geopolitische Veränderungen in der Zukunft

Und wie gut, denken Sie, ist die Schweiz auf mögliche grosse geopolitische Veränderungen in Zukunft vorbereitet?

in % Stimmberechtigte



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1230)



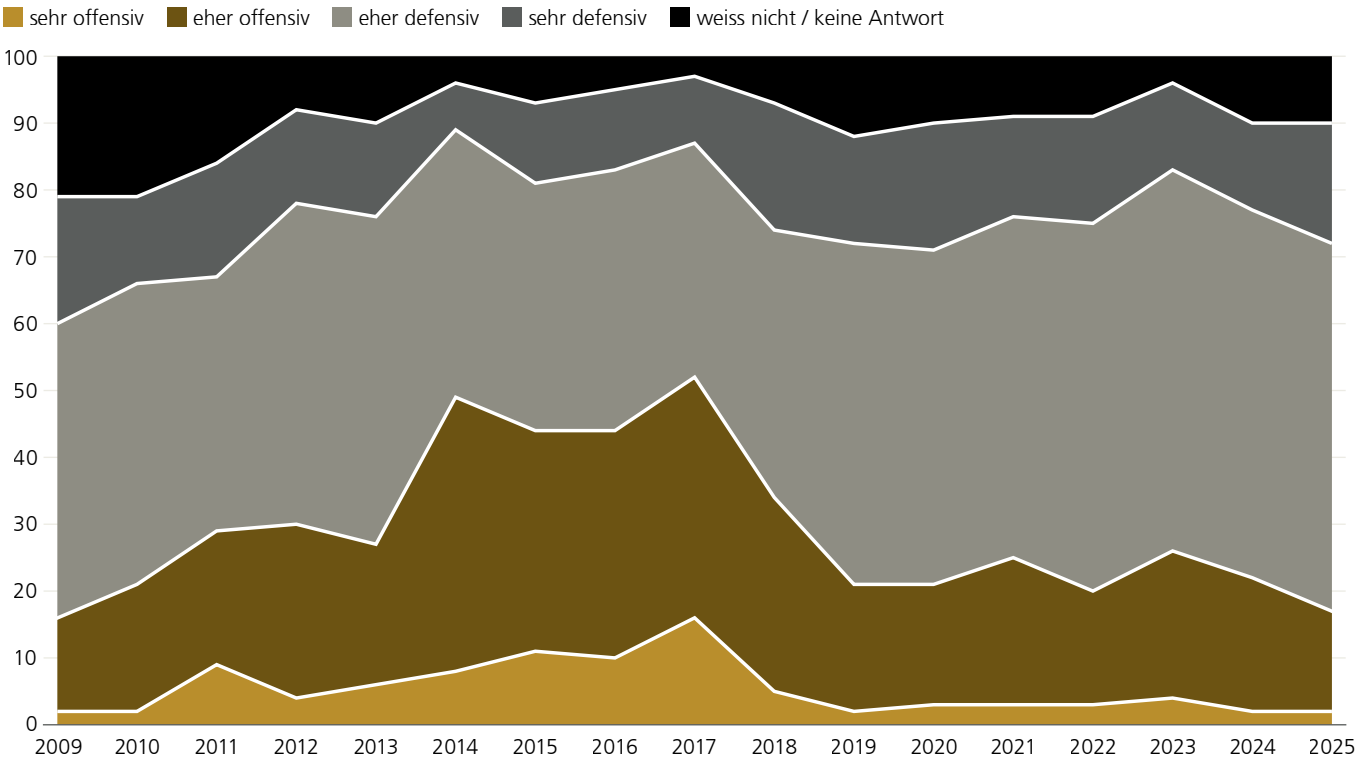
Vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Umwälzungen wird auch die Vertretung der Schweizer Interessen im Ausland umso wichtiger. Hier sind die Stimmberechtigten in den letzten Jahren klar der Meinung, dass die Schweizer Politik gegenüber dem Ausland überwiegend defensiv auftritt. Auch 2025 dominiert dieser Eindruck deutlich: Eine grosse Mehrheit sieht die Politik als eher oder sehr defensiv agierend, wenn es um die Wahrung der Landesinteressen geht. Der Anteil jener, die der Schweiz ein offensives Vorgehen zuschreiben, bleibt demgegenüber gering und bewegt sich nur im niedrigen zweistelligen Bereich. Damit verfestigt sich in der Bevölkerung das Bild einer Schweizer Politik, die ihre Anliegen im internationalen Umfeld zwar vertritt, dies aber primär vorsichtig und abwartend tut.

Dabei wünscht sich die Bevölkerung laut Umfrage eigentlich genau das Gegenteil: nämlich ein entschiedeneres Auftreten. 2025 spricht sich eine klare Mehrheit dafür aus, die eigenen Interessen gegenüber dem Ausland offensiver zu vertreten. Der Anteil jener, die ein «eher/sehr offensives» Verhalten bevorzugen, ist über die Jahre deutlich gestiegen. Die defensive Haltung verliert dagegen an Rückhalt. Damit liegt in der Wahrnehmung der Stimmberechtigten eine Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und Erwartung vor: Während die Politik als zurückhaltend erlebt wird, fordert die Bevölkerung mehr Durchsetzungsfähigkeit nach aussen.

Trend Verhalten Schweizer Politik gegenüber dem Ausland

Wie verhält sich die Schweizer Politik gegenüber dem Ausland, wenn es um die Anliegen des Landes geht?

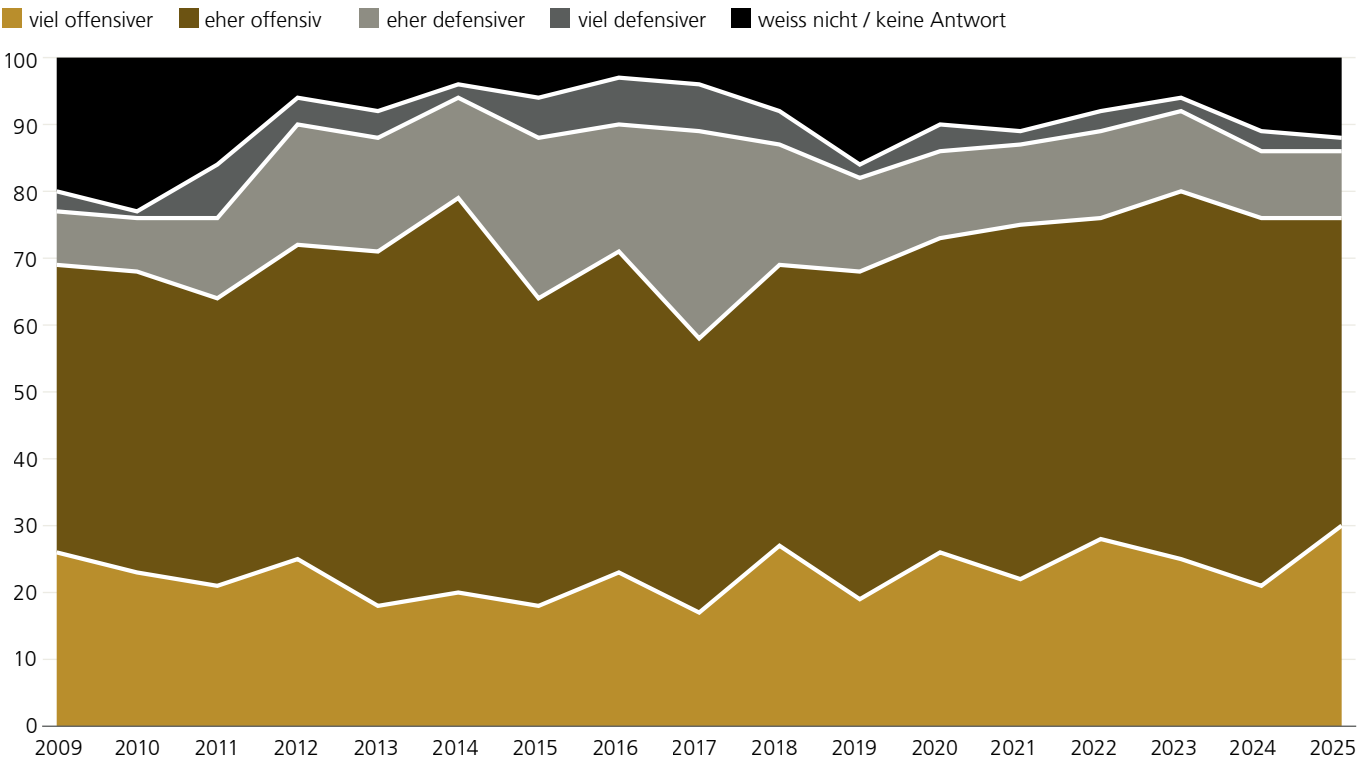
in % Stimmberechtigte



Trend gewünschtes Verhalten Schweizer Politik gegenüber dem Ausland

Und wie sollte sich die Schweizer Politik gegenüber dem Ausland verhalten, wenn es um die Anliegen des Landes geht?

in % Stimmberechtigte



Welthandel und globale Wirtschaft

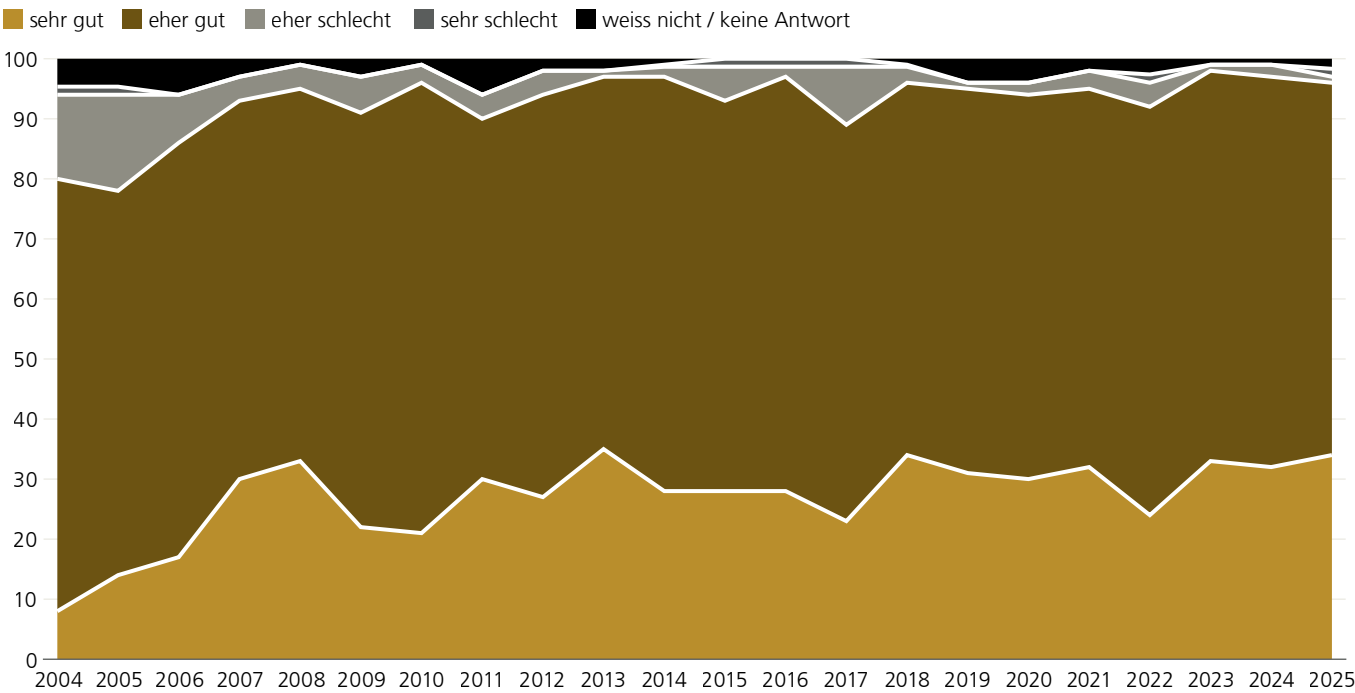
Im langjährigen Vergleich herrscht in der Bevölkerung ein konstant positives Bild der nationalen Wirtschaft: Fast niemand stuft sie im Vergleich zur ausländischen Wirtschaft als schlecht ein – lediglich 2 Prozent sehen sie «eher schlecht» dastehend, während niemand von einem

«sehr schlechten» Stand spricht. Diese ausserordentlich günstige Einschätzung ist seit Jahren stabil und unterstreicht das Vertrauen in die wirtschaftliche Basis des Landes.

Trend Schweizer und ausländische Wirtschaft im Vergleich

Wie steht die Schweizer Wirtschaft im Vergleich zur ausländischen Wirtschaft da?

in % Stimmberechtigte



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1380)

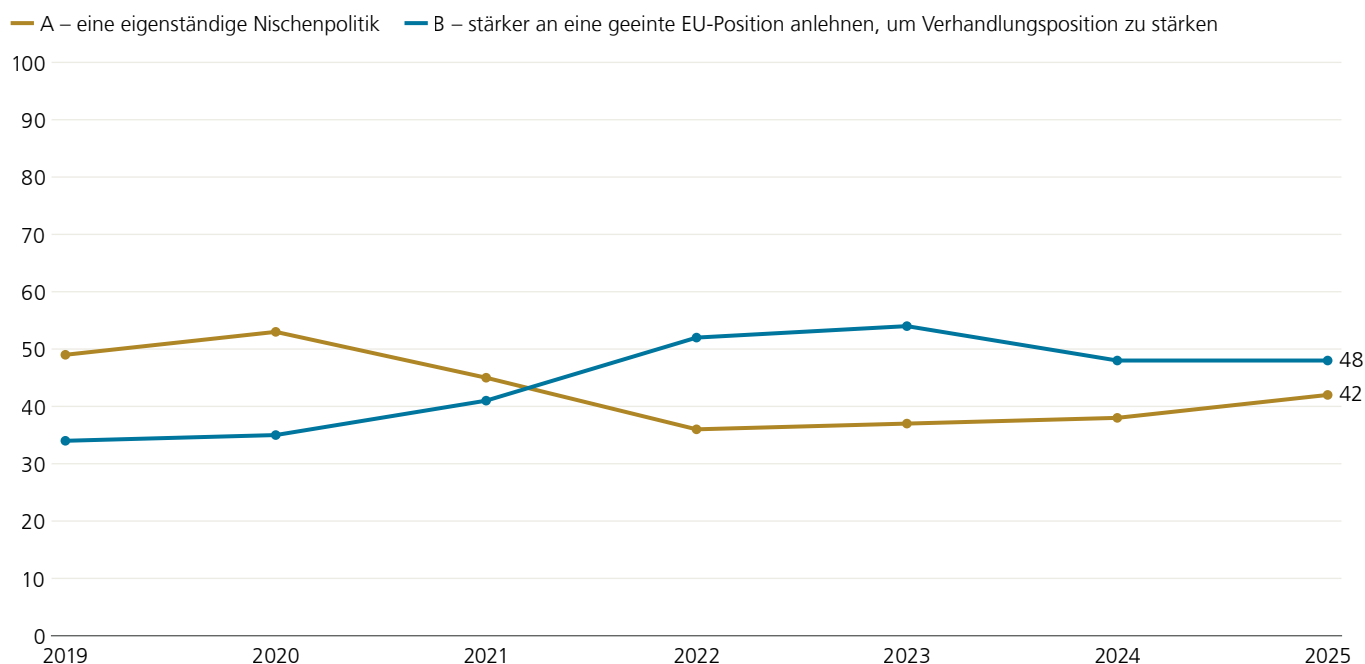
Angesichts des steigenden Einflusses von Grossmächten im Welthandel muss sich die Schweiz auch überlegen, welche langfristige Strategie sie in der Wirtschaftspolitik verfolgen soll. Die Stimmberechtigten sind gespalten darin, ob eher eine eigenständige Nischenpolitik oder eine Position, die näher bei der EU liegt, in diesem Bereich Erfolg bringen würde. Knapp die Hälfte (48%) befürwortet eine

Annäherung der Schweiz an eine geeinte EU-Position. Dieser Wert ist im Vergleich zu 2024 konstant, was angesichts der angespannteren Beziehung zu den USA doch ein beachtlicher Befund ist. Mit 42 Prozent sprechen sich mehr als noch letztes Jahr für eine eigenständige Wirtschaftspolitik aus.

Trend geeignete Strategie Schweiz im Welthandel

Der Welthandel wird vermehrt gesteuert von der Machtpolitik von Grossmächten. Welche Strategie soll die Schweiz hier eher verfolgen – A oder B?

in % Stimmberechtigte



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1950)

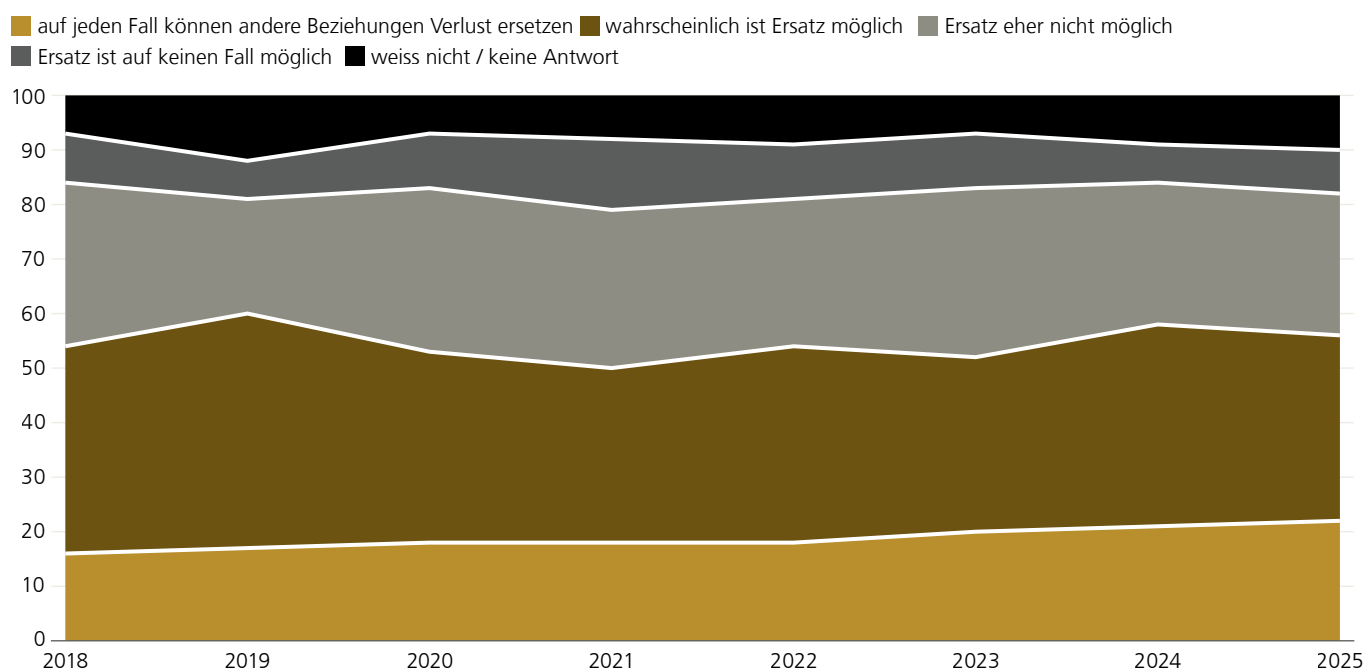
Seit 2018 geht eine stabile (relative, meistens aber auch absolute) Mehrheit der Stimmberechtigten davon aus, dass ein schlechterer Marktzugang zur EU zumindest teilweise durch verstärkte Handelsbeziehungen mit Drittstaaten wie den USA oder China ausgeglichen werden könnte. Rund die Hälfte hält dies mindestens für wahrscheinlich, ein kleinerer Teil sogar für sicher. Ein Drittel steht dem skeptisch gegenüber und meint, der Verlust sei kaum oder gar nicht kompensierbar.

Dieser Befund ist in seiner Grundtendenz und Stabilität besonders interessant, da Handelsbeziehungen mit Drittstaaten zwar gewisse Einbussen beim Zugang zum europäischen Markt abfedern könnten, die EU aber ökonomisch weiterhin zentrale Partnerin der Schweiz bleiben dürfte – gerade auch angesichts des Zollstreits und des gesunkenen Vertrauens in die USA.

Trend Ersatz für Handelsbeziehungen

Falls sich der Marktzugang zur EU für unsere Wirtschaft verschlechtern sollte: Kann eine Verstärkung der Handelsbeziehungen der Schweiz mit grossen Drittstaaten wie z.B. China oder den USA den Verlust ausreichend ersetzen? Ist dieser Ersatz möglich?

in % Stimmberechtigte



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 2020)

Passend zum stark ausgeprägten Wunsch nach einer eigenständigen Nischenpolitik zeigt sich bei den Stimmberechtigten, dass sie klar mehr Eigenständigkeit und einen stärkeren Schutz der nationalen Produktion wünschen. Besonders deutlich wird dies in der Einschätzung, dass die internationale Arbeitsteilung zu viele Abhängigkeiten geschaffen habe – 87 Prozent sind überzeugt, die Schweiz brauche wieder mehr Eigenproduktion. Dies deutet auf eine wachsende Sensibilität für weltweite Lieferketten, Abhängigkeiten und in vielerlei Hinsicht auch auf ein zunehmendes Misstrauen gegenüber den Risiken der Globalisierung hin. Protektionistische Haltungen finden eine relativ breite Unterstützung: Zwei Drittel sprechen sich für Schutzzölle aus, um Landwirtschaft und Industrie gezielt vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Zudem teilen 77 Prozent die Ansicht, dass vor allem grosse Konzerne vom internationalen Handel profitieren würden,

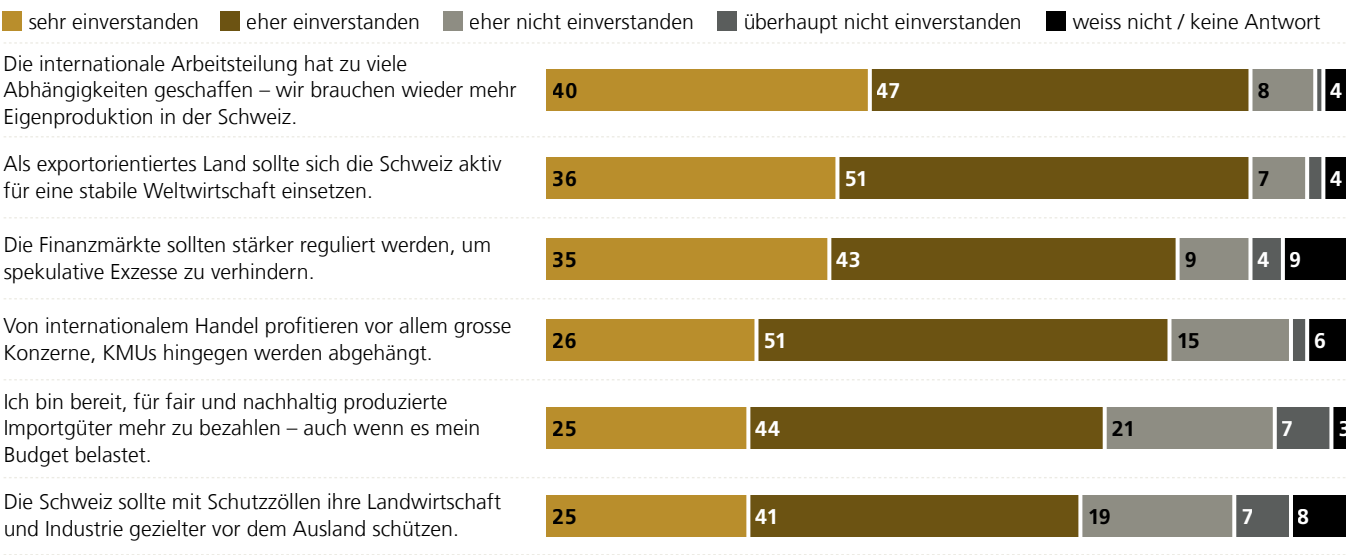
während KMU abgehängt würden. Gleichzeitig erteilt die Bevölkerung der internationalen Wirtschaft aber keine grundsätzliche und umfassende Absage. Ebenfalls 87 Prozent befürworten nämlich, dass die Schweiz als exportorientiertes Land aktiv zu einer stabilen Weltwirtschaft beitragen sollte. Zudem wären mehr als zwei Drittel bereit dazu, für fair und nachhaltig produzierte Importgüter höhere Preise in Kauf zu nehmen, und 78 Prozent wünschen sich eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte, um spekulative Exzesse zu verhindern.

Insgesamt zeigt die Bevölkerung damit ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Eigenständigkeit und Schutz mit einem gleichzeitigen Bekenntnis zur internationalen Verantwortung – ein Spannungsfeld, das für die künftige handelspolitische Ausrichtung der Schweiz durchaus eine Herausforderung sein dürfte.

Beurteilung Zölle und Export

Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie mit den untenstehenden Aussagen sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = 1213)

Die Auswertung nach Parteiaffinität bestätigt die Grundtendenz wie eben beschrieben in einer doch eher seltenen Einigkeit über alle Parteigrenzen hinweg. Dennoch gibt es deutliche Akzentverschiebungen je nach Parteiwählerschaften.

Besonders breit geteilt wird der Wunsch nach Eigenproduktion: Über alle Parteien hinweg liegt die Zustimmung sehr hoch, mit Spitzenwerten bei der SVP (93%), der FDP (90%) und der Mitte (89%). Auch bei den linken Parteien bleibt die Zustimmung zu dieser Aussage klar mehrheitlich vorhanden, wenn auch leicht tiefer (Grüne 81%, SP 77%). Bei der Frage nach einer aktiven Rolle der Schweiz in der Weltwirtschaft herrscht über die Parteigrenzen hinweg (ebenfalls) beinahe universelle Einigkeit: Zwischen 82 Prozent (SVP) und 94 Prozent (Die Mitte) stimmen zu, dass sich die Schweiz als exportorientiertes Land für Stabilität einsetzen sollte.

Mehr Unterschiede zeigen sich bei der Regulierung der Finanzmärkte: Hier ist die Zustimmung bei den Grünen (92%) und der SP (83%) besonders hoch, während sie im bürgerlichen Lager tiefer liegt (FDP 76%, SVP 70%). Auch die Zahlungsbereitschaft für fair und nachhaltig produzierte Importgüter spaltet: Während Grüne (97%), GLP (88%) und SP (80%) fast geschlossen zustimmen,

ist die Zustimmung im bürgerlichen Lager deutlich schwächer (FDP 59%, SVP 62%). Die Forderung nach Schutzzöllen findet wiederum vor allem bei der SVP (74%), der FDP (72%) und der Mitte (74%) breite Unterstützung, während die Zustimmung im linken Lager zurückhaltender ausfällt (SP 53%, Grüne 64%).

Beim Thema Handel und Verteilungswirkungen zeigt sich ein interessantes Muster: Die Kritik, dass vor allem grosse Konzerne profitieren würden, findet besonders bei der Mitte (81%) und der SVP (83%) hohe Zustimmung, während dagegen die GLP (58%) oder auch die FDP (66%) deutlich skeptischer ist. Damit finden sich die grössten Unterschiede bei dieser Frage innerhalb des bürgerlichen Blocks und nicht wie sonst bei Wirtschaftsfragen eher die Regel entlang der Links-rechts-Achse des Parteispektrums.

Es zeigt sich, dass wirtschaftliche Eigenständigkeit und Schutzgedanken über das ganze politische Spektrum hinweg breite Unterstützung geniessen. Unterschiede bestehen jedoch bei der Frage, wie stark Nachhaltigkeit und Regulierung gewichtet werden sollten: Während linke Parteien stärker auf Regulierung und nachhaltigen Konsum setzen, betonen bürgerliche und rechte Parteien stärker Schutzzölle und Eigenproduktion.

Beurteilung Zölle und Export nach Partei

Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie mit den untenstehenden Aussagen sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte, Anteil «eher / sehr einverstanden»



	▼ Total	Grüne	SP	GLP	Die Mitte	FDP	SVP	Parteiun- gebundene
Die internationale Arbeitsteilung hat zu viele Abhängigkeiten geschaffen – wir brauchen wieder mehr Eigenproduktion in der Schweiz.	87	81	77	81	89	90	93	84
Als exportorientiertes Land sollte sich die Schweiz aktiv für eine stabile Weltwirtschaft einsetzen.	87	92	89	93	94	90	82	78
Die Finanzmärkte sollten stärker reguliert werden, um spekulative Exzesse zu verhindern.	78	92	83	71	88	76	70	79
Von internationalem Handel profitieren vor allem grosse Konzerne, KMUs hingegen werden abgehängt.	76	77	76	58	81	66	83	83
Ich bin bereit, für fair und nachhaltig produzierte Importgüter mehr zu bezahlen – auch wenn es mein Budget belastet.	69	97	80	88	76	59	62	51
Die Schweiz sollte mit Schutzzöllen ihre Landwirtschaft und Industrie gezielter vor dem Ausland schützen.	66	64	53	43	74	72	74	66

Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = 1213)

Im Grundsatz herrscht in der Bevölkerung ein klarer Konsens: Geht es der Schweizer Wirtschaft gut, profitiert auch die Gesellschaft insgesamt. Dieser Aussage stimmen 82 Prozent zu. Ebenfalls stark verbreitet ist die Überzeugung, dass die Schweiz im internationalen Standortwettbewerb an Boden verloren hat und die Politik darum mit attraktiven Angeboten und verlässlichen Rahmenbedingungen Gegensteuer geben muss (62% Zustimmung).

Diese breite Unterstützung für einen starken Wirtschaftsstandort bedeutet jedoch keinen Freipass für die Unternehmen. Ein gewisses Misstrauen gegenüber international ausgerichteten Konzernen

bleibt durchaus bestehen. So teilen 66 Prozent die Ansicht, dass sich diese zu wenig am gesellschaftlichen Leben in der Schweiz beteiligen und man sich eine stärkere Verankerung und Verantwortung der Unternehmen vor Ort wünscht.

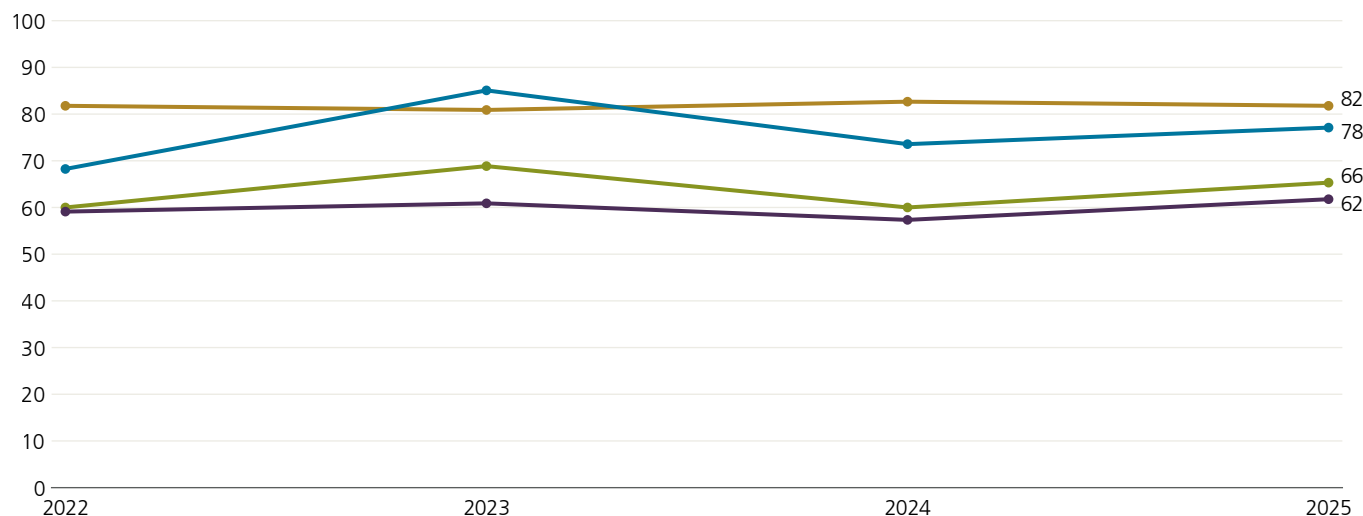
Hinzu kommt eine starke Skepsis gegenüber der steuerlichen und finanziellen Belastungsverteilung. 78 Prozent der Stimmberechtigten empfinden es als ungerecht, dass Unternehmen von tiefen Steuersätzen profitierten, während der Mittelstand durch steigende Sozialabgaben und Krankenkassenprämien zunehmend unter Druck gerate.

Trend Aussagen zum Thema Wirtschaft und Politik

Nun sehen Sie einige Aussagen zum Thema Wirtschaft und Politik. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte, Anteil «eher / sehr einverstanden»

— Wenn es der Wirtschaft in der Schweiz gut geht, profitiert davon die ganze Gesellschaft. — Es ist ungerecht, dass in der Schweiz Unternehmen immer weniger steuerlich belastet sind, während der Mittelstand mit zunehmenden Sozialabgaben und Kopfprämien belastet wird. — Die Schweizer Unternehmen und Konzerne sind zu international ausgerichtet und beteiligen sich zu wenig am alltäglichen gesellschaftlichen Leben in der Schweiz. — Die Schweiz hat an Boden verloren im internationalen Standortwettbewerb, nun muss die Politik mit attraktiven Angeboten Gegensteuer geben.



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1090)

Individuelle wirtschaftliche Lage

Die allgemeine Lebenszufriedenheit bleibt in der Schweiz zwar auf hohem Niveau, zeigt 2025 jedoch einen spürbaren Rückgang im Vergleich zum Vorjahr. Zwar geben weiterhin die meisten Befragten an, mit ihrer aktuellen Situation zufrieden zu sein – knapp die Hälfte bewertet ihr Leben mit 8 bis 10 Punkten, ein weiterer grosser Anteil ordnet sich im Bereich 6 bis 7 ein. Die Gruppe der «voll und ganz» Zufriedenen (10 Punkte) macht weiterhin nur einen kleinen Teil der Bevölkerung aus. Damit verortet sich die Mehrheit im «guten Mittelfeld» – zufrieden, aber ohne grosse Euphorie.

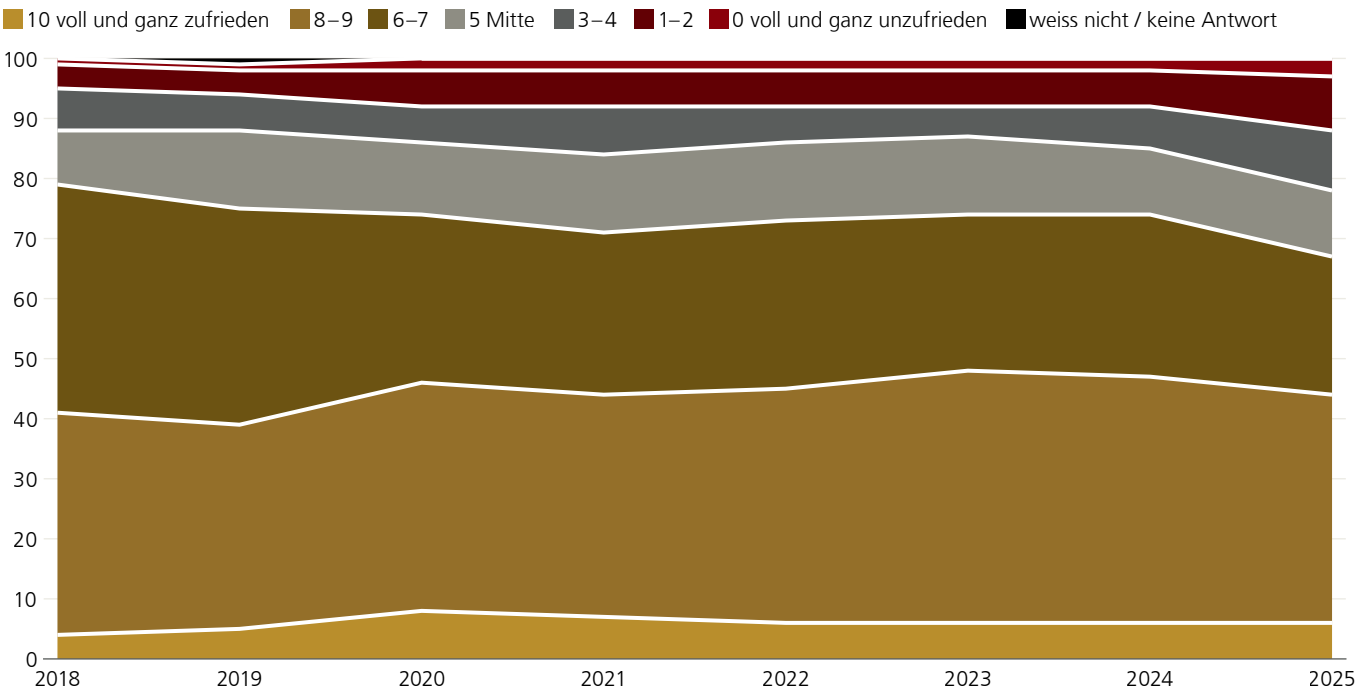
Ins Auge sticht, dass die Zahl derjenigen, die sich im mittleren oder «unzufriedenen» Bereich einordnen, insbesondere in diesem Jahr klar zugenommen hat. Gerade auch im längerfristigen Vergleich: Seit 2018 zeigt sich, dass die Unzufriedenheit stetig gewachsen ist, auch wenn sie nach wie vor in der Minderheit bleibt.

Internationale Krisen, steigende Lebenshaltungskosten und politische Unsicherheiten scheinen damit zunehmend in die persönliche Einschätzung hineinzuwirken.

Trend Zufriedenheit gegenwärtige Situation

Auf einer Skala von 0 bis 10, wie zufrieden sind Sie gegenwärtig alles in allem mit Ihrem Leben?

in % Stimmberechtigte



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 2020)

2025 beurteilt weiterhin eine Mehrheit ihre persönliche wirtschaftliche Lage positiv: Die meisten Befragten geben an, es gehe ihnen wirtschaftlich (sehr) gut oder recht. Gleichzeitig zeigt sich jedoch im Vergleich zum letzten Befragungsjahr eine kleine, aber klar sichtbare Zunahme jener, die ihre Situation als schlecht oder sehr schlecht einschätzen – ein weiterer Hinweis auf eine leichte Verschlechterung der allgemeinen Stimmungslage.

Über die Zeit betrachtet, bleiben die Einschätzungen insgesamt aber bemerkenswert konstant. Selbst in Phasen internationaler Krisen oder innenpolitischer Unsicherheiten bewertete die Mehrheit ihre wirtschaftliche Lage als stabil. Auch aktuell dominieren positive Bewertungen, selbst wenn steigende Preise und höhere Lebenshaltungskosten spürbar belasten.

Während die heutige wirtschaftliche Situation von einer Mehrheit als stabil oder positiv eingeschätzt wird, zeigt sich bei den Erwartungen für die kommenden zwölf Monate deutlich mehr Zurückhaltung. 2025 geht die grosse Mehrheit davon aus, dass sich ihre Lage nicht verändern wird. Aber: Nur die wenigsten erwarten eine Verbesserung und der Anteil derjenigen, die mit einer Verschlechterung rechnen, nimmt zu.

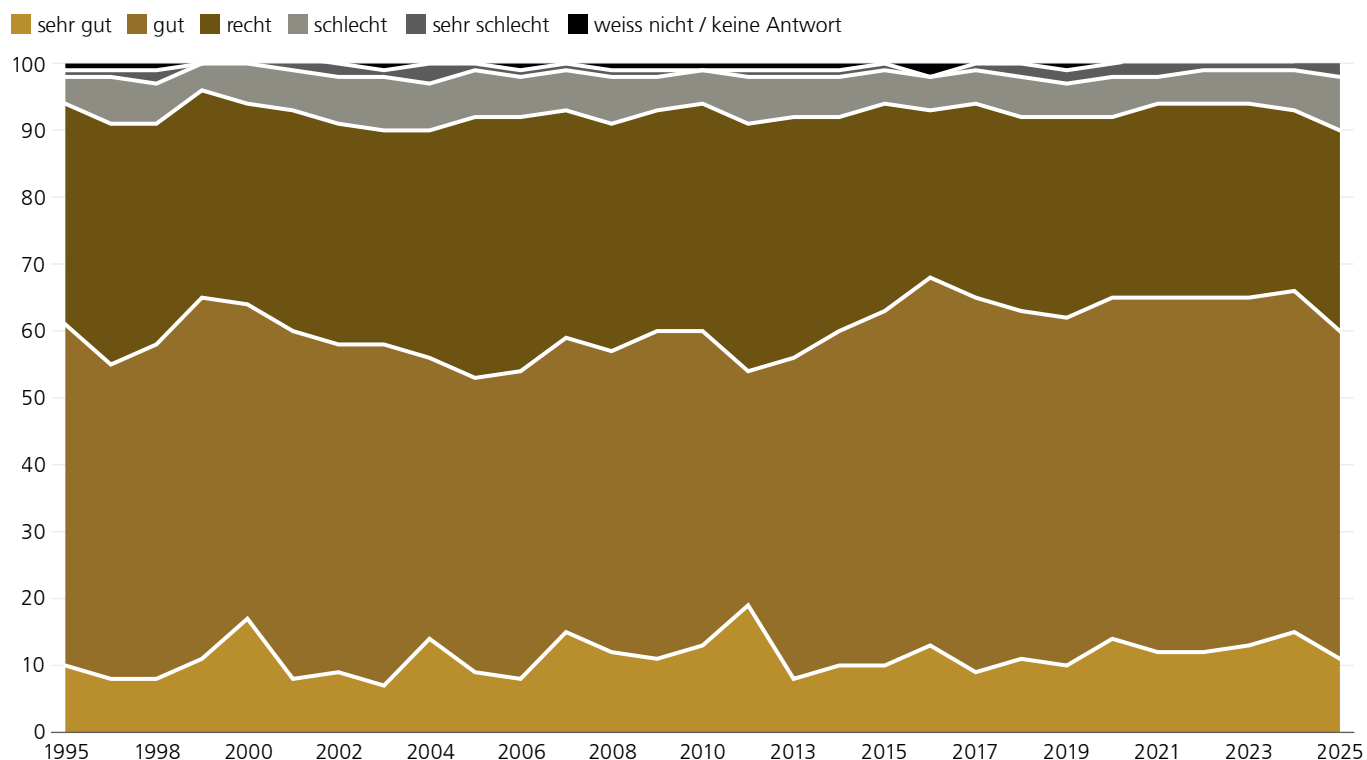
Damit stehen die eher optimistischen Einschätzungen der aktuellen Lage einem verhaltenen Blick in die Zukunft gegenüber – ein Hinweis auf wachsende Unsicherheit nicht nur im geopolitischen, sondern auch im wirtschaftlichen Umfeld.



Trend aktuelle individuelle wirtschaftliche Lage

Was würden Sie sagen, wie es Ihnen wirtschaftlich gesehen im Moment geht?

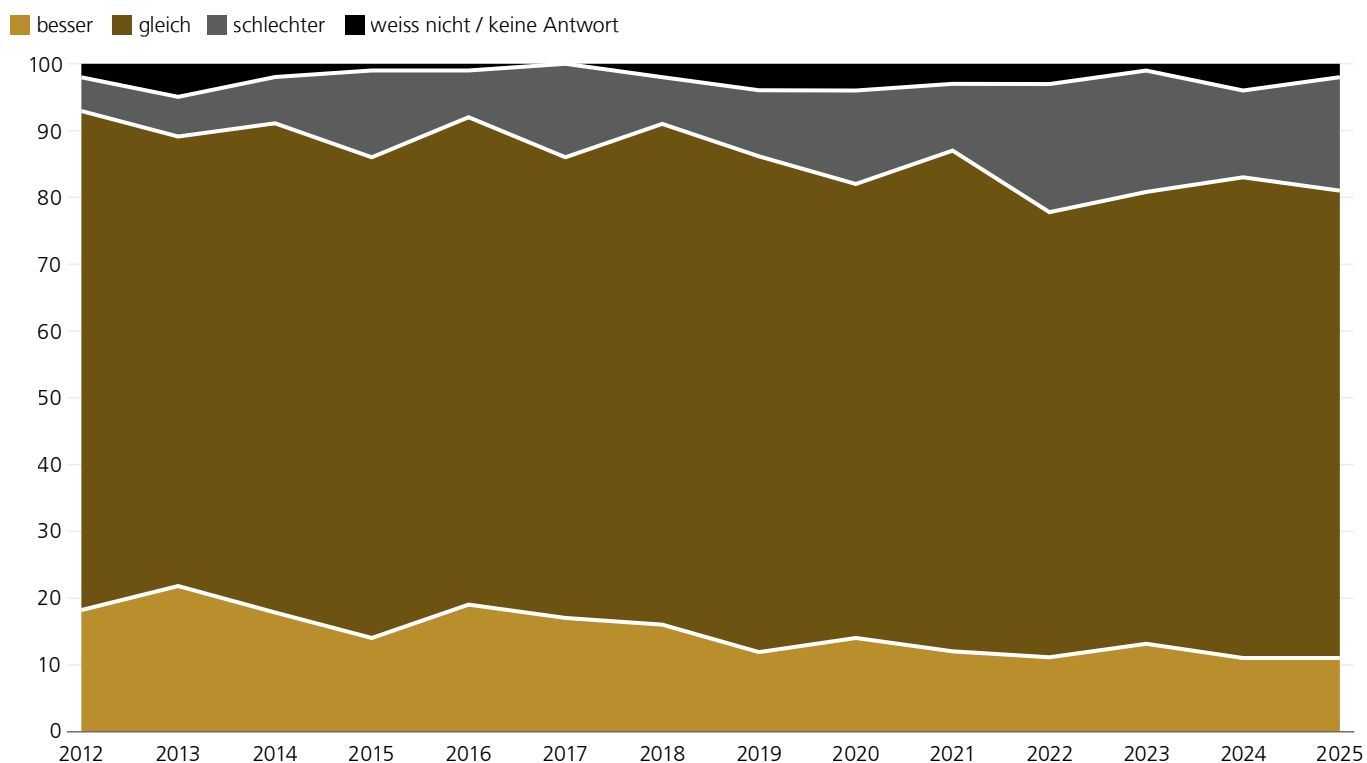
in % Stimmberechtigte



Trend künftige individuelle wirtschaftliche Lage

Wenn Sie an die nächsten 12 Monate denken, würden Sie dann sagen, dass es Ihnen wirtschaftlich gesehen besser, gleich oder schlechter als jetzt gehen wird?

in % Stimmberechtigte



Finanzkompetenz

Finanzkompetenz ist eine Fähigkeit, die zentral ist, um solide finanzielle Entscheidungen zu treffen und letztlich individuelles finanzielles Wohlergehen zu erreichen. Entsprechend aufschlussreich sind die Erkenntnisse zur Einschätzung der eigenen finanziellen Kompetenz. Die grosse Mehrheit der Stimmberechtigten schätzt sich im Umgang mit Finanzen und Geld als kompetent ein. So geben 68 Prozent der Befragten an, sich in diesem Themenbereich eher oder sehr kompetent zu fühlen. Eine bedeutende Minderheit von 30 Prozent stuft sich hingegen als eher wenig oder gar nicht kompetent ein.

Betrachtet man die Unterschiede nach Geschlecht und Alter, werden deutliche Muster sichtbar. Männer schätzen sich tendenziell kompetenter ein als Frauen. Besonders ausgeprägt ist der Unterschied dabei bei den Jüngeren (18–39 Jahre). Während 50 Prozent der jungen Frauen

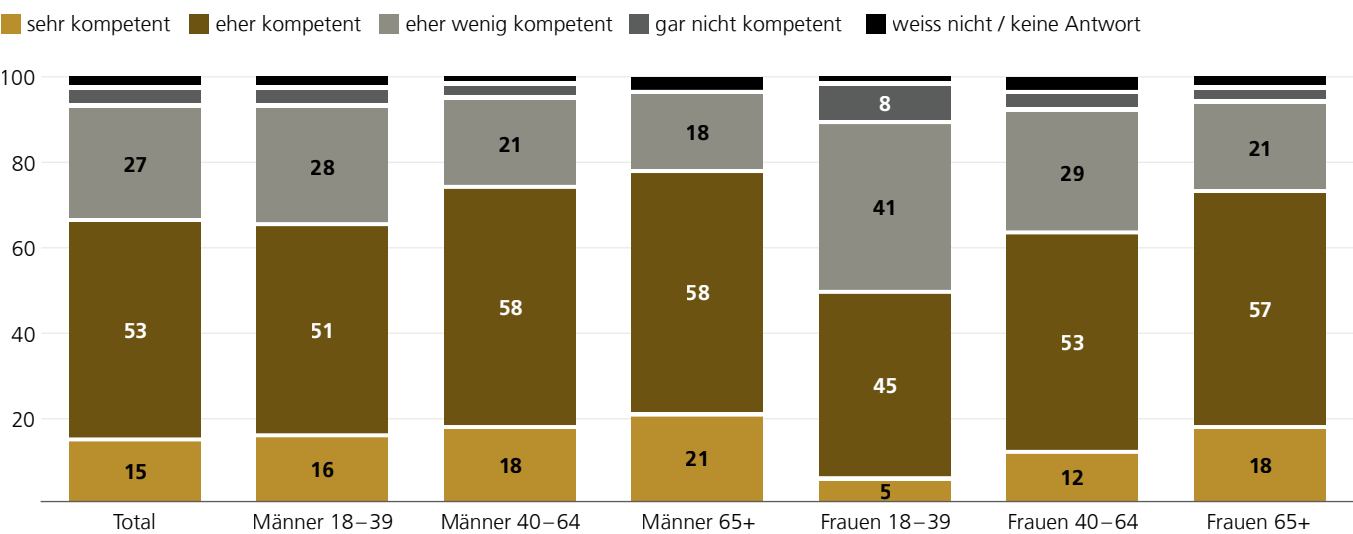
angeben, sich im Umgang mit Finanzen und Geld kompetent zu fühlen, sind es bei den jungen Männern ganze 67 Prozent. Zugleich geben 49 Prozent der jungen Frauen an, sich eher wenig oder gar nicht kompetent zu fühlen – ein Wert, der deutlich über allen anderen Gruppen liegt. Generell steigt mit zunehmendem Alter auch die finanzielle Selbstsicherheit, und zwar sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen, wenngleich leicht tiefer als bei den Männern der jeweiligen Altersklasse.

Die Ergebnisse machen deutlich: Eine klare Mehrheit fühlt sich beim Thema Finanzen und Geld kompetent, doch bestehen klare Geschlechter- und Altersunterschiede. Vor allem junge Frauen fühlen sich im Bereich Finanzen deutlich unsicherer, was auf einen besonderen Bedarf an gezielter finanzieller Bildung und Unterstützung hinweist.

Kompetenz Thema Finanzen und Geld nach Geschlecht und Alter

Ganz allgemein, wenn es um Finanzen und Geld geht, wie kompetent fühlen Sie sich dann?

in % Stimmberechtigte



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = 1211)

Obwohl sich 68 Prozent der Stimmberechtigten im Umgang mit Finanzen und Geld kompetent fühlen, wünschen sich gleichzeitig 62 Prozent noch mehr Kompetenz in diesem Bereich. Der Weiterbildungsbedarf beschränkt sich damit nicht nur auf jene, die ihre Kenntnisse als unzureichend einschätzen. Auch viele, die sich bereits als kompetent einstufen, möchten ihr Wissen weiter vertiefen.

Passend zu den vorangehenden Ergebnissen präsentiert sich die Auswertung zum Thema Kompetenzsteigerung nach Gruppen. So äussern junge Frauen zwischen 18 und 39 Jahren am stärksten den Wunsch nach mehr Kompetenz: 40 Prozent möchten deutlich mehr wissen, weitere 41 Prozent zumindest etwas mehr. Damit zeigt sich in dieser Gruppe ein besonders hoher Weiterbildungsbedarf. Auch Frauen zwischen 40 und 64 Jahren wünschen sich zu einem grossen Teil zusätzliche Kenntnisse (18% viel, 43% etwas).

Bei jungen Männern ist das Bild gemischter: 30 Prozent wünschen sich deutlich mehr Kompetenz, 46 Prozent etwas mehr Kompetenz. Männer mittleren Alters (40–64 Jahre) sehen sich dagegen häufiger schon recht gut aufgestellt; nur 16 Prozent wünschen sich deutlich mehr Wissen, während über die Hälfte angibt, noch etwas dazulernen zu wollen. Am zufriedensten mit ihrem Wissensstand sind Männer ab 65 Jahren. Fast 60 Prozent sehen keinen Bedarf an zusätzlicher Kompetenz. Auch ältere Frauen zeigen mit 58 Prozent eine hohe Zufriedenheit.

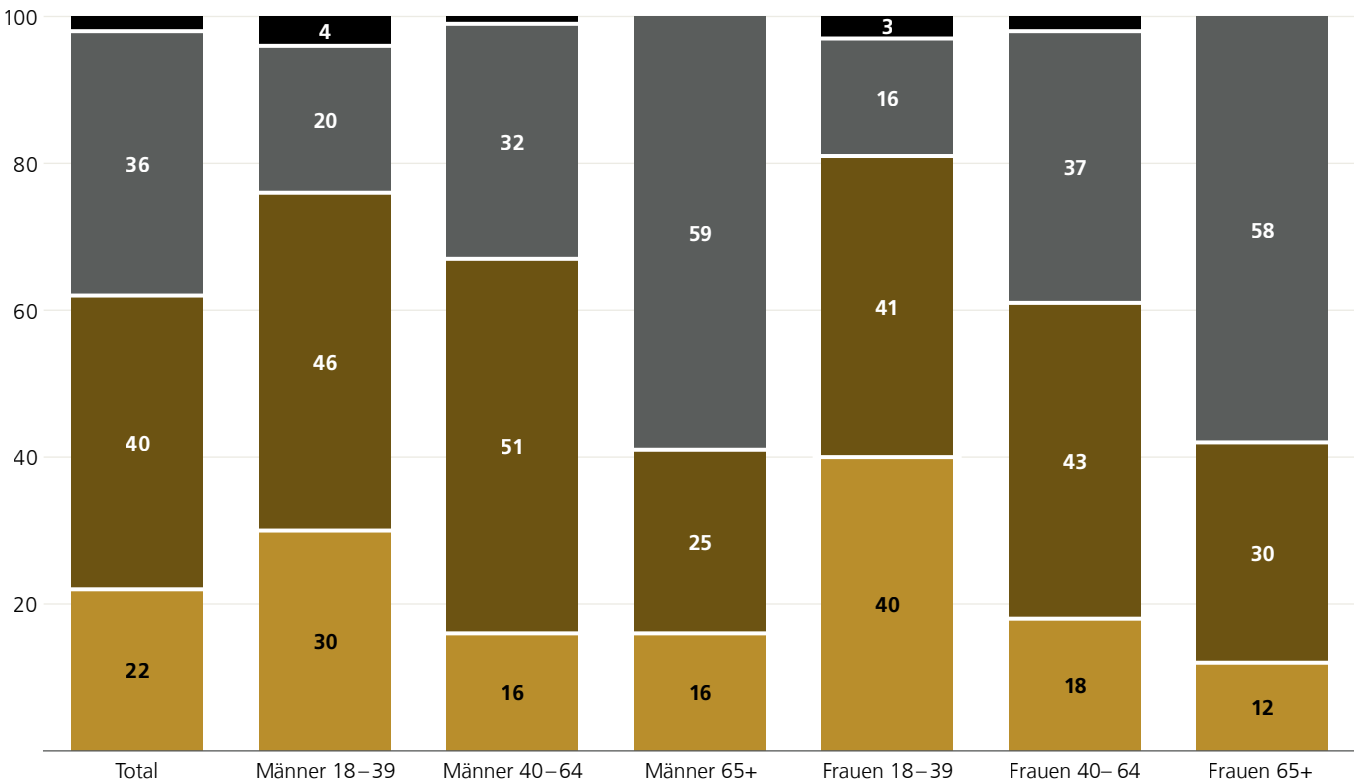
Es sind also vor allem die jüngeren Generationen – und dort insbesondere Frauen –, die sich vergleichsweise weniger kompetent fühlen und sich im Zuge dessen auch mehr Sicherheit im Umgang mit Geld und Finanzen wünschen. Ältere Befragte schätzen sich hingegen als kompetenter ein und sind weitgehend zufrieden mit ihrem aktuellen Wissensstand.

Steigerung Kompetenz Thema Finanzen und Geld nach Geschlecht und Alter

Denken Sie, es wäre gut, Sie wären noch kompetenter, wenn es um Finanzen und Geld geht, oder passt es für Sie, wie es jetzt ist?

in % Stimmberechtigte

■ wäre gerne noch viel kompetenter ■ wäre gerne noch etwas kompetenter ■ ich bin zufrieden damit, wie kompetent ich aktuell bin ■ weiss nicht / keine Antwort



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = 1211)

2025 geben mehr als die Hälfte der Befragten an, dass es für sie eine wichtige Priorität ist, sich auch künftig die aktuelle Wohnform leisten zu können (54%), ihr Einkommen die Lebenshaltungskosten deckt (53%) und sie finanzielle Entscheidungen selbstbestimmt treffen können (54%). Diese drei Aspekte bilden die Kernanliegen im Bereich der persönlichen Finanzplanung.

Weniger stark, aber immer noch breit abgestützt, ist die Bedeutung von Rücklagen für Notfälle (45%) und die Absicherung im Alter (57%). Beide Themen werden von grossen Teilen der Bevölkerung als wichtige Prioritäten wahrgenommen, auch wenn hier die Einschätzungen etwas stärker variieren.

Andere Anliegen rücken klar in den Hintergrund. So haben für knapp ein Fünftel der Befragten ökologische und soziale Aspekte bei Finanz- und Konsumententscheidungen derzeit keine Priorität, wenngleich 48 Prozent dieser Gruppe gegenüberstehen, die diesem Aspekt eine klare Priorität zuschreiben. Grössere Ausgaben für Reisen, Weiterbildungen oder Anschaffungen werden von 42 Prozent als Priorität genannt, bleiben aber für ein Viertel

der Befragten irrelevant. Auch die Unterstützung von Kindern oder Angehörigen sowie der Wunsch, möglichst wenig Steuern zu bezahlen, haben für jeweils 22 Prozent der Befragten derzeit keine Priorität, obschon fast ebenso viele angeben, dieses Thema als wichtig, jedoch aktuell nicht als umsetzbar wahrzunehmen.

Vergleichsweise geringe Priorität haben zudem zukunftsorientierte Themen wie Wohneigentum (17%) oder die Selbstständigkeit in Form einer Unternehmensgründung (12%). Sie betreffen nur kleinere Gruppen und sind gemäss eigener Einschätzung für knapp 15 Prozent zwar ein wichtiges Thema, aber momentan nicht umsetzbar/realistisch.

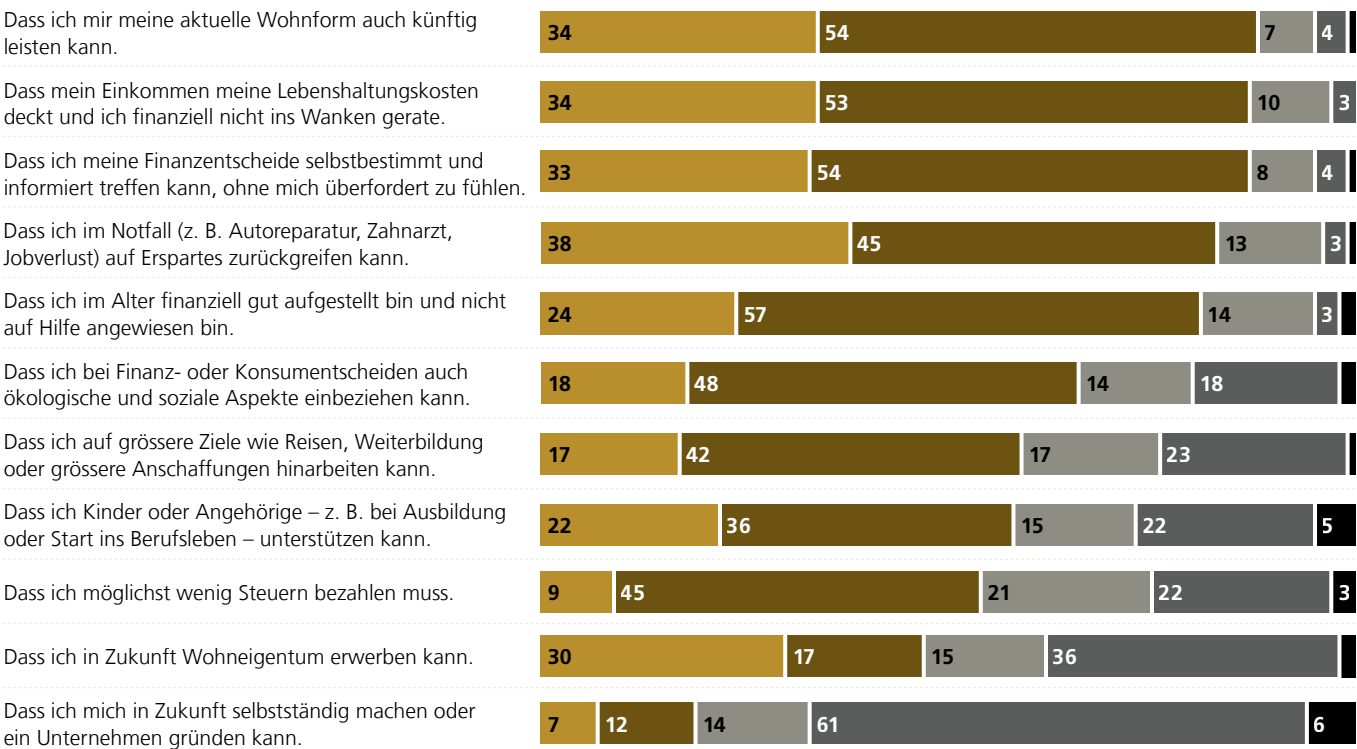
Gemäss der Beurteilung dieser Aussagen zum Thema Finanzen und Wirtschaft steht entsprechend finanzielle Sicherheit in der aktuellen Lebenssituation (Wohnkosten, Lebenshaltung, Eigenständigkeit) im Zentrum, während langfristige oder optionale Ziele deutlich nachgeordnet sind.

Persönliche finanzielle und wirtschaftliche Prioritäten

Die folgenden Aussagen betreffen finanzielle und wirtschaftliche Themen, die für viele Menschen wichtig sind. Bitte geben Sie jeweils an, wie wichtig Ihnen diese aktuell sind.

in % Stimmberechtigte

■ Habe ich bereits erreicht / ist für mich gegeben ■ Ist erstrebenswert und eine wichtige Priorität für mich
■ Ist mir wichtig, aber im Moment nicht umsetzbar / ist unrealistisch ■ Ist für mich derzeit keine Priorität ■ weiss nicht / keine Antwort



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = 1213)

Innovation und Digitalisierung

Insgesamt zur letztjährigen Erhebung zeigt sich eine Verschiebung der Innovationswahrnehmung: Während klassische Industrienationen wie die USA und Deutschland an Strahlkraft verlieren, rücken Asien – insbesondere China und Indien – ins Zentrum der Innovationszuschreibungen. Die Schweiz selbst tauscht ihren letztjährigen Spitzenplatz mit China ab.

In der Wahrnehmung der Schweizer Bevölkerung liegen 2025 China (Mittelwert, M=7,0) und die Schweiz selbst (M=6,9) praktisch gleichauf an der Spitze der innovationsstärksten Länder. Damit hat China die Schweiz im Vergleich zur letzten Erhebung in diesem Ranking überholt. Jeweils um die 40 Prozent der Befragten

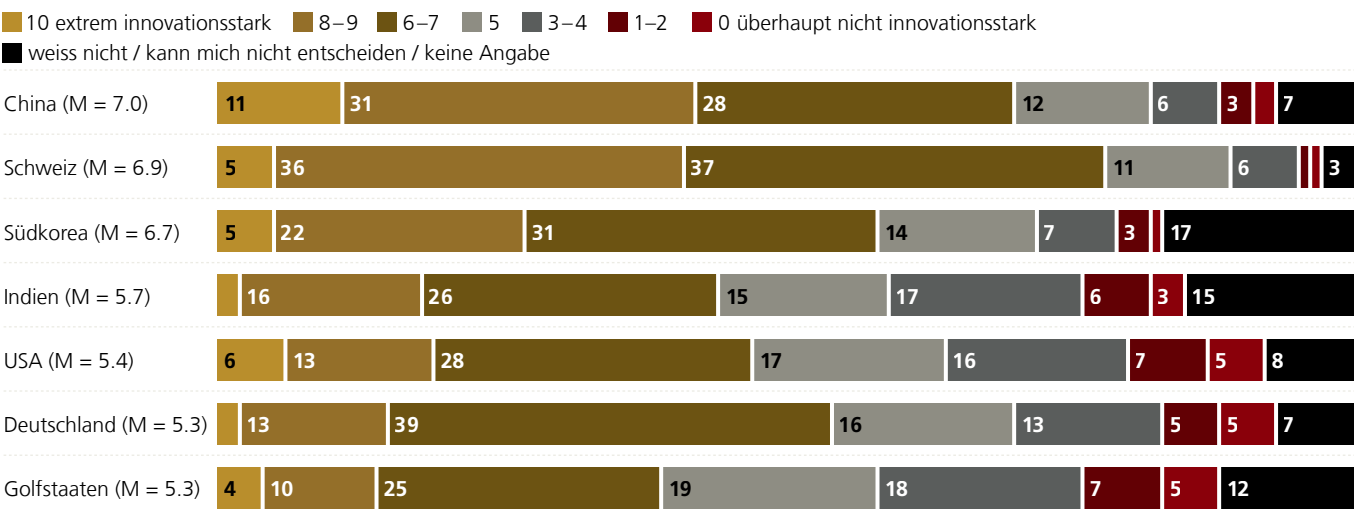
bewerten beide Länder mit Werten von 8 bis 10 auf der Skala von 0 bis 10. Ebenfalls stark verankert ist Südkorea (M=6,7), das international als innovativer Vorreiter wahrgenommen wird. Mit grösserem Abstand positioniert sich Indien mit einem Mittelwert von 5,7.

Deutlich schwächer fällt die Einschätzung der USA aus (M=5,4). Nur 19 Prozent sehen die Vereinigten Staaten im Spitzenbereich (8–10). Am Ende der Skala finden sich Deutschland und die Golfstaaten (M=5,3), denen von einem Grossteil der Befragten nur moderate Innovationskraft zugesprochen wird.

Innovationsstärke verschiedener Länder

Ganz generell: Als wie innovationsstark nehmen Sie folgende Länder aktuell wahr? Bitte verorten Sie die Länder auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht innovationsstark) bis 10 (extrem innovationsstark).

in % Stimmberechtigte



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = 1213)

Wer sich in diesen Tagen mit Innovation befasst, kommt nicht an neuen Anwendungen im Bereich der generativen künstlichen Intelligenz (KI) vorbei. Diese Tools zeichnen sich dadurch aus, dass sie mittels komplexer Modelle in der Lage sind, neue Text-, Bild- oder Musikinhalte nach den Vorstellungen der Nutzenden zu kreieren.

Die Nutzung von KI-gestützten Chatbots wie ChatGPT hat in der Schweizer Bevölkerung seit 2023 deutlich zugenommen. Während 2023 erst knapp 30 Prozent der Stimmberechtigten angaben, solche Programme zumindest gelegentlich zu nutzen, sind es 2025 bereits 57 Prozent. Besonders stark ist der Anstieg bei der gelegentlichen Nutzung (43% «nutze ich ab und zu», +17 pp seit 2023), die den Grossteil der Zunahme ausmacht.

Auch die Zahl der täglichen Nutzerinnen und Nutzer wächst kontinuierlich, wenn auch auf tieferem Niveau: 2025 geben 14 Prozent an, solche Tools regelmässig im Alltag einzusetzen. Damit etabliert sich die Technologie zunehmend als Bestandteil individueller Routinen.

Gleichzeitig sinkt der Anteil jener, die zwar von Chatbots gehört, sie aber noch nie ausprobiert haben: von 47 Prozent im Jahr 2023 auf 33 Prozent im Jahr 2025. Der Anteil derjenigen, die solche Programme gar nicht kennen, bleibt hingegen relativ stabil bei 10 Prozent.

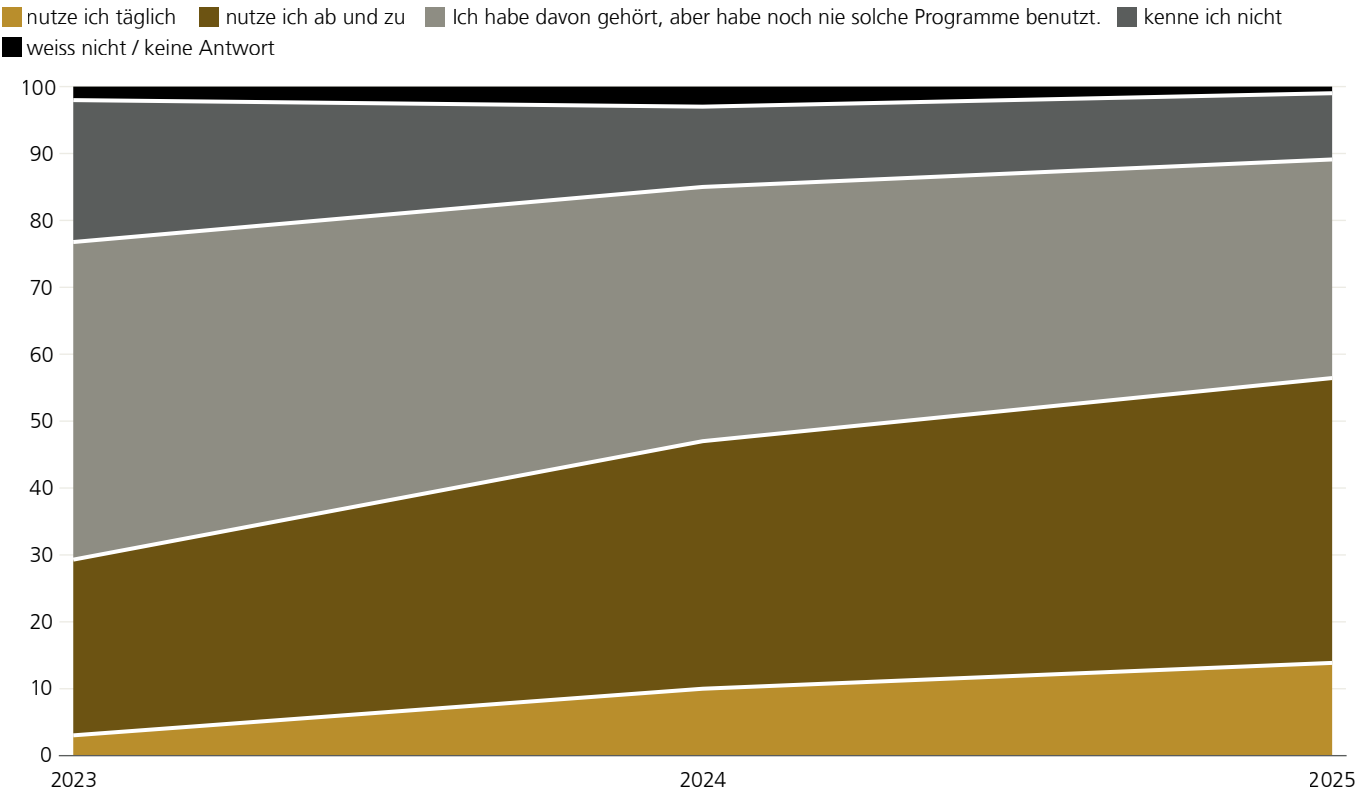
Binnen weniger Jahre haben sich Wahrnehmung und Nutzung von Chatbots deutlich ausgeweitet. Während zu Beginn vor allem Neugier und Distanz dominierten, sind Chatbots heute für eine Mehrheit der Bevölkerung zu einem vertrauten Instrument geworden – sei es im gelegentlichen Einsatz oder zunehmend auch im Alltag. Bei Betrachtung der Entwicklung nach Alter zeigt sich, dass die Nutzung von Chatbots in allen Altersgruppen gleichermassen zugenommen hat seit 2023. In allen drei Alterskohorten ist der Anteil an Personen, die angeben, Chatbots mindestens gelegentlich zu verwenden, seit 2023 um jeweils über 25 Prozentpunkte gestiegen. Den grössten Anstieg verzeichnet die Gruppe der 40- bis 64-Jährigen (+32 pp im Vergleich zu 2023).



Trend Kenntnis und Nutzung von Chatbots

Kennen und nutzen Sie selber ChatGPT oder ähnliche Tools?

in % Stimmberechtigte

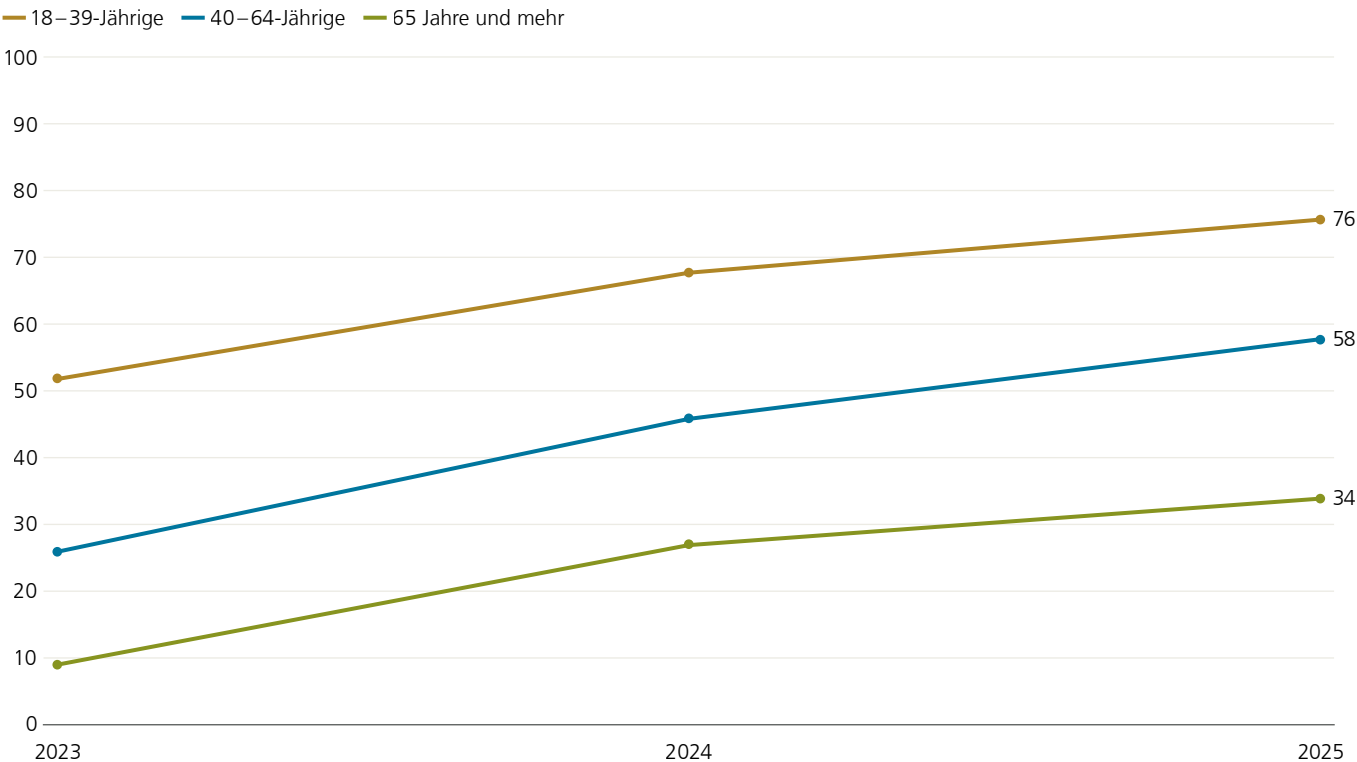


Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1110)

Trend Kenntnis und Nutzung von Chatbots nach Alter

Kennen und nutzen Sie selber ChatGPT oder ähnliche Tools?

in % Stimmberechtigte, Anteil «nutze ich ab und zu / nutze ich täglich»



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1110)

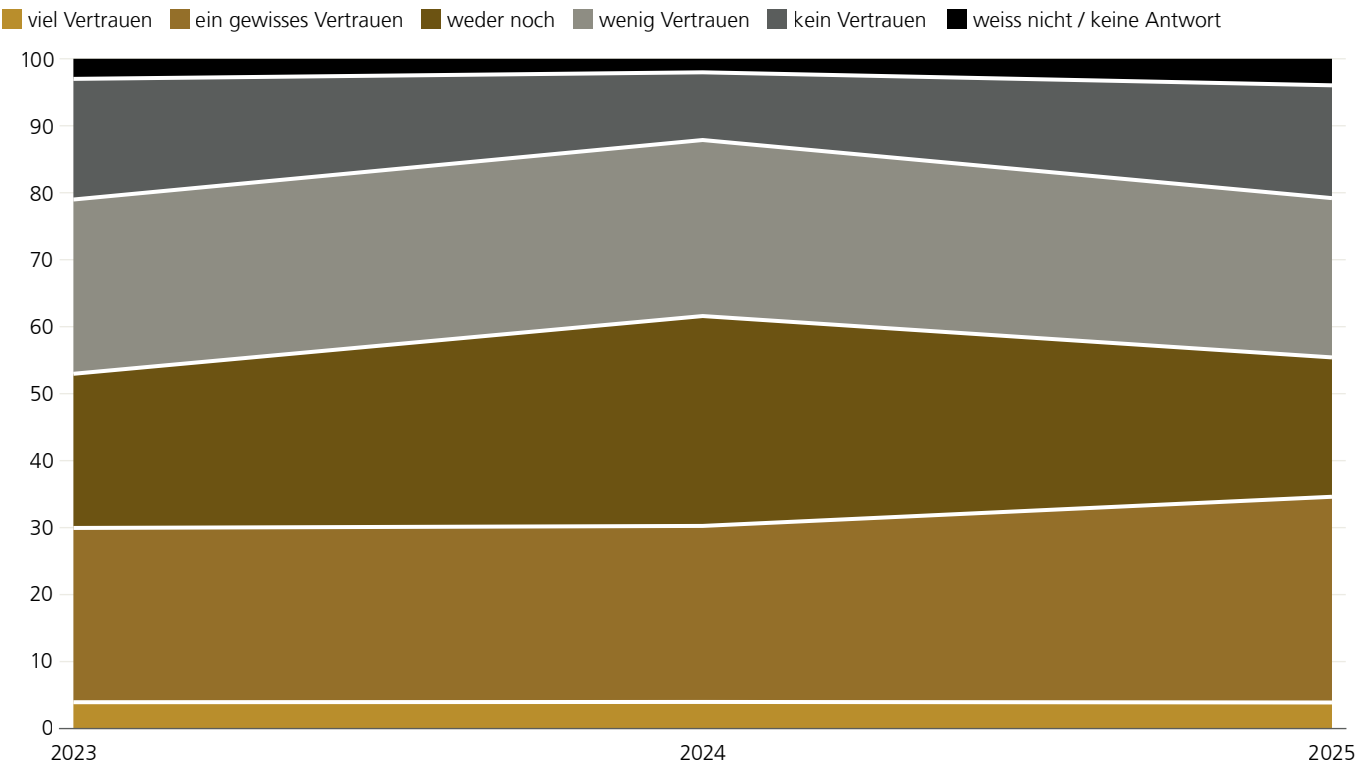
Im Vergleich zur Nutzung ist das Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Genauigkeit heutiger KI-Systeme über die Jahre hinweg eher konstant geblieben. 2025 geben 35 Prozent der Befragten an, viel oder zumindest ein gewisses Vertrauen zu haben (+5 pp).

Demgegenüber stehen 41 Prozent, die wenig oder gar kein Vertrauen äussern (+5 pp). Rund ein Fünftel zeigt sich unentschieden. Damit ist zwar ein leichter Vertrauenszuwachs erkennbar, insgesamt überwiegt jedoch weiterhin die Skepsis.

Trend Vertrauen in Zuverlässigkeit und Genauigkeit von heute verfügbaren KI-Systemen

Aktuell ist das Aufkommen künstlicher Intelligenz ein grosses Thema. Wie viel Vertrauen haben Sie in die Zuverlässigkeit und Genauigkeit von heute verfügbaren KI-Systemen?

in % Stimmberechtigte



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1110)

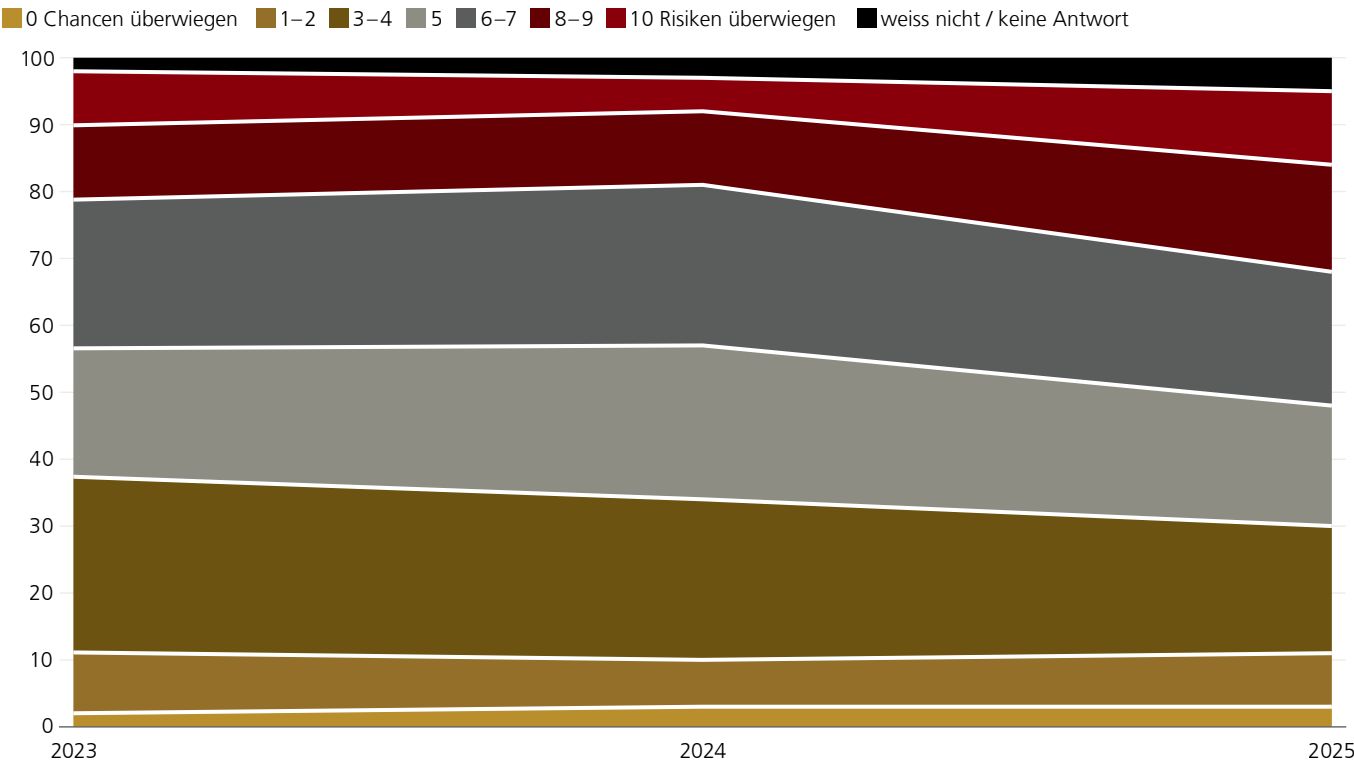
Die Einschätzung zu Chancen und Risiken von KI hat sich im Vergleich zu 2024 spürbar verschoben. Während damals Chancen und Risiken noch relativ ausgeglichen beurteilt wurden, liegt 2025 der Fokus stärker auf den Risiken:

47 Prozent der Befragten gewichten diese höher. Auf der anderen Seite sehen nur noch 30 Prozent die Chancen im Vordergrund (2024: 34%). Rund ein Fünftel der Befragten ist unentschieden.

Trend Einschätzung von Chancen und Risiken künstlicher Intelligenz

Was ist Ihre Einschätzung? Überwiegen die Chancen oder Risiken künstlicher Intelligenz?
Bitte nutzen Sie dafür eine Skala von 0 (Chancen überwiegen) bis 10 (Risiken überwiegen).

in % Stimmberechtigte



Quelle: gfs.bern, UBS Sorgenbarometer, Juli–August 2025 (n = jeweils ca. 1110)

Synthese

In Thesenform fassen wir die Erkenntnisse dieser Studie wie folgt zusammen:

Was zählt, ist das Portemonnaie

Gesundheitsfragen bleiben klar an der Spitze der Sorgenliste, und das, obwohl politisch in diesem Themenbereich in den letzten Jahren relativ viel passiert ist: Die einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen (sogenannte EFAS-Vorlage) wurde vom Volk angenommen, die Initiative für die Einführung einer Kostenbremse der SP wurde abgelehnt und viele aufgegleiste Reformen, wie beispielsweise die Einführung der Fallpauschalen (Swiss DRG), beginnen zu wirken. Das Volk hat den Kurs der Behörden in diesen Fragen damit an der Urne wiederholt bestätigt – und trotzdem bleiben die Sorgen so gross. Im Gegensatz zum Gesundheitswesen wurde mit der 13. AHV-Rente dagegen eine Vorlage angenommen, die eine grosse Herausforderung für die Stabilität der Altersvorsorge

darstellt und für die das Parlament bisher noch keine Lösung für die Finanzierung gefunden hat. Die Sorge um die AHV hat aber dennoch deutlich weniger Priorität in den Augen der Bevölkerung als das Gesundheitswesen. Damit besteht ein gewisser Kontrast zwischen den politischen Realitäten und den unmittelbaren Sorgen der Bevölkerung. Oder anders betrachtet: Bei der Priorisierung der Sorgen geht es weniger darum, wo politisch der Reform- und Lösungsdruck besonders gross ist, sondern eher darum, wo die aktuelle Situation mehr oder weniger Geld im eigenen Portemonnaie verspricht. Mit der Einführung der 13. AHV-Rente wurde eine Rentenerhöhung aufgegleist (ohne die Finanzierung zu klären). Die Krankenkassenprämien steigen Jahr für Jahr weiter an – allen Reformen zum Trotz ist keine Linderung in Sicht.

Die Klimafrage spaltet die Schweiz

Die politische Bewegung des Klimastreiks ist aus der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend verschwunden und obwohl Katastrophen, die durch den Klimawandel verursacht werden, fast schon an der Tagesordnung sind, hat der unmittelbare Druck auf die Politik und die Wirtschaft, hier schnell und nachhaltig Veränderung zu erzielen, klar nachgelassen. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, dass die globalen Themen mit den geopolitischen Verwerfungen in Form von Konflikten oder dem Zerschlagen der gewohnten Allianzen und Kräfteverhältnisse medial schlicht stärker dominieren. Die Auswertungen zeigen dabei in der Klimafrage eine weitgehend gespaltene Schweiz:

Während die Jungen (insbesondere die jungen Frauen), die Wählerinnen und Wähler der Grünen, der SP und der GLP beim Klima weiterhin einen enormen Sorgendruck verspüren und dies oftmals allem anderen voranstellen, rutscht das Thema für die Wählerinnen und Wähler der Mitte-Partei und der bürgerlichen Parteien bestenfalls in die zweite Charge der Sorgen. Die Sorge der Stimmberechtigten um Klimafragen ist damit nicht verschwunden – im Gegenteil, sie bleibt weiterhin an zweiter Stelle in der gesamten Rangfolge –, aber die gesellschaftlichen und politischen Allianzen sind aktuell zu wenig breit abgestützt für umfassende Veränderungen und kommen bestenfalls punktuell zum Tragen.

Neue Realitäten, neue Rolle: die Schweiz auf der Suche

Die internationale Unsicherheit prägt die Stimmungslage spürbar stärker als noch in den Jahren zuvor. Die Neutralität der Schweiz ist für viele Stimmberechtigte dabei weiterhin ein zentraler Identitätsanker – aber sie schützt das Land nicht davor, zum Spielball der grossen Akteure auf der globalen Bühne zu werden. Das haben auch die von Donald Trump verhängten Zölle am 1. August eindrücklich gezeigt. Vor diesem Hintergrund ist die Schweiz auf der Suche nach ihrer Rolle und einer geeigneten Strategie in dieser neuen, unberechenbareren Welt, in der die bisher etablierten, geopolitischen Blöcke und Realitäten so nicht mehr bestehen. Das beschäftigt dabei nicht nur die Politik, die mit den USA (Zölle) und der EU (Bilaterale III) gleich an zwei grossen Fronten aktiv verhandelt, sondern auch die Bevölkerung. Die Schlüsse, die die Stimmberechtigten aber aus den neuen Gegebenheiten ziehen, sind dabei alles andere als eindeutig: So ist die Bevölkerung gespalten in der Frage, ob das Land für die aktuellen Umwälzungen gut

aufgestellt sei – und ebenso darin, ob eine eigenständige Nischenstrategie der bessere Weg wäre oder ob man mit einer stärkeren Anlehnung an andere besser beraten wäre. Dabei wird auch ersichtlich, dass die Einschätzung über die Möglichkeiten der Schweiz zuweilen relativ optimistisch sind. So geht beispielsweise eine Mehrheit davon aus, dass ein schlechterer Zugang zum europäischen Markt mit (mehr) Handel mit Drittstaaten aufgefangen werden könnte. Breite Einigkeit besteht aber in zwei Dingen: Klare Mehrheiten wünschen sich ein offensiveres Auftreten der offiziellen Schweiz gegenüber dem Ausland, und der Zustand der nationalen Wirtschaft wird breit als Quelle der Stärke wahrgenommen. Und während man sehr wohl der Meinung ist, die Schweiz solle sich für eine stabile Weltwirtschaft einsetzen, sind zugleich gewisse Tendenzen hin zu mehr Globalisierungskritik und einer Offenheit für Protektionismus sichtbar.

Sorgen um die USA

Seit Januar dieses Jahres ist Donald Trump erneut Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Und während die Aussicht auf eine neue Amtszeit von Donald Trump die Sorgenwahrnehmung 2024 kaum prägte, sieht die Situation nun, da er erneut im Amt ist, ganz anders aus: Die Sorge um die Präsidentschaft ist für dieses Jahr von Rang 41 auf Rang 8 angestiegen – die mit Abstand grösste Veränderung im Sorgenbarometer 2025. Dabei geben die Stimmberechtigten unabhängig von Alter, Geschlecht oder

politischer Couleur mehrheitlich an, dass sie sich Sorgen um die Rolle der USA in der Welt machen würden. Dies zeigt sich auch im Vertrauen, das die Schweizer Wahlbevölkerung (noch) in die USA setzt: Über Jahre bewegte sich dieses auf einem ähnlichen Niveau wie jenes gegenüber der EU – und lag nur leicht unter dem Vertrauen in die NATO oder die UNO. In diesem Jahr jedoch stürzt das Vertrauen in die USA regelrecht ab und befindet sich nun auf dem Niveau von Indien, den Golfstaaten oder China.

«Was rausgeht» beschäftigt mehr als «was reinkommt»

Die ökonomischen Sorgen auf individueller Ebene haben sich inhaltlich verschoben: Löhne und Arbeitslosigkeit stehen weniger im Zentrum. Stattdessen beschäftigen die Schweizerinnen und Schweizer steigende Haushaltsausgaben, höhere Steuern und die Frage, ob das Einkommen für das tägliche Leben reicht. Damit rücken die finanziellen Belastungen des Alltags stärker ins Zentrum – der Fokus liegt weniger auf dem, «was reinkommt», als vielmehr auf dem, «was rausgeht». Im Moment ist die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin optimistisch und geht davon aus, dass es ihr in den nächsten Monaten mindestens gleich gut gehen wird. Aber der Anteil Personen, die

davon ausgehen, dass sich die Situation auch wirtschaftlich verdüstert, nimmt merklich zu. Dabei hat ein grosser Teil der Bevölkerung klar das Bedürfnis, nicht nur über die Runden zu kommen, sondern auch Rücklagen für Notfälle oder die finanzielle Sicherheit im Alter bereitzuhaben. Dieses Sparen zur Absicherung ist den Schweizerinnen und Schweizer deutlich wichtiger als beispielsweise etwas für Reisen oder sogar auch Weiterbildungen auf die Seite zu legen. Damit gewinnt eine längerfristige Perspektive der Sicherheit über kurzfristige Investitionen, wenn es um die Allokation von Geld in den Augen der Stimmberechtigten geht.

Vertrauensverlust auf breiter Front

Das Vertrauen in praktisch alle Akteure der Politik und auch der Wirtschaft hat in den letzten zwölf Monaten abgenommen. Ausnahmen sind die EU (auf vergleichsweise tiefem Niveau) und die Arbeitnehmerorganisationen. Besonders augenscheinlich ist der Vertrauenseinbruch beim Bundesrat. Einzig 2019 war das Vertrauen gleich tief wie aktuell, und das war das Jahr des Klima- und Frauenstreiks, in dem die Zivilgesellschaft generell grossen Druck auf die bestehende Arbeit von Regierung

und Parlament ausübte und wo zudem relativ breite Kritik am Stand der Verhandlungen zum sogenannten Rahmenabkommen geäussert wurde. Gerade in Zeiten, in denen sich eine pessimistischere Sichtweise auf die individuelle wirtschaftliche, aber auch die globale politische Entwicklung breitmacht, als dies früher der Fall war, dürfte sich dieser Vertrauensverlust besonders schmerzhaft bemerkbar machen.

Digitalisierung: kaum Ängste – aber blinde Flecken?

Die digitale Transformation und der Einsatz von künstlicher Intelligenz lösen derzeit kaum Sorgen aus, obwohl gerade die Abstimmung zur E-ID zeigte, dass ein grosses Misstrauen in dieser Frage vorhanden ist – sogar wenn eine Digitalisierungslösung mit dem Gütesiegel des Bundes ausgestattet ist. Fragen der Arbeitsplatzsicherheit oder

Risiken im Zusammenhang mit Digitalisierung werden dagegen nur am Rande thematisiert. Eine Mehrheit gibt denn auch an, zumindest mit ChatGPT und vergleichbaren Tools vertraut zu sein und diese gelegentlich zu nutzen. Das gilt insbesondere für Personen unter 40 Jahren.

Das Team von gfs.bern

gfs.bern AG

Effingerstrasse 14

CH-3011 Bern

+41 31 311 08 06, info@gfsbern.ch, www.gfsbern.ch



Lukas Golder

lukas.golder@gfsbern.ch

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, NDS HF Chief Digital Officer, Dozent an der Hochschule Luzern und dem KPM Universität Bern

Schwerpunkte: Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet



Cloé Jans

cloe.jans@gfsbern.ch

Leiterin operatives Geschäft und Mediensprecherin, Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte: Image- und Reputationsanalysen, Jugend- und Gesellschaftsforschung, Abstimmungen / Kampagnen / Wahlen, Issue Monitoring / Begleitforschung politische Themen, Medienanalysen, gesundheitspolitische Reformen und Fragen, qualitative Methoden



Sophie Schäfer

sophie.schaefer@gfsbern.ch

Junior-Projektleiterin

Schwerpunkte: Politische Kommunikation, Gesellschaft, Issue Monitoring, Social Media, Datenanalyse, quantitative und qualitative Methoden



Roland Rey

roland.rey@gfsbern.ch

Projektmitarbeiter / Administration

Schwerpunkte: Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration



Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied von Swiss Insights und trägt das Label Market und Social Research, welches garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden. Mehr Infos unter: www.swiss-insights.ch

Impressum und rechtliche Hinweise

Impressum

Herausgeber

UBS Switzerland AG, 8098 Zürich, Schweiz

Projektverantwortung gfs.bern

Cloé Jans, Lukas Golder, Sophie Schäfer, Luca Keiser

Projektverantwortung UBS

Claudia Paluselli, Joël Frey, Sabrina Adam, Maren Rimmer, Bettina Wyser, David Baltensperger

Layout, Gestaltung

UBS Group Brand Experience

Fotos

Getty Images

Diese Informationen wurden von UBS Switzerland AG und/oder ihren Tochtergesellschaften und/oder verbundenen Unternehmen («UBS», «wir») herausgegeben.

Dies ist eine Marketing-Publikation, welche nicht den gesetzlichen Bestimmungen bezüglich Unabhängigkeit der Finanzanalyse unterliegt. Sie dient nur zur Information und stellt keine Empfehlung, Offerte oder Aufforderung zur Offertstellung dar.

Alle in dieser Publikation enthaltenen Informationen und Meinungen stammen aus als zuverlässig und glaubwürdig eingestuften Quellen, trotzdem lehnt UBS jede vertragliche oder stillschweigende Haftung für falsche oder unvollständige Informationen ab. Die Ansichten von UBS-externen Autorinnen und Autoren sind deren eigene Meinung und spiegeln nicht zwingend die Auffassung von UBS und ihren verbundenen Unternehmen wider. Die Aktualität der Informationen beschränkt sich auf das Veröffentlichungsdatum.

Die vollständige oder teilweise Reproduktion ist nur unter Angabe der Quelle «UBS Sorgenbarometer 2025» gestattet.

UBS Switzerland AG
8098 Zürich
Schweiz

ubs.com